

**MANGELNDE NACHFRAGE UND DOLLAR-
ABWERTUNG BELASTEN DIE KONJUNKTUR**

**DIE REFORM DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK
DER EU: WICHTIGE KONSEQUENZEN FÜR
ÖSTERREICHS LANDWIRTSCHAFT**

**FÖRDERSYSTEME DER UNIVERSITÄTSAUSBILDUNG
UND MOBILITÄT DER STUDIERENDEN IN EUROPA**

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dkfm. Ferdinand Lacina

Dr. Stephan Koren, Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse AG

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Dr. Norbert Rozenich

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Adolf Wala, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

Kuratorium

August Assl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Günther Goach, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Ernst John, Dietrich Kärner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Netfig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Rutenstorfer, Herbert Sausgruber, Gerhard Silberbauer, Richard Silvestri, Herwig van Staa, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Gertrude Tumpel-Gugerell, Franz Vranitzky, Hubert Wipplinger, Josef Wöhrer, Bruno Zluwa

Leiter: Helmut Kramer

Stellvertretende Leiter: Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffl, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Peter Huber, Ulrike Huemer, Gernot Hutschenreiter, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kletzan, Norbert G. Knoll, Angela Köppl, Kurt Kratena, Gerhard Lehner, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoefling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehswendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun-Krone, Monika Dusek, Sabine Fragner, Ursula Glauningner, Lucia Glinesner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttmann, Andrea Hartmann, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppel-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thalhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Wellan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebner

Herausgeber: Helmut Kramer
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •
Redaktion: Ilse Schulz •
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •
Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia
GmbH., 2100 Korneuburg

P.b.b., Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro
Heft: € 20,40 • Downloadpreis
pro Artikel: € 11,00

Inhalt

407 ■ **Mangelnde Nachfrage und Dollarabwertung belasten die Konjunktur**

Markus Marterbauer

Die Konjunktur leidet weiter unter Nachfragemangel, eine Erholung zeichnet sich nicht ab. Seit Jahresbeginn werden die Impulse von der Exportnachfrage schwächer, die bislang die wichtigste Konjunkturstütze bildete. Dies spiegelt die ungünstige Nachfragesituation bei wichtigen Handelspartnern und die Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro wider. Die Sachgüterproduktion stagniert, der Investitionsattentismus der Unternehmen hält an. Etwas günstiger entwickeln sich die Umsätze im Handel und die Bauinvestitionen.

Die effektive Aufwertung des Euro dämpft auch die Inflation. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt schwierig. Im Produktionsbereich geht die Beschäftigung weiter zurück, private und öffentliche Dienstleistungsanbieter melden steigende Beschäftigung. Oft betrifft dies Teilzeitarbeitsplätze bzw. die Teilnahme an Schulungsmaßnahmen.

418 **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

425 **Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft**

Franz Sinabell, Erwin Schmid

Im Jänner 2003 legte die EU-Kommission Vorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vor. Insbesondere sollen durch eine Entkopplung von Direktbeihilfen von der Produktion und die Senkung von Interventionspreisen die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors gestärkt und das Einkommen der Landwirte stabilisiert werden. Gemäß einer Modellsimulation der Auswirkungen dieser Reform können die angestrebten Ziele auch in Österreich erreicht werden. Zu den Konsequenzen zählt, dass die Produktion, vor allem von Rindfleisch, zurückgeht und der Strukturwandel beschleunigt wird. Verschiedene Varianten der Teilentkopplung von Direktbeihilfen von der Produktion schwächen diesen Effekt ab.

441 **Fördersysteme der Universitätsausbildung und Mobilität der Studierenden in Europa**

Gudrun Biffli

Österreich wendet vergleichsweise viel für universitäre Ausbildung auf; dabei ist aber der Mittelbedarf der Infrastruktur relativ groß im Vergleich mit der direkten Studienförderung. Die Gefördertenquote ist relativ niedrig. Die finanzielle Unterstützung der Studierenden und/oder ihrer Eltern macht 13% aller Kosten aus. Studiengebühren liefern nur einen geringen Deckungsbeitrag zu den Universitätskosten. Wie auch in anderen Ländern, die Studiengebühren einheben, ist die Höhe der Gebühr vom Grad der Bedürftigkeit der Studierenden abhängig. In Österreich nehmen die Studierenden die Möglichkeit von Studienaufenthalten im Ausland häufig in Anspruch; das begünstigt ihre spätere Bereitschaft zur beruflichen Mobilität.

Summaries

- 415 Slack Demand and a Weaker Dollar Weighing on Business Activity
- 440 Reform of the Common Agricultural Policy and its Impact on the Austrian Agricultural Sector
- 460 Costs of University Education, Systems of Student Support and Student Mobility in Europe

Online-Zugriff

■ Auf der WIFO-Website sind die Artikel der WIFO-Monatsberichte ab dem Heft 1/1998 in elektronischer Form im Volltext verfügbar (PDF). Seit dem Heft 1/2003 liegen die Artikel überdies in einer HTML-Version vor. Förderer und Mitglieder des WIFO sowie Abonnenten haben kostenlosen Zugriff auf alle Artikel.

Sie können die Berechtigung für den Online-Zugriff auf einzelne Artikel oder im Abonnement auch elektronisch anfordern. Login-Namen und Passwort erhalten Sie in diesem Fall innerhalb weniger Minuten per E-Mail, die Verrechnung erfolgt per Zahlschein oder Kreditkarte (die Preise entsprechen jenen der gedruckten Ausgabe).

<http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Markus Marterbauer

Mangelnde Nachfrage und Dollarabwertung belasten die Konjunktur

In Österreich stagniert die Konjunktur. Für eine Belebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen gibt es keine Hinweise, die Konsumnachfrage der privaten Haushalte dürfte nur verhalten steigen. Das Wachstum des Warenexports schwächt sich ab, weil auch bei den wichtigen Handelspartnern eine Wirtschaftslaute vorherrscht, die durch die Dollarabwertung zusätzlich verstärkt wird. Der Preisauftrieb hat sich markant verlangsamt, die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich weiter.

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 4. Juni 2003. • E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Die heimische Konjunktur leidet weiterhin unter einem Mangel an Nachfrage. Eine Erholung zeichnet sich nicht ab. Seit Jahresbeginn werden auch die Impulse von der Auslandsnachfrage schwächer, die in den letzten zwei Jahren das Wirtschaftswachstum in Österreich getragen hat. Im Jänner und Februar lag der Warenexport im Durchschnitt nominell um nur noch gut 2% über dem Niveau des Vorjahres. Die Nachfrage aus dem EU-Binnenmarkt und aus Ost-Mitteuropa war bereits rückläufig, hingegen entwickelte sich die Ausfuhr nach Südosteuropa lebhaft. Werte für die Eingänge aus Warenzahlungen liegen bereits für Jänner bis März vor, sie sind gleich hoch wie im Vorjahr.

Das Nachlassen des Exportwachstums spiegelt die ungünstige Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern wider. Die Wirtschaft des Euro-Raums stagniert, Deutschland könnte sich bereits zum zweiten Mal seit 2001 in einer Rezession befinden (I. Quartal 2003 -0,2% saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal). In der seit mehr als zwei Jahren anhaltenden Krise der europäischen Wirtschaft kommt insbesondere das Fehlen der Binnennachfrage zum Ausdruck. Die Investitions- und Konsumschwäche wird nun durch eine Dämpfung des Exports infolge der Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro verstärkt. Die Wechselkursverschiebungen werden mit einer Verzögerung von zwei bis drei Quartalen in der Produktion wirksam. Im III. Quartal dürfte die Wachstumsdämpfung im Euro-Raum laut Eurogrowth-Indikator bereits ½% des BIP betragen. Die österreichischen Exporteure liefern primär in den Euro-Raum bzw. in Länder mit stabilem Wechselkurs zum Euro. Sie sind deshalb von der Euro-Aufwertung vor allem indirekt – etwa über Zulieferbeziehungen zur deutschen Exportindustrie – betroffen.

Die effektive Aufwertung des Euro und die Beruhigung auf den Weltmärkten für Rohöl bewirken eine merkliche Verlangsamung der Inflation im Euro-Raum. Ein allgemeiner und anhaltender Rückgang der Preise auf Verbraucherebene ("Deflation") ist für die EU insgesamt derzeit wenig wahrscheinlich, für einzelne Mitgliedsländer wie Deutschland aber nicht auszuschließen. In Österreich verlangsamte sich der Preisauftrieb im April auf +1,3% gegenüber dem Vorjahr (-0,1% gegenüber dem Vormonat). Die Verringerung der Energiekosten wird sich fortsetzen.

Die Abschwächung des Wachstums der österreichischen Warenausfuhr beeinträchtigt auch Investitionstätigkeit und Produktion der Unternehmen der Sachgütererzeugung. Hinweise auf die anhaltende Investitionszurückhaltung bietet neben schwachen Befragungsergebnissen auch die Importstatistik, weil die österreichischen Ausrüstungsinvestitionen einen hohen Importgehalt aufweisen. Die Einfuhr von Maschi-

nen und Fahrzeugen lag im Jänner und Februar nominell im Durchschnitt um 2¼% unter dem Niveau des Vorjahres. Aktuelle Produktionswerte für die Sachgütererzeugung stehen ebenso wie für den Handel und die Bauwirtschaft seit Jahresende 2002 nicht mehr zur Verfügung, da die entsprechenden Erhebungen von Statistik Austria erst mit sehr großer Verzögerung durchgeführt werden können. Dies macht die Beurteilung der Konjunkturlage besonders schwierig. Der WIFO-Konjunkturtest für die Sachgütererzeugung lässt für das I. Quartal 2003 auf eine Stagnation der Produktion gegenüber dem Vorjahr schließen – dafür spricht auch der Rückgang der Industriebeschäftigung (Jänner bis April -2¼% gegenüber dem Vorjahr).

Die Umsätze im Einzelhandel dürften laut ersten Schätzungen im I. Quartal leicht gestiegen sein, Großhandel und Kfz-Handel entwickelten sich etwas günstiger. Die Bauwirtschaft scheint den Tiefpunkt der Konjunktur überwunden zu haben. Im 2. Halbjahr 2002 begann im Tiefbau aufgrund steigender Aufträge im Infrastrukturbereich eine Erholung. Der WIFO-Konjunkturtest gibt jetzt Hinweise auf eine Belebung auch im Hochbau. Allerdings reicht dies nicht aus, um den Beschäftigungsrückgang zu beenden (Jänner bis April -1¼%).

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt schwierig. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist nach wie vor deutlich zu niedrig, um einen Anstieg der Vollzeitbeschäftigung zu erlauben. Einzig der Trend zur Teilzeitarbeit und eine Ausweitung von Schulungsmaßnahmen, deren Teilnehmer als beschäftigt gezählt werden, erhöht die Zahl der offiziellen Arbeitsplätze. Die steigende Zahl von Schulungsteilnehmern (Mai +9.000 gegenüber dem Vorjahr) bremst auch die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen (+7.000).

Dollarabwertung bringt Europa an den Rand einer Rezession

Die europäische Wirtschaft wächst kaum noch. Die Nachfrage aus dem Inland ist sehr verhalten, dazu kommen die dämpfenden Effekte der Wechselkursentwicklung.

Der Wechselkurs des Dollars gegenüber dem Euro betrug im Jänner 2003 noch 1,06 \$ je €, im Mai erreichte er 1,16. Diese rasche und markante Abwertung des Dollars wird die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum erheblich beeinträchtigen. Vom Export kam im 2. Halbjahr 2002 der einzig nennenswerte Wachstumsbeitrag in einer ansonsten weitgehend stagnierenden Wirtschaft. Dieser Impuls schwächt sich nun ab, weil sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exporteure auf den Weltmärkten deutlich verringert. Dies schlägt sich mit einer Verzögerung von zwei bis drei Quartalen auch in der Produktion nieder. Im Eurogrowth-Indikator wird die Wachstumsdämpfung im 1. Halbjahr 2003 mit ¼ Prozentpunkt und im III. Quartal bereits mit ½ Prozentpunkt wirksam.

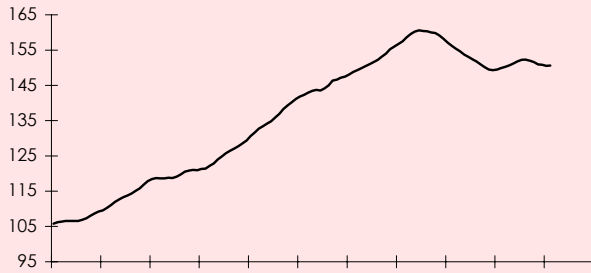
Die Abschwächung der Nachfrage aus dem Ausland hat für die Konjunktur im Euro-Raum deshalb entscheidende Bedeutung, weil die Binnennachfrage von Unternehmen, Verbrauchern und öffentlichem Sektor bereits seit längerer Zeit stagniert und hier für die nähere Zukunft keine Impulse erwartet werden können. Die Unternehmen schieben aufgrund schlechter Auslastung und rückläufiger Auftragseingänge geplante Investitionsprojekte weiter auf. In der Eurozone ging die Kapazitätsauslastung im II. Quartal 2003 auf 80,8% zurück (IV. Quartal 2002 81,5%, Jahresdurchschnitt 2001 83,5%). Die privaten Haushalte sind aufgrund der Entwicklung auf den Aktienmärkten, der in vielen Ländern beabsichtigten Pensionskürzungen und der Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt verunsichert; dies könnte die Konsumbereitschaft weiter dämpfen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote erreichte im April bereits 8,8% der Erwerbspersonen und war damit um ½ Prozentpunkt höher als vor einem Jahr. In den öffentlichen Haushalten werden die Auswirkungen der Stagnation der Wirtschaft vor allem in schwachen Steuereinnahmen wirksam. Die Regierungen versuchen, dies mit Ausgabenkürzungen auszugleichen.

Die Konjunktur leidet in Europa unter einem Mangel an Nachfrage. Derzeit ist keine Quelle zusätzlicher Wachstumsimpulse zu erkennen. Das BIP expandierte im Euro-Raum im I. Quartal 2003 laut vorläufigen Berechnungen um etwa ¼% gegenüber dem Vorjahr, gegenüber dem Vorquartal stagnierte es. Der BIP-Indikator der Europäischen Kommission und der Eurogrowth-Indikator lassen für das II. und III. Quartal eine Fortsetzung der Konjunkturschwäche erwarten. Beide Indikatoren deuten ein nur marginales Wachstum des BIP an.

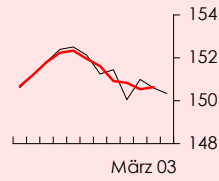
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100

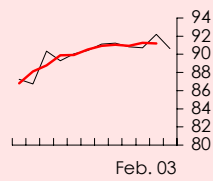
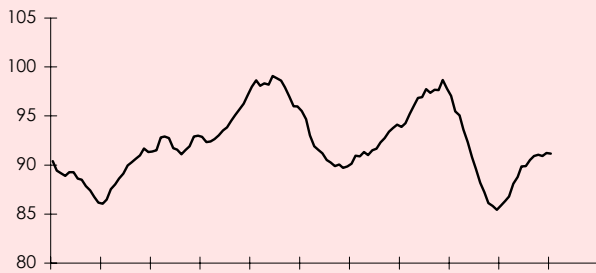
USA – Industrieproduktion



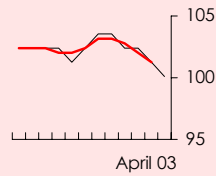
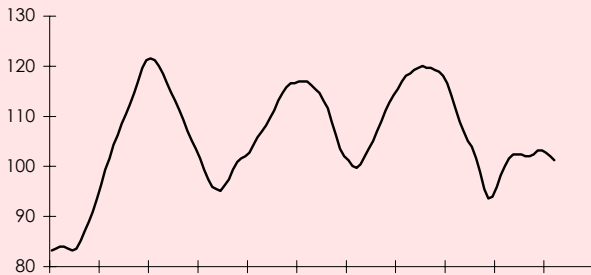
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



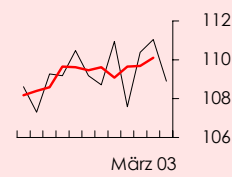
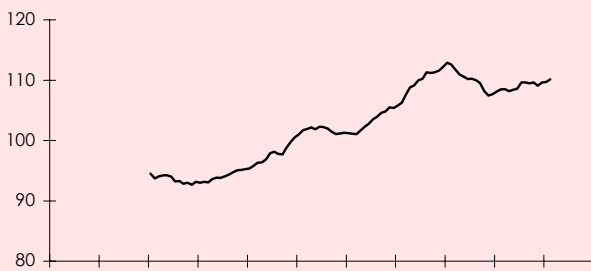
Japan – Industrieproduktion



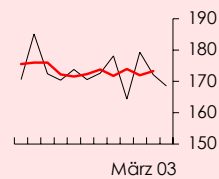
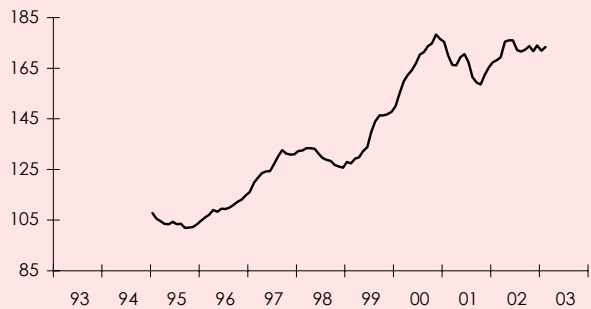
EU – Indikator für das Vertrauen in der Industrie



Deutschland – Industrieproduktion



Deutschland – Auftragsingänge Ausland



— Gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Drohende Deflationsgefahr?

Im Euro-Raum verlangsamt sich die Inflation markant, ein gesamtwirtschaftlicher Rückgang der Preise ist aber wenig wahrscheinlich. Allerdings leidet Europa unter einem anhaltenden Nachfragemangel.

Die Nachfrageschwäche, ein zurückhaltender Anstieg der Lohnstückkosten und vor allem der durch die Wechselkursentwicklung verstärkte Rückgang der Importpreise schwächen den Preisauftrieb auf Verbraucherebene ab. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex überstieg das Vorjahresniveau im Euro-Raum im April noch um 2,1%, im Mai dürfte sich die Inflation weiter verlangsamt haben. Innerhalb des Euro-Raums ist die Inflationsrate sehr unterschiedlich. In Deutschland lag sie in den letzten Monaten nur mehr bei etwa 1%, im Mai schwächte sich der Preisauftrieb nach ersten Meldungen sogar auf 0,7% ab. In etwa diesem Ausmaß dürfte auch der Verbraucherpreisindex die Inflation überschätzen. Die Entwicklung löste deshalb eine Diskussion über Deflationsgefahren aus. Eine Deflation im Sinn eines Rückgangs des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus zeichnet sich für den Euro-Raum insgesamt derzeit nicht ab. Allerdings ist die europäische Wirtschaft durch einen markanten Mangel an Gesamtnachfrage ("deflatorische Lücke") geprägt¹⁾.

Für Deutschland kann ein Rückgang der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr in den nächsten Monaten nicht ausgeschlossen werden. Die Entwicklung der Lohnkosten dämpft den Preisauftrieb schon seit geraumer Zeit. Im Jahr 2002 stiegen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten um nur noch 0,8%. Zusätzliche preisdrückende Wirkungen gehen in den letzten Wochen von den Importpreisen aus: Im April sanken die Einfuhrpreise gegenüber dem Vorjahr um 3% (März -0,8%). Gegenüber dem Vormonat ging der Index der Importpreise um 2% zurück. Dies ist auf eine Abschwächung der Erdölpreise, vor allem aber auf die Aufwertung des Euro zurückzuführen.

Die deutsche Wirtschaft könnte sich bereits in einer Rezession befinden. Im I. Quartal 2003 sank das BIP gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,2% (IV. Quartal -0,0%). Frühindikatoren und die Daten zu Auftragseingängen und Produktion lassen für das II. Quartal eine weitere Abschwächung erwarten. Zuletzt sank das BIP in Deutschland in zwei aufeinander folgenden Quartalen gegenüber der Vorperiode erst im 2. Halbjahr 2001.

Im Jahr 2002 erhielt die stagnierende europäische Wirtschaft von der Stärke der Inlandsnachfrage in den USA wichtige Wachstumsimpulse. Diese lassen nun nach, primär aufgrund der Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro, aber auch wegen der fehlenden Konjunkturdynamik in den USA. Das BIP wuchs in den USA im I. Quartal wie schon in der Periode zuvor um nur etwa 0,5% gegenüber dem Vorquartal und um 2,1% gegenüber dem Vorjahr. Der Konsum der privaten Haushalte weitet sich nur leicht aus, die Staatsausgaben halten ein hohes Niveau. Beunruhigend ist, dass erstmals seit dem II. Quartal 2002 die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstung und Software zurückgingen. Industrieproduktion, Auftragseingänge und Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern entwickelten sich auch im April ungünstig. Die Überbewertung auf den Immobilienmärkten bildet ein zusätzliches Risiko. Auf den für die Phase nach dem Irak-Krieg erwarteten starken Konjunkturaufschwung deutet derzeit wenig hin. Das Konsumentenvertrauen erholte sich im April und Mai leicht. Auch die Aktienmärkte haben ihre Tiefstände überwunden, eine kräftige Auftriebstendenz, von der eine Belebung von Konsum und Investitionen ausgehen könnte, ist aber nicht zu erkennen. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, gemessen am effektiven Wechselkurs des Dollars, könnte jedoch Impulse auf der Exportseite auslösen.

Asien ist derzeit die dynamischste Wirtschaftsregion. Allerdings werden auch hier wachstumsdämpfende Effekte wirksam. Zum einen bremst die Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar die Erholung in Japan mit negativen Rückwirkungen auf die Nachfrage in anderen asiatischen Volkswirtschaften. Zum anderen hatte das Auftreten der Lungenkrankheit SARS merkliche Einbußen im Tourismus zur Folge, vor allem in Hongkong, Singapur, Taiwan, Thailand und Indonesien.

¹⁾ Das WIFO setzte sich zuletzt im Jahr 1999 mit möglichen Deflationsgefahren und den Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik auseinander (Guger, A., et al., "Wirtschaftspolitische Forum: Deflationsgefahr und Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik", WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(9), S. 623ff, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=8326).

Im WIFO-Konjunkturtest für die österreichische Sachgütererzeugung schwächten sich die Beurteilung der Produktionsentwicklung und der Geschäftslage durch die Unternehmen seit Ende 2002 merklich ab. Besonders im Bereich der Vorprodukte lässt die Nachfrage aus dem Ausland nach. Aktuelle Produktionswerte liegen seit Ende 2002 nicht mehr vor, weil die entsprechende Erhebung von Statistik Austria erst mit sehr großer Verzögerung durchgeführt werden kann. Dies erschwert die Einschätzung der Konjunktur. Nach den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests dürfte die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung im I. Quartal 2003 etwa auf dem Niveau des Vorjahres gelegen sein. Hinweise auf den Produktionsverlauf lassen sich auch aus der Beschäftigtenstatistik ableiten: Von Jänner bis April waren in der Sachgütererzeugung um gut 14.000 Personen weniger beschäftigt als im Vorjahr (-2¼%). Besonders viele Arbeitsplätze gehen in der Textilindustrie und der Möbelerzeugung verloren. Die Metallindustrie baute knapp 5.000 Stellen ab.

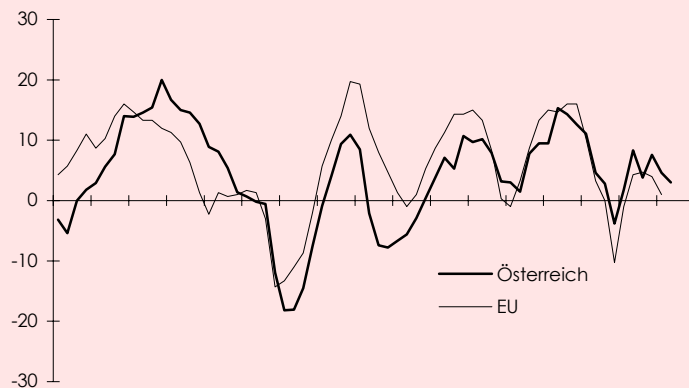
Stagnation in der Industrie, Abschwächung im Export

Nachfragemangel prägt die Konjunktur in der Sachgütererzeugung. Weiterhin gehen Arbeitsplätze verloren. Die Impulse von der Auslandsnachfrage klingen ab. Im Rückgang der Importe kommt auch die anhaltende Investitionszurückhaltung zum Ausdruck.

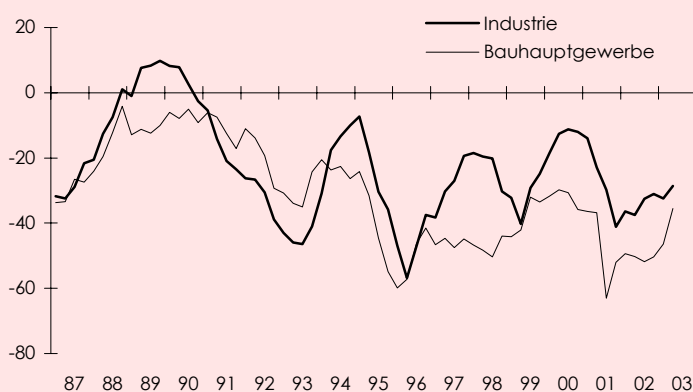
Abbildung 2: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt

Produktionserwartungen in der Industrie



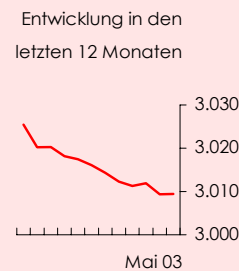
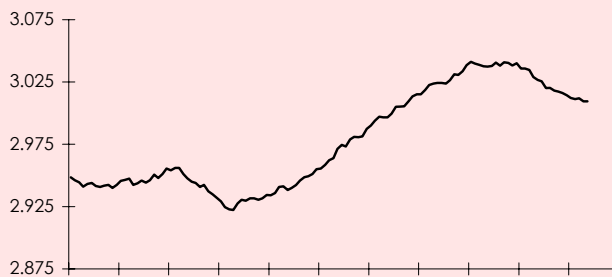
Auftragsbestand in Industrie und Bauhauptgewerbe



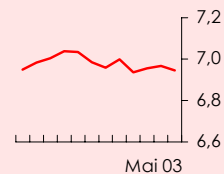
Die verhaltene Beurteilung der Auftragslage durch die Industrieunternehmen bestätigt auch die Entwicklung der Warenausfuhr. Diese lag im Jänner und Februar nominell im Durchschnitt um nur noch 2¼% über dem Niveau des Vorjahres (IV. Quartal 2002 +3¼%). Der Warenexport in den EU-Binnenmarkt war rückläufig (-2%). Auch nach Ost-Mitteuropa wurde weniger exportiert als im Vorjahr (-4%). Günstig entwickelte sich die Nachfrage aus Südosteuropa und Russland. Im I. Quartal 2003 waren die Eingänge aus Wareneinzahlungen gleich hoch wie im Vorjahr.

Abbildung 3: Wirtschaftspolitische Eckdaten

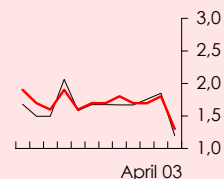
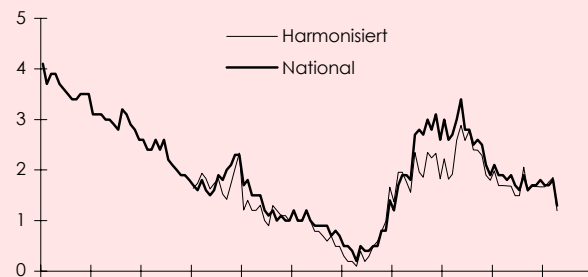
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



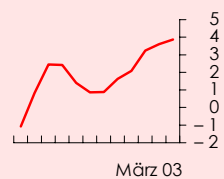
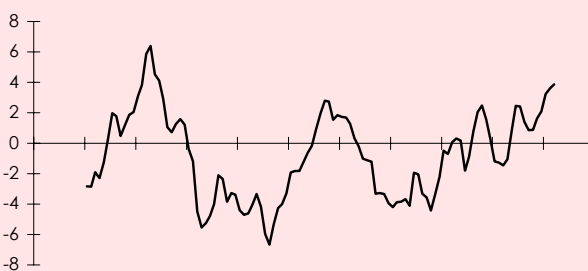
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



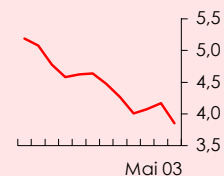
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



¹⁾ Unselbständig Beschäftigte ohne Bezieherinnen und Bezieher von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenziener.

Die Exportschwäche ist primär eine Folge des Fehlens der Nachfrage der wichtigsten Handelspartner. Allerdings macht sich zunehmend auch der ungünstige Wechselkurs bemerkbar: Der real-effektive Wechselkurs war im I. Quartal um 3½% höher als im Vorjahr. Die Euro-Aufwertung belastet die heimischen Exporteure meist indirekt, da 83% der Exporte in Euro fakturiert werden und nur 14% in Dollar. Die indirekten Effekte betreffen vor allem die Zulieferungen zur deutschen Exportindustrie, die besonders unter dem hohen Euro-Kurs leidet.

Auch zu Jahresbeginn 2003 gingen die Importe zurück (Jänner und Februar im Durchschnitt nominell –1%). Dies belegt die anhaltende Dämpfung der Inlandsnachfrage. Besonders deutlich sank die heimische Nachfrage nach Maschinen und Fahrzeugen (–2¾%) – ein Hinweis auf den unveränderten Investitionsattentismus der heimischen Unternehmen. Die Schwäche der Importnachfrage trägt wesentlich zum Leistungsbilanzüberschuss bei. Dieser betrug laut Cash-Daten der OeNB im I. Quartal 1 Mrd. €.

Die Tourismusumsätze stiegen in der Wintersaison 2002/03 (November bis April) nach vorläufigen Berechnungen gegenüber dem Vorjahr um 3,2%, die Gesamtzahl der Nächtigungen erhöhte sich um 0,9%. Im Anstieg der Ausgaben pro Nächtigung kommt auch der positive Strukturwandel zu höherwertigen touristischen Angeboten zum Ausdruck. Erste Hinweise für die Sommersaison lassen nicht auf ein merkliches Umsatzwachstum schließen. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten in Deutschland könnten die Haushalte zu Ausgabenzurückhaltung veranlassen.

Ähnlich wie in der Sachgütererzeugung liegen auch für den Groß- und Einzelhandel bislang keine Daten von Statistik Austria für das laufende Jahr vor, die eine Beurteilung von Wertschöpfung und Umsätzen erlauben würden. Im IV. Quartal 2002 waren die Umsätze im Großhandel real um 2,4% und im Einzelhandel um 1,7% höher als ein Jahr zuvor. Der Großhandel dürfte sich zu Jahresbeginn vor dem Hintergrund der Abschwächung im Außenhandel gut gehalten haben. Umfrageergebnisse lassen für den Einzelhandel im I. Quartal allenfalls ein kleines Plus erwarten. Eine leichte Erholung zeichnet sich im Kfz-Handel ab. Im I. Quartal wurden um 2½% mehr neue Pkw zugelassen als im Vorjahr.

Die Umsatzschwäche kommt auch in der Beschäftigungsentwicklung zum Ausdruck: Die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen lag im Handel von Jänner bis April um knapp 1% unter dem Niveau des Vorjahres.

Wenn die Konsumenten im Zug der Diskussion um die Pensionsreform Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter zurückstellen und den Sparanteil am verfügbaren Einkommen erhöhen, würde dies die Konsumnachfrage zusätzlich dämpfen. Bislang stehen allerdings keine ausreichend aktuellen empirischen Daten zur Verfügung, die eine Untersuchung dieser Frage erlauben würden.

Auch für die Bauwirtschaft fehlen Daten über die Produktionsentwicklung seit Jahresbeginn. Der WIFO-Konjunkturtest deutet allerdings schon seit Mitte 2002 auf eine leichte Belebung von Nachfrage und Produktion hin. Die Erholung erfasste zunächst den Tiefbau, der von steigenden Aufträgen im Infrastrukturbereich profitierte. In den letzten Monaten zeichnet sich auch eine Verbesserung im Hochbau ab. Die Auftragseingänge werden vor allem im Industrie- und Geschäftsbau etwas günstiger beurteilt. Im Wohnungsbau dominiert die Sanierungstätigkeit. Die Unternehmen sind bezüglich der künftigen Preis- und Beschäftigungsentwicklung optimistisch. Die Beschäftigungsverluste schwächten sich zuletzt etwas ab. Im April war die Zahl der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft um 3.200 (–1,3%) niedriger als im Vorjahr.

Der Preisauftrieb kam im Frühjahr zum Stillstand. Im April stieg der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr um 1,3% (HVPI +1,2%). Die Großhandelspreise waren um nur noch 0,8% höher als ein Jahr zuvor. Gegenüber dem Vormonat sanken die Preise auf Verbraucherebene im April um 0,1%. Der gesamtwirtschaftliche Preisauftrieb wird derzeit vor allem von den Kosten der Importgüter gebremst. Laut HWWA-

Wenig Dynamik im Handel

Belebung in der Bauwirtschaft

Deutlicher Rückgang der Inflation

Im April sank die Inflationsrate beträchtlich. Dazu trugen vor allem die Beruhigung auf den Weltmärkten für Rohöl und die merkliche Abwertung des Dollars bei.

Index waren die Weltmarkt-Rohstoffpreise im April auf Dollarbasis um nur noch 3% höher als im Vorjahr (Februar +43%). Aufgrund der Wechselkursverschiebungen ergab sich auf Euro-Basis ein Rückgang um 16%, für die Rohölpreise sogar um 19%. Diese Verbilligungen werden erst mit Verzögerung auf Verbraucherebene wirksam. Die Kosten von Beleuchtung und Beheizung sowie Verkehr lagen im April noch leicht über dem Niveau des Vorjahres, gegenüber dem Vormonat wurde bereits eine Abnahme verzeichnet.

Arbeitsmarkt spiegelt Konjunkturschwäche wider

Die Zahl der aktiv Beschäftigten lag im Mai um 5.000 über dem Niveau des Vorjahres. Während die Sachgütererzeugung, das Bauwesen, der Handel und das Verkehrswesen merklich weniger Arbeitskräfte einsetzen, entstehen in verschiedenen Dienstleistungsbranchen zusätzliche Arbeitsplätze. Dazu gehören der Tourismus, unternehmensnahe Dienstleistungen (einschließlich der Leiharbeitsanbieter) sowie das Unterrichts- und Gesundheitswesen. Auch die öffentliche Verwaltung weist mehr Beschäftigte als im Vorjahr aus. Dies geht auch auf eine Zunahme der Arbeitslosen in Schulungsmaßnahmen zurück.

Die Verstärkung der Schulungen ist andererseits eine wichtige Ursache des eher verhaltenen Anstiegs der Arbeitslosigkeit. Im Mai waren 215.000 Personen arbeitslos, um 7.000 mehr als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig befanden sich 45.000 Personen in Schulung, um 9.000 mehr als im Vorjahr. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode 6,9% der unselbständig beschäftigten Erwerbspersonen und nach Eurostat-Definition 4,3% der Erwerbspersonen.

Markus Marterbauer

Slack Demand and a Weaker Dollar Weighing on Business Activity

Demand and output in Austria are stagnating. Indications for a revival of business fixed investment are absent, and growth of private consumption is likely to remain modest. Exports are losing momentum, as the main trading partners are also struggling with economic sluggishness, which is compounded by the decline in the dollar exchange rate. Inflation has decelerated markedly, while unemployment keeps rising.

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Business Cycle Report. • Cut-off date: 4 June 2003 • E-Mail Address: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Domestic business activity continues to be suffering from slack overall demand, with prospects for a recovery still vague. Since the beginning of the year, also the incentives from foreign demand are flickering, which have sustained GDP growth over the last two years. In January and February, nominal merchandise exports rose by a mere 2 percent year-on-year. While demand from south-eastern Europe was buoyant, deliveries to other EU countries and to East-Central Europe receded. Current receipts from exports in the first quarter did not exceed the year-earlier level.

The fading of export growth mirrors the sluggish business conditions with key trading partners. The euro area economy is in stagnation. Germany may have entered another recession, after 2001, as GDP in the first quarter 2003 edged down by a seasonally-adjusted 0.2 percent from the previous period. The critical state of the European economy, now lasting for two years, is mainly due to the lack of internal demand. The weakness of investment and consumption is now being compounded by the export-dampening depreciation of the dollar vis-à-vis the euro. The exchange rate shifts will affect production with the usual lag of two or three quarters. According to the "euro growth indicator", euro-area growth may already be reduced by ½ percentage point in the third quarter. Austrian exports go primarily to the euro area or to countries exhibiting a stable exchange rate to the euro; they are therefore mostly indirectly affected by the euro appreciation, e.g., via supplies to the German export industry.

The effective appreciation of the euro and the return of oil prices to more normal levels are slowing markedly the pace of inflation in the euro area. While a general and sustained fall in consumer prices EU-wide ("deflation") appears unlikely at present, it cannot be ruled out for particular member states, such as Germany. In Austria, the consumer price index edged down by 0.1 percent in April, to an annual rate of 1.3 percent. The fall in energy costs is set to continue.

Slower export growth is also weighing on investment and production of Austrian manufacturing. Indications for the persistent restraint in capital spending are offered by weak survey data, but also by the import statistics, since Austrian investment in machinery and equipment exhibits a high import content. In January and February, machinery and motor vehicle imports were 2¾ percent lower in value than one year ago. Up-to-date figures for output of manufacturing, trade and construction have not become available since end-2002, due to the considerable lags involved in the data collection by Statistik Austria. This renders the assessment of the current business situation particularly difficult. The regular WIFO business survey suggests for the first

quarter 2003 a stagnation of manufacturing output compared with the year-earlier level, which would be in line with the observed fall in industrial employment by 2¼ percent year-on-year between January and April.

Retail sales may have increased moderately in the first quarter, according to preliminary estimates, while wholesale trade and motor car sales have fared somewhat better. The construction industry now seems to have passed the cyclical trough. Already in the second semester 2002, activity headed up in civil engineering, benefiting from rising orders for infrastructure investment. The WIFO business survey now suggests a revival also for building construction. Still, these early positive signs have not prevented construction employment from falling by a further 1¾ percent year-on-year between January and April.

The labour market situation remains fragile overall. Growth of total output is still too low as to generate an increase in full-time employment. If official job figures are pointing up, this is entirely due to the trend rise in part-time work and more people being enrolled in training offered by the labour market service, who are counted as being employed. The rising number of participants in such training (+9,000 year-on-year in May) is at the same time dampening the increase in the number of unemployed (+7,000).

Franz Sinabell
Erwin Schmid

■ Entkopplung der Direktzahlungen Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sehen insbesondere die Stärkung der Wettbewerbskraft und Umweltfreundlichkeit des Agrarsektors, die Verbesserung der Markt- und Qualitätsorientierung und neben der Sicherung der Agrareinkommen auch die Vereinfachung der Agrarverwaltung vor. Als Instrumente werden pauschale Flächenprämien anstelle flächen- und tierbezogener Produktsubventionen ("Entkopplung"), die Kürzung von Förderungen an größere Betriebe ("Modulation"), Produktionsauflagen ("Cross-Compliance") und ergänzende Maßnahmen im Programm der ländlichen Entwicklung vorgeschlagen.

Zur Untersuchung der Auswirkungen der "Entkopplung" auf den österreichischen Agrarsektor hat das WIFO ein regionales partielles Agrarsektormodell entwickelt. Die geplante "Entkopplung" verändert die Einkommen auf Sektorebene – je nach Preisszenario – um $\pm 0\%$ bis -4% , dämpft die Pflanzenerzeugung geringfügig und die Produktion von Rind- und Kalbfleisch deutlich. Damit ist eine erhebliche Freisetzung des Faktors Arbeit verbunden. Die Flächenprämie stützt den Wert von Flächen "in gutem landwirtschaftlichen Zustand", und das Agrarumweltprogramm wirkt als stabilisierendes Element in der pflanzlichen Erzeugung. Die Verteilungswirkungen der Reformvorschläge innerhalb des Sektors Landwirtschaft hängen von den Details der Übertragbarkeit von Prämienrechten ab.

- **Modellkonzept, Modellstruktur und Implementation**

Methode – Quellen – Güter – Nachfrage und Preise – Räumliche Gliederung – Faktor Boden und Bewirtschaftungsverfahren – Faktor Arbeit – Andere Faktoren und Ressourcen

- **Szenarien**

Forschungsleitende Fragen – Die Szenarien im Detail

- **Ergebnisse der quantitativen Modellanalyse**

Hauptergebnisse – Erzeugung auf dem Ackerland – Nutzung des Ackerlandes – Tierproduktion – Kulturartenverteilung – Rentabilität von Produktionskapazitäten

- **Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik – Effekte der Entkopplung der GAP-Direktzahlungen in Österreich

Im Auftrag des Bundes-
ministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft • März 2003 •
70 Seiten • 40 € • Download 32 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23706

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Konjunkturindikatoren für das Ausland

	2000				2001				2002				2003			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Leading Indicators																
OECD insgesamt	+ 0,7	- 1,4	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 3,0	+ 1,7	- 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5	- 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,0
USA	- 1,3	- 2,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 4,8	+ 1,5	- 1,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	- 0,5	+ 0,1	- 1,0	+ 0,9	+ 0,0
Japan	- 0,0	- 1,2	- 1,1	- 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 1,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1
EU	- 0,1	- 0,8	- 0,9	- 0,6	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,9	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,0
Deutschland	+ 0,1	- 1,3	- 1,3	- 0,5	+ 0,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1
Italien	- 1,2	- 0,5	+ 0,6	- 0,4	+ 0,1	+ 2,4	- 0,4	+ 0,5	- 0,9	+ 0,3	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,4	+ 0,3	+ 0,5
Frankreich	+ 0,0	- 0,6	- 1,6	- 0,7	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,7	- 0,7	+ 0,4	- 0,7	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	- 0,5	+ 0,5	+ 0,3
Großbritannien	+ 0,9	- 0,5	- 0,9	- 1,4	- 1,1	+ 1,5	+ 2,7	- 0,3	- 1,0	- 2,1	- 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,4	- 0,7
Niederlande	+ 0,4	- 1,0	- 0,9	- 0,4	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,3	- 1,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,4
Schweden	- 1,5	- 2,6	- 1,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,0	+ 1,9	+ 2,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,9	- 0,3	+ 1,1	+ 0,7
Industrieproduktion																
OECD insgesamt	+ 5,3	+ 2,7	+ 2,5	+ 4,9	- 2,7	- 0,6	- 5,8	- 4,0	- 1,1	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,4	+ 1,9	+ 0,4	+ 1,7	+ 2,4
USA	+ 8,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 5,0	- 4,1	- 1,1	- 6,1	- 4,0	- 1,6	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,9
Japan	+ 4,1	- 6,5	+ 0,5	+ 5,2	- 6,5	- 1,5	- 13,0	- 9,6	- 3,9	+ 2,6	+ 5,9	+ 2,2	+ 5,2	+ 5,4	+ 6,7	+ 8,1
EU	+ 3,8	+ 3,8	+ 1,8	+ 4,6	- 0,1	- 0,9	- 3,5	- 3,1	- 1,1	- 0,5	+ 0,8	- 1,2	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,8
Deutschland	+ 4,2	+ 4,8	+ 1,7	+ 6,8	+ 0,7	- 1,3	- 4,1	- 3,9	- 2,2	+ 0,5	+ 1,6	- 0,6	+ 0,3	+ 4,2	+ 0,3	+ 1,8
Italien	+ 3,9	+ 1,1	- 0,2	+ 3,7	- 1,1	- 2,0	- 6,0	- 5,3	- 2,7	- 0,9	+ 1,0	- 1,2	- 0,5	- 0,4	+ 0,9	+ 0,7
Frankreich	+ 4,8	+ 5,9	+ 1,9	+ 3,6	+ 0,6	- 1,1	- 4,4	- 2,4	- 0,8	- 2,4	+ 1,4	- 3,0	- 1,3	+ 0,1	+ 3,2	+ 1,0
Großbritannien	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 2,0	- 2,4	- 4,0	- 6,1	- 6,3	- 3,0	- 2,8	- 2,7	- 3,5	- 2,6	- 1,0	- 1,0	- 0,4
Niederlande	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,4	+ 5,0	+ 0,2	- 2,8	- 3,9	- 2,7	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 1,9	- 2,8	- 1,9	- 0,4	- 1,5
Schweden	+ 7,2	+ 3,8	+ 2,2	+ 8,7	- 0,6	- 2,6	- 3,8	- 3,6	- 2,2	- 1,7	- 2,7	- 2,5	- 2,1	- 1,9	- 4,4	+ 2,0
Arbeitslosenquote																
OECD insgesamt	7,0	6,9	6,7	6,3	6,5	6,9	6,8	6,8	6,9	6,9	7,0	6,9	7,0	7,0	7,1	7,0
USA	4,9	4,5	4,2	4,0	4,8	5,8	5,6	5,6	5,9	5,8	5,9	5,8	5,9	5,8	6,0	5,7
Japan	3,4	4,1	4,7	4,7	5,0	5,4	5,3	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,5	5,5	5,5	5,3
EU	10,0	9,4	8,7	7,8	7,3	7,6	7,4	7,4	7,6	7,7	7,7	7,7	7,7	7,9	7,8	7,9
Deutschland	9,7	9,1	8,4	7,7	7,8	8,2	7,9	8,0	8,1	8,3	8,4	8,3	8,3	8,4	8,5	8,6
Italien	11,6	11,7	11,3	10,4	9,4	9,0	9,2	9,0	9,0	9,0	8,9	9,0	8,9	8,9	8,9	9,0
Frankreich	11,8	11,4	10,7	9,3	8,5	8,7	8,5	8,6	8,7	8,8	8,9	8,8	8,8	8,9	8,9	9,0
Großbritannien	6,9	6,2	5,9	5,4	5,0	5,1	5,1	5,1	5,1	5,2	5,0	5,2	5,1	5,1	5,1	4,9
Niederlande	4,9	3,8	3,2	2,8	2,4	2,7	2,4	2,4	2,7	2,8	3,0	2,8	3,0	3,1	3,0	3,4
Schweden	9,9	8,2	6,7	5,6	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	5,1	4,7	5,0	5,1	5,1	5,3
Verbraucherpreise																
OECD insgesamt	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,8
USA	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6
Japan	+ 1,7	+ 0,7	- 0,3	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 1,0	- 1,4	- 0,9	- 0,8	- 0,5	- 0,2	- 0,9	- 0,9	- 0,4	- 0,4
EU	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,4
Deutschland	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1
Italien	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8
Frankreich	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,3
Großbritannien	+ 3,1	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,9
Belgien	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2
Dänemark	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,6
Finnland	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4
Niederlande	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,4	+ 4,2	+ 3,4	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,9
Spanien	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,3	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,4	+ 2,4	+ 3,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,7
Schweden	+ 0,7	- 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,1
Norwegen	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,4	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,7
Schweiz	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,8

Konjunkturindikatoren für das Ausland (Fortsetzung)

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003		2003					
	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Januar	Februar	März	April		
Dreimonatszinssatz																						
USA	5,6	5,5	6,2	6,1	5,6	5,3	5,6	5,3	5,4	5,7	5,7	5,0	4,9	4,7	4,6	4,9	5,1	4,7	4,8	4,6	4,6	4,7
Japan	0,6	0,7	1,7	1,7	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,2	1,0	0,8	1,1	1,1	1,0	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7
Euro-Raum	4,2	3,8	4,5	4,5	4,8	4,8	4,8	4,8	4,6	5,0	5,1	4,6	4,4	4,0	4,4	4,5	4,5	4,2	4,2	4,0	4,0	4,0
Großbritannien	6,8	7,3	4,9	5,4	5,2	5,3	5,2	5,2	5,2	5,5	5,5	5,1	4,9	4,4	4,9	4,8	4,8	4,4	4,4	4,3	4,6	4,6
Schweden	4,1	4,2	4,7	4,6	5,2	5,0	4,9	5,0	4,9	5,3	5,4	4,9	4,7	4,2	4,6	4,8	4,7	4,6	4,4	4,2	4,2	4,3
Schweiz	1,6	1,4	1,3	3,0	2,8	2,8	3,7	4,1	2,5	3,9	4,3	4,2	3,9	3,6	4,2	4,1	3,9	3,7	3,7	3,6	3,4	3,4
Sekundärmarktrendite ¹⁾																						
USA	6,6	5,6	6,2	6,1	5,6	5,3	5,6	5,3	5,4	5,7	5,7	5,0	4,9	4,7	4,6	4,9	5,1	4,7	4,8	4,6	4,6	4,7
Japan	2,4	1,5	1,7	1,7	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,2	1,0	0,8	1,1	1,1	1,0	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7
Deutschland	5,7	4,6	4,5	5,3	4,8	4,8	4,8	4,8	4,6	5,0	5,1	4,6	4,4	4,0	4,4	4,5	4,5	4,2	4,2	4,0	4,0	4,0
Frankreich	5,7	4,8	4,9	5,9	5,4	5,3	5,2	5,2	5,2	5,5	5,5	5,1	4,9	4,4	4,9	4,8	4,8	4,4	4,4	4,3	4,6	4,6
Italien	6,9	4,9	4,7	5,6	5,2	5,0	4,9	5,0	4,9	5,3	5,4	4,9	4,7	4,2	4,6	4,8	4,7	4,6	4,4	4,2	4,2	4,3
Niederlande	5,6	4,6	4,6	5,4	4,9	4,9	4,9	4,9	4,7	5,1	5,2	4,7	4,5	4,1	4,5	4,6	4,6	4,4	4,2	4,0	4,0	4,2
Großbritannien	7,1	5,5	5,1	5,3	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8	5,1	5,2	4,7	4,6	4,3	4,5	4,6	4,6	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3
Schweden	6,6	5,0	5,0	5,4	5,1	5,3	5,1	5,3	5,1	5,4	5,6	5,2	5,0	4,6	5,0	5,1	4,9	4,7	4,7	4,5	4,6	4,7
Schweiz	3,4	3,0	3,0	3,9	3,4	3,4	3,4	3,2	3,3	3,6	3,4	3,1	2,7	2,4	2,8	2,9	2,8	2,4	2,4	2,4	2,4	2,5

1) Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen.

Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für Österreich

	1998		1999		2000		2000		2001		2001		2002		2002		2003		2003		2003	
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Konjunkturfest Sachgütererzeugung	-20,1	-30,2	-32,2	-40,3	-29,2	-24,8	-18,6	-12,6	-11,2	-12,0	-29,8	-29,8	-41,1	-36,4	-37,5	-32,5	-31,0	-32,4	-32,4	-28,6	-28,6	-28,6
Auftragsbestände	-25,9	-33,4	-35,2	-40,9	-33,7	-28,6	-23,8	-17,1	-15,3	-16,0	-26,8	-31,8	-41,6	-39,1	-34,5	-33,0	-30,6	-33,7	-33,7	-28,0	-28,0	-28,0
Exportauftragsbestände	+16,1	+18,6	+17,1	+17,3	+13,5	+16,7	+10,9	+9,7	+11,1	+9,6	+18,5	+20,0	+21,4	+20,4	+18,1	+18,2	+15,9	+13,9	+12,8	+12,8	+12,8	+12,8
Fertigwarenlager	+7,9	+3,2	+3,0	+1,5	+7,8	+9,5	+9,5	+15,3	+14,3	+12,6	+11,1	+4,6	+2,8	+1,8	+8,3	+3,8	+7,6	+4,6	+3,0	+3,0	+3,0	+3,0
Produktionserwartungen	+8,1	+14,2	+14,9	-10,0	-7,4	-4,4	-0,8	+4,2	+5,4	+8,6	+10,5	-3,8	-4,3	-3,6	-2,3	-0,1	-1,8	-3,2	-3,2	-1,0	-1,0	-1,0
Verkaufspreisenerwartungen																						
Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen																						
Arbeitsmarkt																						
Unselbständig Beschäftigte	+0,2	+0,2	+0,0	+0,1	-0,1	+0,1	+0,1	+0,1	+0,1	+0,0	+0,1	+0,0	+0,1	-0,0	+0,0	-0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0
Arbeitslose	-1,9	+0,5	+2,4	+4,4	+5,7	+4,9	+3,0	+1,8	-0,1	-0,4	+0,4	+0,5	-0,0	-0,7	+0,6	-1,0	+0,3	+0,2	+0,2	-0,3	-0,3	-0,3
Offene Stellen	+9,8	-1,1	+1,8	+1,0	-0,6	-6,3	-7,5	-7,8	-8,7	-5,9	-1,1	-3,5	-3,4	-2,3	-0,9	-1,7	-1,2	-1,2	-1,2	-3,9	-3,9	-3,9
Arbeitslosenquote																						
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	5,7	5,7	5,9	6,1	6,4	6,7	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	6,9	7,0	7,0	7,0	6,9	7,0	6,9
In % der Erwerbspersonen (auf Eurostat)	3,4	3,4	3,5	3,7	3,9	4,1	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,2	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3

Sachgüterzeugung

Produktionsindex (arbeitsfähig bereinigt)	2002																									
	1997			1998			1999			2000			2001			2002										
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.								
Vorprodukte	+ 8,8	+ 10,1	+ 9,0	+ 6,0	+ 7,3	+ 10,5	+ 9,9	+ 0,5	- 0,3	- 3,8	- 8,9	- 5,5	- 3,4	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,5	- 0,7	+ 2,0	+ 2,7	- 3,6	- 6,1	+ 3,0	+ 2,7	- 0,8	+ 1,7	+ 0,6
Kfz	+ 18,0	+ 12,4	+ 11,1	+ 6,7	+ 10,6	+ 5,0	+ 6,7	- 2,1	+ 3,8	+ 2,8	+ 11,6	- 11,6	- 5,5	- 3,1	- 0,6	+ 0,7	- 6,6	+ 1,8	+ 0,6	- 6,1	+ 3,0	+ 2,7	- 0,8	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,7
Investitionsgüter	+ 3,1	+ 11,1	+ 6,7	+ 10,6	+ 5,0	+ 6,7	- 2,1	+ 3,8	+ 2,8	+ 11,6	- 11,6	- 5,5	- 3,1	- 0,6	+ 0,7	- 6,6	+ 1,8	+ 0,6	- 6,1	+ 3,0	+ 2,7	- 0,8	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Konsumgüter	+ 5,7	+ 2,0	+ 5,7	+ 2,0	+ 5,7	+ 2,0	+ 5,7	- 0,9	- 1,1	- 3,1	- 1,1	- 3,1	- 1,1	+ 1,6	+ 2,4	+ 0,5	+ 2,8	+ 21,6	+ 11,8	+ 9,1	+ 10,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Dauerhafte	+ 5,8	+ 2,9	+ 2,1	+ 16,9	+ 4,8	+ 8,2	+ 3,9	- 3,9	- 1,1	- 10,7	+ 6,4	+ 4,1	- 20,8	+ 8,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 7,6	+ 2,2	- 21,2	- 15,7	- 10,8	- 5,9	- 8,8	+ 0,9	+ 0,9
Nichtdauerhafte	+ 2,6	+ 9,0	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,3	- 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,9	+ 4,8	+ 4,2	+ 4,7	+ 3,9	+ 7,1	+ 0,4	+ 7,0	+ 2,8	+ 4,4	+ 5,4	+ 5,4	+ 5,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 8,3	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,6	+ 0,6	+ 4,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,9	+ 4,8	+ 4,2	+ 4,7	+ 3,9	+ 7,1	+ 0,4	+ 7,0	+ 2,8	+ 4,4	+ 5,4	+ 5,4	+ 5,4
Beschäftigte	- 2,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1
Geleistete Stunden	- 2,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,0	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,3
Produktion je Beschäftigter	+ 9,5	+ 8,9	+ 8,5	+ 7,6	+ 9,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6
Produktion je geleistete Stunde	+ 9,6	+ 8,5	+ 8,5	+ 10,1	+ 0,3	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Auftragseingänge	+ 9,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 4,9	+ 13,9	+ 2,2	- 2,4	- 2,4	- 1,8	+ 5,5	+ 1,8	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0
Inland	+ 4,3	+ 5,7	+ 2,0	+ 2,0	+ 9,8	+ 2,7	- 10,5	+ 26,1	+ 3,4	+ 26,1	+ 3,4	+ 26,1	+ 3,4	+ 26,1	+ 3,4	+ 26,1	+ 3,4	+ 26,1	+ 3,4	+ 26,1	+ 3,4	+ 26,1	+ 3,4	+ 26,1	+ 3,4	+ 3,4
Ausland	+ 12,2	+ 5,9	+ 6,4	+ 6,4	+ 16,0	+ 2,0	+ 1,4	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,8	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,3
Auftragsbestand	+ 14,4	+ 3,8	+ 1,1	+ 11,2	+ 3,4	+ 3,4	+ 9,5	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 3,0	+ 3,0
Inland	+ 8,5	+ 6,4	+ 7,8	+ 11,3	+ 4,7	+ 15,9	+ 5,4	+ 10,9	+ 15,4	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,2
Ausland	+ 17,5	+ 9,0	+ 9,0	+ 1,8	+ 11,2	+ 10,6	+ 12,1	+ 12,2	+ 11,8	+ 15,3	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,6

Bauwirtschaft

Produktionswert nominell (Hoch- und Tiefbau ¹⁾)	2002																									
	1997			1998			1999			2000			2001			2002										
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.								
Hochbau	+ 1,0	+ 3,1	+ 2,2	+ 1,3	+ 0,1	+ 4,4	+ 3,6	+ 0,6	+ 1,7	- 2,5	+ 0,6	+ 6,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 0,9	+ 6,6	+ 8,5	+ 8,5	+ 1,0	+ 9,7	+ 1,8	+ 2,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 8,8	+ 2,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 8,8	+ 2,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 8,8	+ 2,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 8,8	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,3
Tiefbau	+ 4,4	+ 0,9	+ 0,9	+ 3,1	+ 1,6	+ 1,4	+ 5,7	+ 4,1	+ 5,5	+ 7,8	+ 0,8	+ 7,8	+ 0,8	+ 7,8	+ 0,8	+ 7,8	+ 0,8	+ 7,8	+ 0,8	+ 7,8	+ 0,8	+ 7,8	+ 0,8	+ 7,8	+ 0,8	+ 0,8
Bauwesen insgesamt ²⁾	+ 2,5	+ 7,9	+ 7,9	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	+ 0,7	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	+ 0,7	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	+ 0,7	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,4	
Auftragsbestände	- 4,5	- 2,3	- 2,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 2,0	- 2,6	+ 3,2	+ 4,6	+ 2,2	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Preisindex Hochbau ³⁾	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3
Wohnhaus- und Siedlungsbau ³⁾	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Preisindex Tiefbau ³⁾	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,9	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5

1) Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. - 2) Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. - 3) Bis 1996: Basis 1986, ab 1997: Basis 1996.

Binnenhandel

Real	2002																								
	1997			1998			1999			2000			2001			2002									
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.							
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	- 2,8	+ 1,1	- 3,3	- 4,6	- 0,3	+ 0,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,7	- 4,5	+ 2,1	+ 4,7	+ 6,1	+ 1,9	- 1,9	+ 6,1	+ 4,2	- 1,5	+ 2,5
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	- 4,0	+ 2,6	- 4,7	- 6,6	+ 0,6	+ 2,1	+ 5,2	+ 2,4	+ 2,4	- 3,5	+ 4,2	+ 7,4	+ 7,4	- 0,6	- 0,6	+ 9,0	+ 4,8	- 0,6	+ 2,9
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 0,8	+ 0,8	- 1,6	- 1,8	+ 0,6	- 0,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,7	- 0,2	- 0,2	+ 2,7	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 3,8	+ 0,6	+ 0,9
Nominell	- 2,1	+ 3,5	- 0,9	- 1,6	- 4,9	- 6,0	- 2,2	- 0,4	- 0,4	- 13,9	- 1,8	- 0,9	- 0,9	- 10,0	- 10,0	+ 4,2	+ 2,8	+ 2,8	+ 5,9
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	- 2,0	+ 1,0	- 3,0	- 5,3	- 0,5	- 0,6	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,4	- 4,7	+ 1,0	+ 4,1	+ 4,1	- 2,1	- 2,1	+ 6,0	+ 4,6	- 0,8	+ 3,3
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	- 3,4	+ 2,0	- 4,6	- 8,7	- 0,1	+ 0,9	+ 4,3	+ 2,9	+ 2,9	- 4,3	+ 2,3	+ 6,1	+ 6,1	- 1,7	- 1,7	+ 8,6	+ 5,0	- 0,1	+ 3,8
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 0,4	+ 0,6	- 0,9	- 0,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,6	- 0,5	- 0,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 3,6	+ 0,7	+ 0,8
Beschäftigte ¹⁾	- 1,0	- 2,0	+ 0,1	- 1,0	- 4,0	- 4,6	- 0,5	+ 1,7	+ 1,7	- 12,4	- 0,6	+ 0,7	+ 0,7	- 8,4	+ 6,1	+ 4,8	+ 4,8	- 6,3	+ 8,1
Insgesamt	+ 1,2	- 0,6	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	- 1,2	- 1,2	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,9	- 0,9	- 1,1	- 1,0	- 1,0	- 1,1	- 1,3
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 1,6	- 0,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	- 0,9	- 1,2	- 1,2	- 0,5	- 0,7	- 0,8	- 1,2	- 0,8	- 0,8	- 1,2	- 1,0	- 1,1	- 1,6
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,1	- 0,7	+ 1,1	+ 0,8	- 0,0	- 0,6	- 1,1	- 1,2	- 1,2	- 0,5	- 0,7	- 0,9	- 1,1	- 1,2	- 1,1	- 1,2	- 1,1	- 1,2	- 1,1
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,1	- 0,9	- 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,5	- 0,7	- 0,8	- 1,3

Aufgrund der Umstellung von der Betriebsstatistik 1968 auf ÖNACE 1995 liegen Daten in der ÖNACE-Gliederung erst ab 1998 vor. - 1) Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder.

Tourismus

Übermachtungen
Alle Fremdenunterkünfte
Inländer
Ausländer
Aus Deutschland
Aus Italien
Aus den Niederlanden
Aus den USA
Aus Japan

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001 IV. Qu.	2002 I. Qu.	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2003 I. Qu.	2003 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002 August	2002 September	2002 Oktober	2002 November	2002 Dezember	Jänner	Februar	März	2003 Februar	März
	- 3,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 5,4	+ 5,2	- 5,4	+ 0,7	+ 2,9	+ 2,9	- 2,8	+ 0,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,7	+ 1,0	+ 3,7	+ 1,0	- 4,6	- 4,6
	- 0,8	+ 2,1	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,0	- 1,5	+ 7,4	- 0,1	- 2,9	- 1,5	- 2,2	- 2,2	- 1,9	- 3,3	+ 1,7	- 5,4	- 0,3	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,1	+ 4,2	+ 4,2	- 12,3
	- 4,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,4	+ 2,5	+ 4,5	+ 6,6	- 6,6	+ 1,5	+ 5,0	+ 5,0	- 3,1	+ 1,9	+ 2,7	+ 6,5	+ 3,9	+ 4,5	+ 0,9	+ 4,5	+ 0,9	- 7,1	- 2,6
	- 6,2	- 0,4	+ 0,8	- 1,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 5,8	+ 6,7	- 9,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	- 7,0	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,9	- 2,9	+ 0,8	- 2,2	+ 0,8	- 2,2	- 10,3	- 8,8
	+ 4,5	+ 9,7	+ 2,6	+ 5,0	+ 5,7	+ 4,9	+ 8,3	+ 15,4	+ 6,8	+ 3,9	+ 4,3	+ 4,3	- 5,1	+ 3,3	- 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 5,2	+ 2,6	+ 5,2	- 1,2	- 16,7
	- 4,3	+ 0,7	+ 3,3	+ 5,0	+ 4,1	+ 7,1	+ 5,2	+ 4,1	+ 14,9	+ 7,2	+ 16,7	+ 16,7	+ 1,1	+ 3,3	+ 3,3	+ 17,5	+ 9,3	+ 16,9	- 0,4	+ 16,9	- 0,4	+ 9,1	+ 29,1
	- 0,0	+ 12,9	- 1,8	+ 19,9	- 15,9	- 15,2	- 29,6	- 15,3	- 28,7	- 17,9	+ 23,7	+ 23,7	+ 1,4	- 22,5	- 11,5	+ 21,1	+ 32,3	+ 21,7	+ 5,4	+ 32,3	+ 5,4	+ 1,2	- 1,6
	+ 3,5	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,6	- 9,6	- 8,6	- 39,3	- 20,6	- 16,0	- 14,1	+ 32,9	+ 32,9	+ 17,4	- 21,0	- 5,3	+ 22,9	+ 61,9	+ 25,0	+ 18,0	+ 25,0	+ 18,0	+ 25,8	+ 10,8

Verkehr

Güterverkehr
Bahn
Inlandsverkehr
Ehr- und Ausfuhr
Neuzulassungen Lkw
Personenverkehr
Luftverkehr: Passagiere
Neuzulassungen Pkw
Bis 1.500 cm³
1.501 bis 2.000 cm³
2.001 cm³ und darüber

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001 IV. Qu.	2002 I. Qu.	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2003 I. Qu.	2003 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002 September	2002 Oktober	2002 November	2002 Dezember	Jänner	Februar	März	2003 Februar	März	April	
	+ 6,3	+ 3,8	+ 2,3	+ 10,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 3,7	+ 7,0	+ 3,0	- 2,8	- 0,6	- 0,6	- 2,9
	+ 7,9	- 0,9	+ 13,2	+ 10,3	- 1,0	+ 1,9	- 5,5	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,4	+ 4,7	+ 4,7	- 10,4
	+ 8,0	+ 3,5	+ 0,5	+ 12,3	+ 1,3	+ 2,7	- 4,5	+ 17,9	+ 1,6	- 3,3	- 1,5	- 0,7	- 0,7	+ 6,0	+ 7,6	- 0,9	+ 6,6	- 5,1	+ 4,9	+ 4,9	+ 11,9	+ 11,9	+ 15,5	
	+ 5,8	+ 6,5	+ 0,6	+ 8,2	- 11,4	- 8,1	- 25,8	- 6,7	- 16,2	- 11,3	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,1	
	+ 7,5	+ 8,2	+ 4,5	+ 7,2	- 0,3	+ 1,4	+ 1,4	- 3,1	- 2,7	- 1,3	+ 16,3	+ 16,3	+ 2,5	+ 1,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 17,5	+ 15,1	+ 10,0	+ 10,0	+ 1,3	+ 5,3		
	- 10,6	+ 7,6	+ 6,2	- 1,5	- 5,1	- 4,8	- 6,2	- 10,0	- 7,7	- 2,2	+ 4,7	+ 4,7	+ 9,3	+ 3,9	+ 5,4	- 2,4	+ 15,1	+ 7,4	- 1,4	- 1,4	+ 9,8	+ 1,3		
	- 21,0	+ 8,3	+ 0,5	+ 2,7	- 8,2	- 3,1	- 15,1	- 18,3	- 6,9	+ 5,1	+ 17,5	+ 17,5	+ 2,5	+ 16,0	+ 22,1	+ 10,5	+ 19,9	+ 15,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 9,8	+ 21,8		
	- 7,1	+ 6,6	+ 8,6	- 3,5	- 4,5	- 6,4	- 0,8	- 6,2	- 9,3	- 6,8	- 1,3	- 1,5	- 1,5	- 3,2	- 1,0	- 8,9	+ 11,1	+ 1,8	- 4,3	- 4,3	- 2,4	- 1,2		
	- 5,9	+ 10,6	+ 5,1	+ 0,4	- 3,1	- 0,6	- 13,3	- 12,3	- 1,9	+ 5,8	+ 11,5	+ 11,5	+ 9,6	+ 16,7	+ 7,8	+ 8,0	+ 24,8	+ 20,3	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,8	+ 8,3		

Arbeitsmarkt

Unselbständig Beschäftigte
Männer
Frauen
Ausländer
Sachgütererzeugung
Bauwesen
Private Dienstleistungen
Unternehmensbezogene
Dienstleistungen
Arbeitslose
Offene Stellen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001 IV. Qu.	2002 I. Qu.	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2003 I. Qu.	2003 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002 Oktober	2002 November	2002 Dezember	Jänner	Februar	März	2003 März	April	Mai
	3.056	3.077	3.108	3.134	3.148	3.155	3.134	3.092	3.155	3.225	3.149	3.149	3.123	3.176	3.155	3.116	3.105	3.115	3.115	3.149	3.167	3.187
	1.740	1.744	1.755	1.757	1.748	1.742	1.739	1.684	1.742	1.777	1.722	1.722	1.677	1.751	1.733	1.682	1.660	1.667	1.704	1.704	1.728	.
	1.316	1.332	1.353	1.377	1.400	1.424	1.395	1.408	1.414	1.448	1.427	1.427	1.446	1.425	1.422	1.434	1.445	1.448	1.444	1.444	1.438	.
	299	299	306	320	329	334	325	322	334	348	331	334	334	339	331	324	323	336	344	344	345	.
	616	617	614	612	614	599	599	606	599	606	592	582	582	598	594	585	581	582	585	585	585	.
	267	265	263	258	247	240	248	207	253	261	241	203	203	258	251	214	192	193	223	223	244	.
	1.158	1.178	1.203	1.231	1.250	1.257	1.238	1.252	1.245	1.286	1.244	1.244	1.256	1.245	1.237	1.249	1.258	1.260	1.260	1.251	1.238	.
	204	216	233	251	267	278	270	266	275	286	283	283	277	285	285	279	276	277	279	279	281	.
	233	238	222	194	204	232	230	278	210	197	244	244	284	214	237	283	304	295	253	253	231	215
	19	23	31	35	30	23	24	23	25	24	21	21	21	23	21	21	21	21	22	22	24	25

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001 IV. Qu.	2002 I. Qu.	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2003 I. Qu.	2003 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002 Oktober	2002 November	2002 Dezember	Jänner	Februar	März	2003 März	April	Mai
	+ 8,3	+ 21,1	+ 31,2	+ 25,8	+ 14,4	+ 7,0	+ 4,9	+ 1,5	+ 4,4	+ 7,2	+ 15,0	+ 15,0	+ 31,3	+ 12,1	+ 17,5	+ 15,4	+ 37,5	+ 30,2	+ 26,3	+ 26,3	+ 38,3	+ 30,4
	+ 0,8	+ 4,8	+ 10,4	+ 2,2	- 9,3	- 16,6	- 12,0	- 15,4	- 16,2	- 17,6	- 17,5	- 17,5	- 7,1	- 16,1	- 14,8	- 21,6	- 6,0	- 9,4	- 6,0	- 6,0	+ 0,7	.
	+ 7,5	+ 16,3	+ 20,8	+ 23,7	+ 16,9	+ 23,7	+ 16,9	+ 16,8	+ 20,6	+ 24,7	+ 32,5	+ 38,4	+ 38,4	+ 28,2	+ 32,3	+ 37,0	+ 43,5	+ 39,6	+ 32,2	+ 32,2	+ 37,6	.
	- 1,6	- 0,2	+ 7,8	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 3,8	+ 5,4	+ 4,0	+ 4,7	+ 6,4	+ 6,4	+ 11,9	+ 5,8	+ 6,0	+ 7,4	+ 7,3	+ 14,3	+ 14,0	+ 14,0	+ 16,8	.
	- 8,8	+ 0,6	- 4,4	+ 0,2	+ 1,3	- 15,1	- 4,4	- 9,9	- 13,7	- 18,5	- 18,2	- 14,5	- 14,5	- 18,1	- 18,4	- 18,1	- 15,3	- 14,6	- 13,7	- 13,3	.	.
	+ 1,8	- 2,1	+ 1,8	- 5,2	- 10,4	- 6,8	- 9,2	- 7,3	- 6,6	- 6,4	- 7,0	- 4,2	- 4,2	- 6,7	- 5,0	- 7,8	- 8,9	- 7,8	- 2,3	- 2,3	.	.
	+ 10,5	+ 20,6	+ 25,1	+ 27,8	+ 19,3	+ 6,2	+ 10,1	+ 7,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 5,9	+ 5,9	+ 3,9	+ 6,3	+ 6,5	+ 4,8	+ 8,9	+ 5,8	- 3,0	+ 9,4	.	.
	+ 11,3	+ 12,6	+ 16,4	+ 18,2	+ 16,3	+ 10,3	+ 9,8	+ 6,6	+ 9,6	+ 11,7	+ 13,2	+ 11,1	+ 11,1	+ 13,1	+ 13,7	+ 12,7	+ 12,6	+ 10,6	+ 10,2	+ 9,2	+ 9,2	.
	+ 2,8	+ 4,4	- 16,1	- 27,4	+ 9,6	- 28,5	+ 35,8	+ 38,9	+ 33,8	+ 26,6	+ 14,8	+ 14,8	+ 5,9	+ 17,2	+ 12,2	+ 14,9	+ 5,8	+ 7,8	+ 4,2	+ 4,2	- 0,1	+ 7,1
	- 0,4	+ 4,1	+ 8,1	+ 4,3	- 5,8	- 6,5	- 9,0	- 8,3	- 8,6	- 6,5	- 2,5	- 2,5	- 1,8	- 3,3	- 2,0	- 2,3	- 1,2	- 2,2	- 2,1	- 2,1	- 1,2	- 0,9

In %

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001 IV. Qu.	2002 I. Qu.	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2003 I. Qu.	2003 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002 Oktober	2002 November	2002 Dezember	Jänner	Februar	März	2003 März	April	Mai
	7,1	7,2	6,7	5,8	6,1	6,9	6,8	8,2	6,2	5,8	7,2	7,2	8,3	6,3	7,0	8,3	8,9	8,6	7,4	7,4	6,8	6,3
	6,9	6,9	6,5	5,8	6,2	7,2	6,9	9,6	6,2	5,5	7,6	7,6	9,9	6,0	6,9	9,8	10,9	10,5	8,3	8,3	7,0	6,3
	7,4	7,5	6,9	5,9	5,9	6,4	6,7	6,6	6,3	6,0	6,8	6,8	6,5	6,6	7,1	6,5	6,6	6,4	6,4	6,4	6,6	6,3
	16,3	15,3	14,4	14,4	15,2	15,8	16,0	14,7	15,4	16,6	16,6	16,6	15,4	17,2	16,8	16,0	15,5	15,2	15,5	15,5	16,0	16,2
	1,227	1,030	710	547	687	1,002	961	1,215	842	837	1,144	1,144	1,348	948	1,132	1,370	1,460	1,432	1,162	1,162	976	869

Arbeitslosenquote
Männer
Frauen
Unter-25-Jährige
in % der Arbeitslosen insgesamt
Stellenanfrage
(Arbeitslose je 100 offene Stellen)

Außenhandel¹⁾

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003				
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2002	2002	2002	2003	2003	2003			
	I. Qu. Veränderung gegen das Vorjahr in %																		
	III. Qu.		IV. Qu.		I. Qu.		II. Qu.		III. Qu.		IV. Qu.		I. Qu.		II. Qu.				
	Veränderung gegen das Vorjahr in %																		
Export (nominal)	+ 168	+ 84	+ 70	+ 156	+ 65	+ 41	+ 53	+ 24	+ 05	+ 73	+ 47	+ 38	+ 72	+ 94	+ 77	+ 11	+ 21	+ 25	+ 20
Intra-EU	+ 130	+ 117	+ 51	+ 125	+ 61	+ 31	+ 59	+ 07	+ 25	+ 61	+ 42	+ 48	+ 62	+ 74	+ 85	+ 37	+ 14	+ 12	+ 28
Deutschland	+ 95	+ 110	+ 40	+ 104	+ 39	+ 22	+ 21	+ 42	+ 51	+ 41	+ 59	+ 45	+ 94	+ 78	+ 85	+ 28	+ 14	+ 07	+ 05
Italien	+ 236	+ 122	+ 47	+ 194	+ 46	+ 37	+ 52	+ 26	+ 18	+ 72	+ 08	+ 60	+ 87	+ 18	+ 56	+ 36	+ 98	+ 91	+ 27
Extra-EU	+ 315	+ 29	+ 105	+ 210	+ 73	+ 56	+ 45	+ 21	+ 58	+ 92	+ 54	+ 23	+ 87	+ 55	+ 66	+ 27	+ 30	+ 86	+ 98
Ostmitteleuropa	+ 426	+ 17	+ 34	+ 195	+ 183	+ 143	+ 141	+ 198	+ 48	+ 37	+ 37	+ 97	+ 154	+ 66	+ 76	+ 19	+ 16	+ 32	+ 52
Südosteuropa	+ 272	+ 178	+ 139	+ 433	+ 364	+ 31	+ 391	+ 370	+ 113	+ 193	+ 153	+ 76	+ 234	+ 86	+ 127	+ 99	+ 57	+ 56	+ 161
Frühere UdSSR	+ 313	+ 178	+ 171	+ 273	+ 120	+ 00	+ 80	+ 49	+ 40	+ 23	+ 05	+ 53	+ 223	+ 07	+ 61	+ 92	+ 202	+ 173	+ 180
NAFTA	+ 51	+ 201	+ 401	+ 251	+ 06	+ 01	+ 189	+ 52	+ 108	+ 23	+ 05	+ 33	+ 51	+ 17	+ 31	+ 126	+ 05	+ 98	+ 21
Japan	+ 180	+ 59	+ 03	+ 02	+ 402	+ 127	+ 184	+ 797	+ 56	+ 31	+ 09	+ 389	+ 250	+ 17	+ 139	+ 174	+ 70	+ 94	+ 34
OPEC	+ 119	+ 57	+ 110	+ 261	+ 141	+ 72	+ 155	+ 47	+ 38	+ 87	+ 43	+ 108	+ 58	+ 129	+ 25	+ 664	+ 18	+ 229	+ 09
NOPEC	+ 196	+ 92	+ 162	+ 103	+ 156	+ 57	+ 167	+ 205	+ 178	+ 31	+ 22	+ 69	+ 51	+ 39	+ 73	+ 44	+ 48	+ 196	+ 46
Agrarwaren	+ 152	+ 11	+ 135	+ 182	+ 161	+ 121	+ 153	+ 122	+ 119	+ 31	+ 82	+ 103	+ 102	+ 44	+ 92	+ 44	+ 55	+ 37	+ 74
Roh- und Brennstoffe	+ 167	+ 88	+ 63	+ 158	+ 56	+ 35	+ 41	+ 11	+ 10	+ 72	+ 47	+ 32	+ 72	+ 40	+ 98	+ 22	+ 13	+ 22	+ 37
Industriegüter	+ 212	+ 41	+ 79	+ 136	+ 101	+ 115	+ 87	+ 43	+ 81	+ 170	+ 125	+ 84	+ 123	+ 101	+ 151	+ 122	+ 29	+ 102	+ 54
Chemische Erzeugnisse	+ 114	+ 104	+ 29	+ 133	+ 50	+ 08	+ 35	+ 17	+ 45	+ 15	+ 29	+ 36	+ 54	+ 47	+ 71	+ 89	+ 01	+ 41	+ 56
Bearbeitete Waren	+ 178	+ 96	+ 113	+ 178	+ 50	+ 28	+ 33	+ 06	+ 30	+ 85	+ 44	+ 17	+ 87	+ 70	+ 98	+ 20	+ 13	+ 14	+ 34
Maschinen, Verkehrsmittel	+ 225	+ 69	+ 80	+ 90	+ 90	+ 12	+ 110	+ 42	+ 18	+ 10	+ 11	+ 10	+ 10	+ 63	+ 78	+ 01	+ 62	+ 63	+ 17
Sonstige Fertigwaren	+ 109	+ 66	+ 67	+ 147	+ 50	+ 22	+ 16	+ 26	+ 53	+ 11	+ 02	+ 25	+ 37	+ 84	+ 48	+ 02	+ 55	+ 24	+ 00
Impor (nominal)	+ 80	+ 75	+ 55	+ 103	+ 38	+ 16	+ 18	+ 19	+ 35	+ 04	+ 01	+ 24	+ 21	+ 92	+ 06	+ 43	+ 38	+ 40	+ 11
Intra-EU	+ 78	+ 69	+ 71	+ 115	+ 45	+ 28	+ 09	+ 02	+ 38	+ 08	+ 20	+ 44	+ 09	+ 73	+ 24	+ 67	+ 39	+ 36	+ 05
Deutschland	+ 65	+ 11	+ 11	+ 80	+ 54	+ 35	+ 45	+ 45	+ 62	+ 41	+ 32	+ 03	+ 52	+ 81	+ 29	+ 13	+ 22	+ 10	+ 32
Italien	+ 179	+ 45	+ 95	+ 244	+ 74	+ 34	+ 10	+ 39	+ 85	+ 25	+ 08	+ 28	+ 70	+ 69	+ 19	+ 05	+ 77	+ 04	+ 22
Extra-EU	+ 250	+ 132	+ 98	+ 226	+ 84	+ 97	+ 123	+ 57	+ 01	+ 100	+ 164	+ 83	+ 51	+ 59	+ 88	+ 80	+ 108	+ 78	+ 94
Südosteuropa	+ 243	+ 155	+ 20	+ 227	+ 156	+ 07	+ 97	+ 20	+ 12	+ 14	+ 29	+ 80	+ 223	+ 70	+ 192	+ 41	+ 159	+ 189	+ 73
Frühere UdSSR	+ 123	+ 17	+ 06	+ 714	+ 103	+ 04	+ 55	+ 391	+ 99	+ 65	+ 206	+ 119	+ 235	+ 31	+ 37	+ 440	+ 202	+ 201	+ 95
NAFTA	+ 300	+ 40	+ 160	+ 215	+ 08	+ 121	+ 110	+ 21	+ 62	+ 28	+ 173	+ 333	+ 76	+ 289	+ 155	+ 435	+ 187	+ 195	+ 226
Japan	+ 08	+ 136	+ 148	+ 234	+ 128	+ 60	+ 193	+ 241	+ 199	+ 115	+ 84	+ 80	+ 04	+ 43	+ 102	+ 31	+ 159	+ 52	+ 21
OPEC	+ 181	+ 330	+ 141	+ 507	+ 11	+ 160	+ 178	+ 136	+ 310	+ 205	+ 88	+ 201	+ 62	+ 211	+ 07	+ 291	+ 423	+ 409	+ 67
NOPEC	+ 142	+ 47	+ 75	+ 266	+ 244	+ 08	+ 154	+ 12	+ 221	+ 131	+ 85	+ 38	+ 302	+ 12	+ 38	+ 43	+ 65	+ 225	+ 47
Agrarwaren	+ 163	+ 41	+ 31	+ 41	+ 110	+ 08	+ 89	+ 125	+ 33	+ 06	+ 64	+ 48	+ 98	+ 14	+ 108	+ 02	+ 102	+ 42	+ 79
Roh- und Brennstoffe	+ 142	+ 82	+ 86	+ 474	+ 65	+ 17	+ 11	+ 108	+ 03	+ 05	+ 15	+ 85	+ 16	+ 49	+ 19	+ 66	+ 49	+ 146	+ 17
Industriegüter	+ 101	+ 84	+ 68	+ 123	+ 44	+ 29	+ 12	+ 24	+ 10	+ 14	+ 00	+ 37	+ 40	+ 94	+ 48	+ 05	+ 43	+ 25	+ 09
Chemische Erzeugnisse	+ 136	+ 75	+ 31	+ 122	+ 87	+ 46	+ 41	+ 81	+ 14	+ 103	+ 99	+ 03	+ 120	+ 40	+ 35	+ 13	+ 37	+ 104	+ 48
Bearbeitete Waren	+ 116	+ 52	+ 07	+ 123	+ 61	+ 66	+ 34	+ 43	+ 99	+ 68	+ 58	+ 38	+ 33	+ 119	+ 27	+ 28	+ 16	+ 19	+ 08
Maschinen, Verkehrsmittel	+ 117	+ 110	+ 108	+ 144	+ 26	+ 40	+ 17	+ 32	+ 80	+ 33	+ 02	+ 45	+ 64	+ 112	+ 44	+ 01	+ 60	+ 78	+ 57
Sonstige Fertigwaren	+ 55	+ 52	+ 80	+ 70	+ 52	+ 32	+ 34	+ 14	+ 31	+ 12	+ 28	+ 56	+ 17	+ 84	+ 39	+ 79	+ 51	+ 34	+ 42

1) Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert.

Preise und Löhne

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003					
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2002	2002	2003	2003	2003	2003				
	I. Qu. Veränderung gegen das Vorjahr in %																			
	III. Qu.		IV. Qu.		I. Qu.		II. Qu.		III. Qu.		IV. Qu.		I. Qu.		II. Qu.					
	Veränderung gegen das Vorjahr in %																			
Tariflöhne: alle Beschäftigten	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Effektivverdienste	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,5	+ 3,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 3,3	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Beschäftigte, Sachgütererzeugung ¹⁾	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,9	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Arbeiter, Sachgütererzeugung ²⁾	+ 1,8	+ 2,3	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,2	+ 4,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,5	+ 3,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Arbeiter, Bauwesen ³⁾	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Verbraucherpreisindex	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Ohne Saisonwaren	+ 1,7	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,0	+ 3,3	+ 1,8	+ 3,6	+ 3,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,7
Ernährung, Miete, Instandhaltung	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,6
von Wohnungen	+ 3,3	+ 2,0	+ 0,2	+ 6,5	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,1	+ 2,7	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 2,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,0
Beleuchtung und Beheizung	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,7	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,3
Bekleidung, persönliche Ausstattung	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,9	+ 4,0	+ 2,5	+ 1,3	+ 3,8	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2
Freizeit und Bildung	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	+ 5,3	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,4
Verkehr	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 4,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,8
Großhandelspreisindex	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 4,1	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1
Ohne Saisonwaren	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 4,1	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1
Weltmarkt-Rohstoffpreise: HWWA-Index ⁴⁾	+ 1,7	+ 22,4	+ 11,8	+ 31,5	+ 10,9	+ 1,2	+ 26,6	+ 15,6	+ 4,8	+ 4,5	+ 25,8	+ 34,0	+ 8,8	+ 22,0	+ 23,2	+ 32,6	+ 39,8	+ 43,6	+ 20,5	+ 2,9
Auf Dollarbasis	+ 13,1	+ 21,1	+ 17,0	+ 51,8	+ 8,5	+ 4,2	+ 28,9	+ 11,1	+ 9,5	+ 5,4	+ 12,7	+ 9,4	+ 1,0	+ 12,6	+ 9,3	+ 16,2	+ 16,3	+ 15,9	+ 2,	

Geld- und Kreditmarkt

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001 IV. Qu.	2002 I. Qu.	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002 Oktober	2002 November	2002 Dezember	2003 Jänner	2003 Februar	2003 März	2003 April	2003 Mai	
Zinssätze																					
Basiszinssatz	2,5	2,5	2,2	3,4	3,9	2,7	3,0	2,8	2,8	2,8	2,6	2,2	2,8	2,8	2,4	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	
Taggeldsatz (EONIA) ¹⁾	3,3	3,4	2,7	4,1	4,4	3,3	3,6	3,3	3,3	3,3	3,2	2,8	3,3	3,3	3,1	2,8	2,8	2,8	2,6	2,6	
Dreimonatssatz (EURIBOR) ²⁾	3,5	3,6	3,0	4,3	4,3	3,3	3,4	3,4	3,4	3,4	3,1	2,7	3,3	3,1	2,9	2,8	2,7	2,5	2,5	2,4	
Sekundärmarktrendite (Benchmark)	5,7	4,7	4,1	5,6	5,1	5,0	4,8	5,2	5,3	4,8	4,6	4,1	4,6	4,6	4,5	4,3	4,0	4,1	4,2	3,9	
Sekundärmarktrendite insgesamt	4,8	4,4	4,1	5,4	4,7	4,4	4,2	4,7	4,8	4,3	3,9	3,4	4,0	4,0	3,8	3,6	3,3	3,4	3,5	3,2	
Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute																					
Kommerzkredite	7,7	6,4	5,6	6,5	6,4	5,8	6,0	5,7	5,8	5,9	5,7	5,4	5,8	5,6	5,5	5,4	5,4	5,3	.	.	
Privatkredite	8,8	7,6	6,5	7,4	7,3	6,7	7,0	6,7	6,8	6,8	6,7	6,3	6,7	6,8	6,5	6,4	6,2	6,2	.	.	
Hypothekarkredite	6,1	5,9	5,0	5,8	5,9	5,3	5,5	5,3	5,3	5,3	5,2	4,9	5,3	5,2	5,2	5,0	4,9	4,8	.	.	
Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute																					
Spareinlagen täglich fällig	1,5	1,4	0,8	0,7	0,6	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	.	.	
Spareinlagen über 12 Monate	3,2	3,1	2,5	3,1	3,3	2,8	2,9	2,8	2,9	2,8	2,6	2,3	2,7	2,7	2,4	2,4	2,3	2,2	.	.	
Kapitalparabriefe	3,2	3,3	2,7	3,6	3,7	3,2	3,1	3,1	3,5	3,3	3,0	2,6	3,1	3,1	2,9	2,7	2,6	2,5	.	.	

¹⁾ Bis 1998 Taggeldsatz (auf OeNB, - ²⁾ Bis 1998 VIBOR.

Monetäre Aggregate

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001 IV. Qu.	2002 I. Qu.	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002 August	2002 September	2002 Oktober	2002 November	2002 Dezember	2003 Jänner	2003 Februar	2003 März
Erlösen insgesamt	+ 1,8	+ 5,0	+ 3,1	+ 2,3	+ 7,8	+ 1,1	+ 7,8	+ 5,5	+ 5,3	+ 4,4	+ 1,1	+ 2,6	+ 4,3	+ 4,4	+ 3,6	+ 3,2	+ 1,1	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,6
Direktkredite an inländische Nichtbanken	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,2	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 3,5	+ 4,1	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,4	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4

Zahlungsbilanz

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001 IV. Qu.	2002 I. Qu.	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002 August	2002 September	2002 Oktober	2002 November	2002 Dezember	2003 Jänner	2003 Februar	2003 März	
Cash-Prinzip¹⁾																					
Leistungsbilanz	- 3,99	- 3,39	- 4,05	- 5,54	- 4,12	+ 0,81	- 0,27	+ 0,47	+ 0,33	- 1,57	+ 1,58	+ 0,93	- 0,16	- 0,37	- 0,49	+ 0,94	+ 1,13	- 0,09	+ 0,53	+ 0,49	
Warenzählungen ²⁾	- 4,14	- 4,57	- 5,34	- 7,09	- 6,24	- 2,40	- 0,34	- 1,53	- 0,25	- 1,13	+ 0,51	- 1,05	- 0,17	- 0,83	- 0,04	+ 0,68	- 0,12	- 0,55	- 0,22	- 0,28	
Dienstleistungen	+ 2,06	+ 3,11	+ 4,00	+ 4,01	+ 4,70	+ 5,59	+ 0,82	+ 3,45	+ 0,79	- 0,00	+ 1,35	+ 2,85	- 0,04	+ 0,33	+ 0,30	+ 0,33	+ 0,72	+ 1,14	+ 0,90	+ 0,80	
Einkommen	- 0,40	- 0,21	- 0,85	- 0,97	- 1,28	- 0,80	- 0,55	- 0,68	+ 0,36	- 0,23	- 0,25	- 0,67	- 0,22	- 0,16	- 0,16	+ 0,10	+ 0,23	- 0,81	+ 0,02	+ 0,12	
Laufende Transfers	- 1,51	- 1,78	- 1,86	- 1,49	- 1,31	- 1,58	- 0,20	- 0,78	- 0,57	- 0,21	- 0,03	- 0,20	- 0,18	- 0,04	- 0,16	+ 0,30	+ 0,13	- 0,17	- 0,15	- 0,15	
Vermögensübertragungen	+ 0,02	- 0,12	- 0,13	- 0,26	- 0,54	- 0,58	- 0,28	- 0,22	+ 0,11	- 0,13	- 0,19	- 0,07	- 0,11	- 0,08	- 0,01	- 0,06	- 0,22	- 0,01	- 0,01	- 0,05	
Kapitalbilanz	+ 1,31	+ 5,13	+ 5,77	+ 5,21	+ 3,48	- 3,34	+ 2,61	+ 3,41	+ 0,25	+ 1,49	+ 1,16	+ 1,02	+ 0,11	+ 0,11	+ 0,93	- 0,09	- 0,21	+ 1,04	- 1,76	- 0,30	
Statistische Differenz	+ 2,65	- 1,62	- 1,59	+ 0,59	+ 1,17	+ 3,11	- 2,07	+ 3,16	- 0,19	+ 0,26	+ 0,13	+ 0,17	+ 0,17	+ 0,26	- 0,44	- 0,79	+ 1,10	- 0,93	+ 1,25	- 0,15	
Accrual-Prinzip																					
Leistungsbilanz	- 5,76	- 4,68	- 6,33	- 5,36	- 3,94	+ 1,56	- 2,21	- 2,12	- 0,40	- 1,38	- 2,10	- 1,48	+ 0,26	- 2,02	- 1,51	+ 0,66	+ 1,92	- 0,48	- 1,45	+ 1,57	
Güter	- 3,78	- 3,99	- 3,38	- 2,99	- 1,40	+ 3,50	- 1,09	- 0,46	- 0,69	- 0,41	- 0,86	- 1,02	- 0,91	- 0,52	- 0,09	+ 0,12	+ 0,42	- 1,03	+ 0,74	+ 1,32	
Dienstleistungen	+ 0,87	+ 2,12	+ 1,65	+ 1,74	+ 2,13	+ 2,00	+ 0,16	- 0,75	+ 1,40	+ 0,24	+ 0,16	+ 0,26	+ 2,28	- 0,93	- 0,38	+ 0,27	+ 2,60	- 0,42	+ 1,18	+ 1,00	
Einkommen	- 1,35	- 1,78	- 2,70	- 2,66	- 3,31	- 2,25	- 0,72	- 0,55	- 0,77	- 0,60	- 0,64	- 0,65	- 0,89	- 0,74	- 0,78	- 0,62	- 0,48	- 0,50	- 0,50	- 0,65	
Laufende Transfers	- 1,51	- 1,74	- 1,90	- 1,45	- 1,36	- 1,68	- 0,56	- 0,35	- 0,33	- 0,61	- 0,43	- 0,08	- 0,21	- 0,57	- 0,31	+ 0,27	- 0,48	- 0,50	- 0,50	- 0,09	
Vermögensübertragungen	- 0,11	- 0,31	- 0,25	- 0,47	- 0,60	- 0,56	- 0,09	- 0,04	- 0,07	- 0,12	- 0,10	- 0,18	- 0,06	- 0,21	- 0,18	- 0,29	- 0,03	- 0,01	- 0,28	- 0,26	
Kapitalbilanz	+ 5,45	+ 5,53	+ 6,61	+ 4,68	+ 4,40	- 5,73	+ 3,19	+ 0,83	- 0,61	+ 1,60	+ 1,76	+ 1,93	+ 0,74	+ 1,45	+ 2,68	+ 1,02	+ 4,81	+ 0,36	+ 1,50	+ 2,06	
Direktinvestitionen im Ausland	- 1,76	- 2,47	- 3,10	- 2,23	- 3,90	- 5,74	- 1,02	- 0,58	- 0,73	- 0,35	- 0,50	- 0,72	- 0,74	- 0,69	- 1,81	- 0,66	- 2,22	- 0,85	- 1,84	- 0,83	
Portfolioinvestitionen in Österreich	+ 2,35	+ 4,08	+ 2,79	+ 9,60	+ 6,76	+ 1,75	+ 0,69	+ 0,07	+ 1,38	- 0,50	+ 1,58	+ 7,13	+ 1,15	+ 1,57	+ 2,71	+ 2,45	+ 0,76	+ 0,26	+ 0,70	+ 0,55	
Sonstige Investitionen	+ 1,37	+ 5,90	+ 2,55	+ 3,23	+ 5,97	+ 5,51	+ 1,21	+ 2,50	+ 2,36	- 2,91	- 2,55	- 2,87	+ 0,97	+ 3,25	+ 2,71	+ 1,59	+ 3,31	+ 1,16	+ 2,21	+ 1,83	
Offizielle Währungsreserven	+ 0,05	+ 0,74	+ 7,92	+ 2,49	+ 6,64	+ 2,19	+ 2,50	+ 2,36	- 0,91	- 0,05	- 0,99	+ 1,46	+ 4,59	+ 3,25	+ 0,04	+ 3,81	+ 3,81	+ 1,69	+ 4,67	+ 3,35	
Statistische Differenz	+ 2,61	- 2,91	+ 1,96	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	- 0,07	+ 0,10	+ 0,28	+ 0,22	+ 0,35	+ 0,22	+ 1,91	+ 0,82	+ 0,69	+ 0,04	- 0,11	+ 0,69	+ 1,08	+ 0,35	
	+ 0,42	- 0,54	- 0,04	+ 1,15	+ 0,13	+ 4,73	- 0,89	+ 1,32	+ 1,08	- 0,10	+ 0,43	- 0,26	+ 0,55	+ 0,84	- 0,99	- 0,07	+ 2,91	+ 0,84	+ 0,23	+ 0,75	

¹⁾ Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. - ²⁾ Warenverkehr + Adjustierungen + Transithandel + Lohnveredelung + nicht aufteilbare Leistungen.

Wechselkurse

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001 IV. Qu.	2002 I. Qu.	2002 II. Qu.	2002 III. Qu.	2002 IV. Qu.	2003 I. Qu.	2002 Oktober	2002 November	2002 Dezember	2003 Jänner	2003 Februar	2003 März	2003 April	2003 Mai	
Wechselkurs																					
Dollar	1,13	1,12	1,07	0,92	0,90	0,94	0,90	0,88	0,92	0,98	1,00	1,07	0,98	1,00	1,02	1,06	1,08	1,08	1,08	1,16	
Yen	137,21	146,62	121,43	99,53	108,73	118,07	110,64	116,03	116,49	117,27	122,47	127,63	121,57	121,65	124,20	126,12	128,60	128,16	130,12	135,83	
Schweizer Franken	1,65	1,62	1,60	1,56	1,51	1,47	1,47	1,47	1,47	1,46	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47	1,46	1,47	1,47	1,50	1,52	
Effektiver Wechselkurs																					
Nominell	- 1,7	+ 2,8	+ 1,5	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,2	- 0,3	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 4,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,8	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,7	+ 4,7	.	
Industriewaren	- 1,8	+ 0,5	+ 0,6	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,9	- 0,4	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 4,1	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,7	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,4	.	
Real	- 4,6	+ 2,3	- 1,1	- 3,4	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,4	- 1,3	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 3,6	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,9	.	.	
Industriewaren	- 4,3	+ 0,5	- 1,3	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,5	- 1,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 3,5	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,8	.	.	

¹⁾ Bis 1998 ECU, ab 1999 Euro.

Franz Sinabell, Erwin Schmid

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU

Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft

Die EU-Kommission hat im Jänner 2003 detaillierte Vorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt. Zu den Kernelementen der Reformpläne zählen die Entkopplung von Direktbeihilfen von der Produktion und die Senkung von Interventionspreisen. Damit soll der Agrarsektor wettbewerbsfähiger und das Einkommen des Agrarsektors stabilisiert werden. Die auf EU-Ebene beabsichtigten Effekte, nämlich eine Dämpfung der Produktion von Getreide und Rindfleisch, sind auch in Österreich zu erwarten – hier ist die Rindfleischproduktion stärker betroffen als jene von Getreide. Die Einführung einer von der Produktion unabhängigen Betriebsprämie kann zur Beschleunigung des Strukturwandels beitragen. Gleichzeitig werden die Einkommen weniger abhängig von Preisänderungen.

Der vorliegende Bericht beruht auf einer Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft: Franz Sinabell, Erwin Schmid, Entkopplung der Direktzahlungen. Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft, (2003, 70 Seiten, 40,00 €, Download 32,00 €: http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23706). • Erwin Schmid ist Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaft, Politik und Recht an der Universität für Bodenkultur, Wien. • Begutachtung: Wilfried Puwein • Wissenschaftliche Assistenz: Dietmar Weinberger • E-Mail-Adresse: Franz.Sinabell@wifo.ac.at

Die Beschlüsse des Rats von Berlin 1999 sehen vor, dass die Agenda-2000-Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einer Halbzeitbewertung zu unterziehen ist. Die EU-Kommission hat im Jahr 2002 diese Bewertung vorgelegt und Vorschläge zur Anpassung der Agrarpolitik unterbreitet (*Europäische Kommission, 2002*). Nach der Präzisierung dieser Vorschläge vom Jänner 2003 wird mittlerweile von einer "Reform der GAP" zur Absicherung einer langfristigen Perspektive einer nachhaltigen Landwirtschaft gesprochen (*Fischler, 2003*).

Folgende Ziele strebt die Reform an (vgl. *European Commission, 2003*):

- Stimulierung der Wettbewerbskraft des EU-Agrarsektors: Produktionsentscheidungen sollen in Zukunft in erster Linie von Marktsignalen gelenkt werden und nicht – wie bisher – als Reaktion auf politische Eingriffe.
- Exportsubventionen sollen verringert werden, und ein neuer Modus der Direktzahlungen soll die Transfereffizienz steigern.
- Die landwirtschaftlichen Einkommen sollen stabilisiert werden.
- Das Programm der ländlichen Entwicklung soll mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden.
- Für weitere Reformen einzelner Marktordnungen soll budgetärer Spielraum geschaffen werden.
- Die Agrarproduktion soll stärker an Konsumenteninteressen orientiert werden. Die Qualität landwirtschaftlicher Güter soll gesteigert, eine umwelt- und nutztiergerechte Produktionsweise gewährleistet werden.

Zur Umsetzung dieser Ziele sollen u. a. folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Anpassung einzelner Marktordnungen, etwa Änderung der Milchquotenregelung, Senkung von Interventionspreisen und damit Verringerung der Anreize zur Erzeugung von Getreide und Milch, Modifikation der Förderungen von Hartweizen- und Eiweißpflanzenanbau,

Inhalt der Reformvorschläge der EU-Kommission

- Entkopplung der Direktbeihilfen von der Produktion von Agrargütern,
- Degression, d. h. Verringerung der Agrarförderung an größere Betriebe,
- Modulation, d. h. Verlagerung von Mitteln zum Programm der ländlichen Entwicklung und somit Umverteilung von Förderungen zwischen und innerhalb von EU-Mitgliedsländern,
- Einsatz mehrerer Instrumente zur Stärkung der Konsumentenangelegenheiten und der Qualitätsproduktion, etwa Betriebs- und Produktzertifizierung, Verbesserung der Ausbildung,
- Cross-Compliance, d. h. Maßnahmen, durch die Umwelt- und Nutztierschutzanliegen ein höherer Stellenwert eingeräumt wird,
- Steigerung des Know-hows in der Landwirtschaft durch Agrarberatung und Konsulentendienstleistungen.

Mit den zuletzt genannten Punkten werden Maßnahmen stärker in den Mittelpunkt gerückt, die zum Teil schon in der Agenda-2000-Reform vorgesehen waren und in einzelnen EU-Ländern bereits umgesetzt werden, deren Erfüllung jedoch bisher nicht allgemein verpflichtend war.

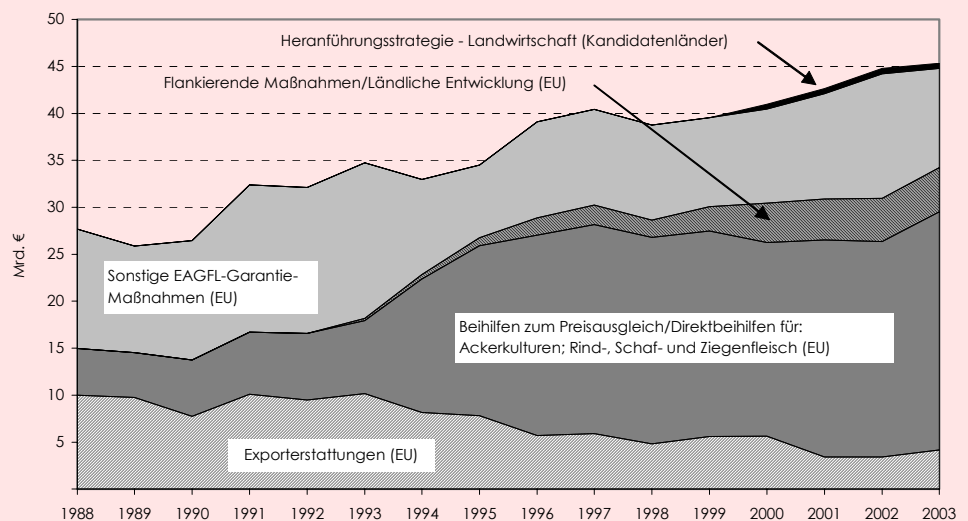
Derzeit werden in der EU für die Produktion bestimmter Kulturpflanzen unter verschiedenen Auflagen Prämien je Hektar gewährt. Auch für das Halten von bestimmten Wiederkäuern werden Prämien je gemästetes Tier bzw. je nach Haltedauer gezahlt. Zusätzlich erhalten Landwirte Subventionen, wenn solche Tiere geschlachtet werden oder der Viehbesatz je Hektar unter einer bestimmten Grenze liegt. Diese Prämien sollen im Zuge der Entkopplung von der Produktion ab dem Jahr 2004 als pauschale Betriebsprämie ausgezahlt werden ohne jegliche Verpflichtung zur Produktion von Agrargütern.

Die Förderungen, die nun entkoppelt werden sollen, wurden ursprünglich als Kompensation für Preissenkungen eingeführt. Sie werden – je nach Quelle oder Kontext – als "Beihilfen zum Preisausgleich", "GAP-Direktzahlungen", als "Direktbeihilfen", als "Ausgleichszahlungen" oder nur als "GAP-Prämien" bezeichnet. Häufig wird dabei zwischen "Kulturpflanzenausgleich" (KPF) und "Tierprämien" differenziert. In der Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten Beihilfen zum Preisausgleich seit der Reform des Jahres 1992 immer größere Bedeutung (Abbildung 1).

Die Reformvorschläge im Detail

Entkopplung, Degression und Modulation

Abbildung 1: Entwicklung der Ausgaben des EAGFL, Abteilung Garantie, für die Landwirtschaft der EU und der Mittel für die Heranführungsstrategie Landwirtschaft für die Beitrittskandidatenländer Ost-Mittleuropas

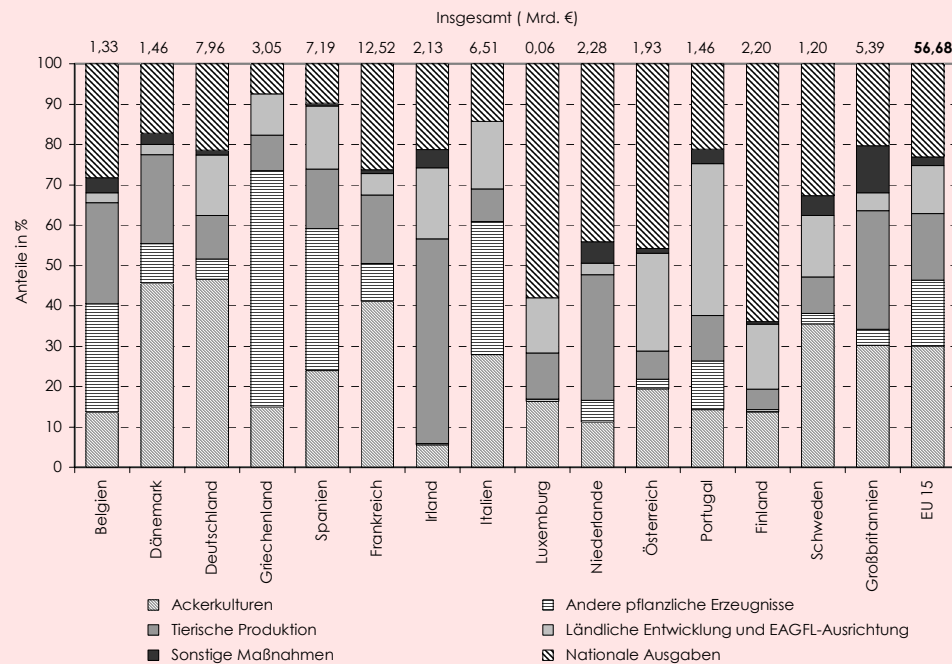


Q: Europäische Kommission, GD Landwirtschaft, Die Lage der Landwirtschaft in der Europäischen Union, Statistische und wirtschaftliche Informationen, verschiedene Jahrgänge.

Von der Entkopplung ist allerdings nur ein Teil der gesamten Transfers an den Agrarsektor betroffen. Für Österreich wichtige Bereiche wie die Ausgleichszahlungen für Betriebe in benachteiligten Gebieten oder die Prämien des Agrarumweltprogramms sind davon nicht berührt. Berücksichtigt man zusätzlich die aus dem nationalen Haushalt gewährten Förderungen (Abbildung 2), so verringert sich das relative Gewicht der zu entkoppelnden Beihilfen weiter.

Abbildung 2: Zahlungen aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und aus nationalen Mitteln in den EU-Ländern

Durchschnitt 2000/01



Q: Europäische Kommission, GD Landwirtschaft, Die Lage der Landwirtschaft in der Europäischen Union. Statistische und wirtschaftliche Informationen, verschiedene Jahrgänge.

Im Zuge der Agenda-2000-Reform im Jahr 1999 wurde vorgesehen, den Anreiz zur Milchproduktion zu senken. Die Verringerung des Milchpreises ab dem Jahr 2005 sollte durch eine Prämie je Tonne Milchquote ausgeglichen werden. Nach dem aktuellen Reformvorschlag soll nun diese Prämie in die pauschale Betriebsprämie inkludiert werden. Dazu muss die erst ein Jahr später vorgesehene Reform der Milchmarktordnung vorgezogen werden.

Durch die Entkopplung erwerben Bewirtschafter auf der Basis historischer Auszahlungen (bzw. von Milchlieferrechten) einen Förderungstitel. Diesem liegen Ansprüche aus zu entkoppelnden Förderungen zugrunde, deren Prämienhöhe im Zug der vorgesehenen Reform teilweise angehoben wird. Daher entspricht die vorgesehene Höhe der jährlichen Ansprüche nicht der durchschnittlichen Auszahlung in der Referenzperiode. Die Gesamtsumme der entkoppelten Prämien je Betrieb wird durch die Zahl der dem Förderungstitel zugrunde liegenden Acker- und Futterfläche dividiert und ergibt die Betriebsprämie je Hektar. Diese weicht aufgrund individueller Unterschiede in der Regel zwischen den Betrieben ab¹⁾.

Die Produktionsanreize werden durch die Entkopplung signifikant verändert: Es besteht keine Notwendigkeit mehr, Agrargüter zu produzieren, um in den Genuss der Prämie zu gelangen. Nach der Entkopplung sollte deshalb die Produktion effizienter auf Marktsignale reagieren und weniger Ressourcen verwenden. Die Ansprüche auf entkoppelte Prämien können übertragen oder veräußert werden. Voraussetzung ist,

¹⁾ Hat ein Betrieb in der Referenzperiode auf einem Teil seiner Fläche z. B. nicht Getreide, sondern Speiseerdäpfel produziert, so ist die Betriebsprämie geringer: Für Speiseerdäpfel wird kein Kulturpflanzenausgleich gewährt, ihre Referenzfläche ist daher null.

dass der Betrieb, der die Prämienansprüche erwirbt, über eine äquivalente Fläche verfügt.

Ab 2006 werden die Prämienansprüche in jährlich steigenden Prozentsätzen gekürzt, bis im Jahr 2012 ein Satz von 19% erreicht wird (*Degression*). Betriebsprämien zwischen 5.000 € und 50.000 € pro Jahr werden in geringerem Ausmaß gekürzt, unter 5.000 € pro Jahr wird keine Kürzung vorgenommen.

Die so eingesparten Mittel schaffen Spielraum zur Finanzierung von weiteren Reformen (z. B. der Marktordnungen für Zucker oder Oliven).

Ein Teil der durch die *Degression* einbehaltenen Mittel soll durch die *Modulation* zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich des Programms der ländlichen Entwicklung verlagert werden (siehe Kasten "Die zwei Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik"). Diese Mittel sollen nach einem bestimmten Schlüssel zwischen den EU-Mitgliedsländern aufgeteilt werden. Die *Modulation* hat in geringem Umfang eine Umverteilung von EAGFL-Garantie-Fördermitteln zwischen EU-Mitgliedsländern und auch innerhalb der Mitgliedsländer zur Folge. Der Umfang dieser Umschichtung hängt vom (schwer einzuschätzenden) Aufkommen aus der *Degression* ab.

Die zwei Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik

In der Agrarreform des Jahres 1992 wurden "flankierende Maßnahmen" vorgesehen, um die Änderungen in den Marktordnungen für Agrargüter abzurunden. Seither nimmt der Anteil der Mittel, die in solche Maßnahmen gelenkt werden, kontinuierlich zu (Abbildung 1). Die Agenda-2000-Reform fasste diese Maßnahmen im "Programm der ländlichen Entwicklung" zusammen und modifizierte sie. Damit wird ein Politikfeld gestärkt, dem im Zusammenhang mit dem sehr vage formulierten "Europäischen Modell der Agrarpolitik" eine besondere Rolle zukommt. Gemäß dieser programmatischen Orientierung will die EU die Lebensfähigkeit von ländlichen Räumen stärken. Weiters soll die Agrarproduktion umweltfreundlich und kompatibel mit den Erfordernissen einer nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden. Die im Programm der ländlichen Entwicklung vorgesehenen Maßnahmen umfassen z. B. Agrarumweltprogramme, Ausgleichszahlungen für Betriebe in benachteiligten Gebieten, Investitionsbeihilfen und Förderungen zur Diversifikation.

Das Programm der ländlichen Entwicklung gilt als "zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik" – in anschaulicher Differenzierung zur "ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik", dem Bereich der Marktordnungen (also Intervention, Produktionsquoten bzw. Lieferrechte, Exporterstattungen, Direktbeihilfen zum Preisausgleich usw.). Im Gegensatz zu Mitteln aus der "ersten Säule", die vollständig aus dem EAGFL-Garantie-Fonds finanziert werden, ist für Maßnahmen der "zweiten Säule" eine Kofinanzierung durch die Länder erforderlich (in Ziel-1-Gebieten werden auch Mittel aus dem EAGFL-Ausrichtung-Fonds verwendet).

Reformen der Marktordnungen für Ackerkulturen, Kuhmilch und Rindfleisch

Der Interventionspreis (ein Mindestpreis) für *Getreide* (ausgenommen Roggen) soll ab dem Wirtschaftsjahr 2004/05 von 101,3 € auf 95,35 € je Tonne gesenkt werden. Im Gegenzug wird der Prämienanspruch aus Kulturpflanzenförderungen von 63 € auf 66 € je Tonne angehoben. Die Zuschläge zum Interventionspreis in Perioden unmittelbar nach der Ernte werden abgeschafft. Die Intervention für Roggen soll entfallen. Folglich orientiert sich der Preis dieses Getreides am Weltmarktpreis.

Sonderregelungen sind für Hartweizen, Eiweiß- und Energiepflanzen vorgesehen. Für diese Kulturpflanzen sollen nicht zu entkoppelnde Prämien als Produktionsanreiz gewährt werden. Auch für Stärkeerdäpfel sind Ausnahmen geplant. Für diese Hackfrucht wird eine "Teilentkopplung" vorgeschlagen (50% der an Erzeuger gewährten Prämien werden entkoppelt, 50% bleiben an den Anbau gekoppelt).

Die Quotenregelung auf dem *Milchmarkt* wird bis zum Wirtschaftsjahr 2014/15 aufrechterhalten. Ab 2004 werden die Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver gesenkt. 2008 sollen die Interventionspreise schließlich um 35% bzw. 17,5% niedriger sein als das Ausgangsniveau. Als Ausgleich wird Quoteninhabern eine bis 2008 jährlich steigende Prämie je Tonne Milchquote gewährt. Diese wird zu einem Bestandteil der entkoppelten Betriebsprämie. Sie beträgt ab der vollen Umsetzung

der Reform 28,74 € je Tonne und kann im Rahmen von nationalen Obergrenzen ergänzt werden (für Österreich sind ab 2008 jährlich 35,5 Mio. € vorgesehen). Als Teil der Milchmarktreform ist weiters geplant, die Quotenmenge 2007 und 2008 jeweils um 1% zu erhöhen.

Im Bereich der *Rindfleischproduktion* werden die bereits in der Agenda 2000 gesetzten Reformschritte als ausreichend eingeschätzt (seit dem Sommer 2002 gibt es keinen Interventionspreis, sondern einen Grundpreis). Die zahlreichen Prämien, die an den Output (Sonderprämie männliche Rinder, Schlachtungsprämie, Ergänzungsbeiträge) bzw. an die Haltung (Mutterkuhprämie, Extensivierungsprämie) geknüpft sind, sollen entkoppelt und somit Teil der Betriebsprämie werden.

Der Reformvorschlag sieht vor, dass Bezieher von entkoppelten Prämien 10% der Fläche stilllegen müssen (ausgenommen sind Kleinerzeuger). Eine Rotationsbrache ist nur in Ausnahmefällen gestattet²⁾. Stillgelegte Flächen dürfen nicht wie bisher zur Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen verwendet werden, sondern sollen ökologischen Zielen (z. B. der Erhöhung der Artenvielfalt) dienen. Sehr detailliert definierte Mindeststandards der Bewirtschaftung sind an die Auszahlung der pauschalen Betriebsprämie geknüpft (Cross-Compliance). Ab einer bestimmten Höhe der Prämienansprüche unterliegen die Betriebe weiteren Auflagen: Personal muss an Betriebsberatungsmaßnahmen teilnehmen, und die Einhaltung von Qualitätsstandards muss zertifiziert werden, damit die Prämienansprüche gewahrt werden.

Die OECD publiziert jährlich Kennzahlen zum Volumen der Stützungsmaßnahmen im Agrarsektor im internationalen Vergleich. Abbildung 2 zeigt die entsprechenden Werte für die EU seit dem Jahr 1988.

- Der Indikator PSE (Producer Support Estimate) erfasst die jährlichen Transfers an den Agrarsektor, und zwar unabhängig von der Entstehung (direkt aus den öffentlichen Haushalten oder aufgrund von Preisen über dem Weltmarktniveau). Bewertet werden diese Transfers zu Erzeugerpreisen; die Darstellung differenziert nicht nach dem Ziel oder nach den Produktions- und Einkommenswirkungen. Nach einem starken Anstieg dieser Kennzahl zu Beginn der neunziger Jahre verblieb sie über ein Jahrzehnt auf annähernd konstantem Niveau.
- In der Kennzahl MPS (Market Price Support – Marktpreisstützung) wird eine Komponente des PSE herausgegriffen. Sie misst, in welchem Umfang Transfers entstehen, wenn die Erzeugerpreise im Inland über den Referenzpreisen auf dem Weltmarkt liegen.

Der Vergleich von PSE und MPS zeigt die Auswirkungen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik aus dem Jahr 1992 (häufig McSharry-Reform genannt): Ein immer geringerer Teil der Produzentenstützung (gemessen am PSE) ist auf die Marktpreisstützung, also (direkte und indirekte) Eingriffe in das Preissystem von Agrargütern zurückzuführen (Abbildung 3). In der Agenda-2000-Reform von 1999 wurde die Reform von 1992 konsequent in dieselbe Richtung vorangetrieben. Die Vorschläge zur Agrarreform vom Sommer 2002 setzen diese Entwicklungslinie fort.

Die Änderung der Verwendung und Herkunft der Transfers an den Agrarsektor hat mehrere Implikationen: Der Anteil der Direktbeihilfen steigt, und das relative Gewicht der Subventionen zur Verwertung von Überschüssen (z. B. Exporterstattungen) sinkt (Abbildung 1). Durch Senkung der Interventionspreise verringert sich auch der Anteil der Transfers, die von den Konsumenten über höhere Marktpreise aufgebracht werden.

Die Entkopplung der Direktbeihilfen ist notwendig, damit auch die Verhandlungsposition der EU-Kommission vor der WTO (Doha-Runde) realisierbar wird. Mitte Dezember 2002 legte die Europäische Kommission eine detaillierte Position für die Verhandlungen zur Liberalisierung des Agrarhandels vor. In einem umfassenden Reformvorschlag strebt sie ab 2006 u. a. folgende Veränderungen an (Fischler, 2002):

- weitere Zollsenkung um durchschnittlich 36% und mindestens 15% je Zollposition,

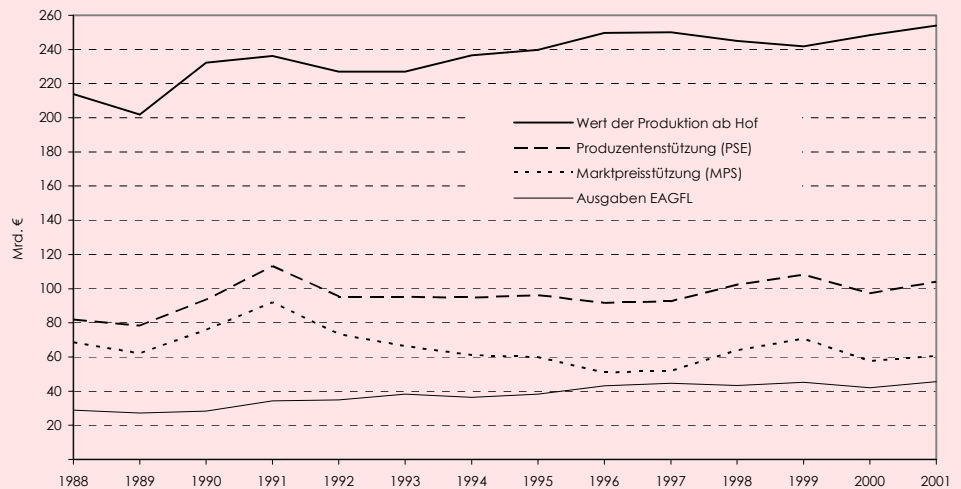
²⁾ Eine solche Ausnahme wird biologisch wirtschaftenden Betrieben gewährt, was einer Subvention dieser Produktionsmethode gleichkommt.

Auflagen

Agrarpolitische Rahmenbedingungen

- Verringerung der öffentlichen Ausgaben für Exportsubventionen um 45%,
- Abschaffung von Exportsubvention für einzelne Produkte (Weizen, Ölsaaten, Olivenöl und Tabak),
- weitere Senkung der internen Stützung (gemessen am AMS – Aggregate Measure of Support) um 55%.

Abbildung 3: Entwicklung des Produktionswertes (ab Hof), der Produzentenstützung (PSE), der Marktpreisstützung (MPS) und der Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)



Q: OECD, PSE-Datenbank; Europäische Kommission, GD Landwirtschaft, Die Lage der Landwirtschaft in der Europäischen Union. Statistische und wirtschaftliche Informationen, verschiedene Jahrgänge.

Die EU-Kommission vertritt den Standpunkt, dass eine von der Produktion entkoppelte Prämie in die "Green Box" fällt – das sind gemäß WTO-Vereinbarungen erlaubte Stützungsmaßnahmen, die als "minimal handelsverzerrend" gelten. Mit der Senkung der Interventionspreise soll die Notwendigkeit der Subventionierung von Exporten wegfallen. Damit soll ein substantieller Beitrag geleistet werden, die Preisvolatilität auf den Weltagarmärkten zu verringern. In der Folge wird ein Anstieg der Preise von Agrargütern auf den betroffenen Märkten erwartet.

Die nach der Veröffentlichung der ersten Reformvorschläge vom Juni 2002 einsetzende Diskussion machte deutlich, dass neben den explizit von der EU-Kommission genannten Zielen weitere implizite Ziele angestrebt werden:

- Landwirtschaftliche Flächen sollen in kurzfristiger Produktionsbereitschaft gehalten werden (natürliche Sukzession, Aufforstung oder Anlage von Dauerkulturen bewirkt den Verlust des Prämienanspruchs; die Detailregelung ist hier noch nicht endgültig festgelegt).
- Die Verteilung der bisherigen Transfers soll weitgehend auf dem Stand von 2000/2002 festgeschrieben werden (größere Betriebe erleiden – wegen der Degression – allerdings Einbußen).
- Für Betriebe ohne langfristige Entwicklungsperspektive sollen die wirtschaftlichen Konsequenzen des Ausstiegs aus der Produktion gemildert werden.
- Durch den Modus der Entkopplung werden die derzeitigen Bewirtschafter von landwirtschaftlichen Flächen gegenüber den Eigentümern bevorzugt.
- Eine nominelle Festlegung dieser Subventionsansprüche bedingt, dass die (budgetwirksamen) Kosten der entkoppelten Flächenförderung langfristig real sinken, wenn kein Inflationsausgleich vorgenommen wird.

Die agrarökonomischen Kommentatoren teilen die Erwartungen der EU-Kommission in Bezug auf die Steigerung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit und die Vorteile

Beurteilung der Reformvorschläge in der agrarpolitischen Diskussion

aus der Annäherung der Binnenmarktpreise an die Weltmarktpreise weitgehend. Vorbehalte betreffen den Umstand, dass auch nach der Reform Verzerrungen zwischen den einzelnen Produktmärkten bestehen bleiben. Neben solchen Inkonsistenzen einzelner Maßnahmen werden auch die Konsequenzen der Einführung willkürlicher Kriterien durch die Degression bzw. die geplanten Auflagen aufgezeigt und die erwarteten Effekte auf die Agrarstruktur kritisch gewertet (vgl. *Schneider, 2002, Alvensleben, 2003*).

Die Auswirkungen von Marktordnungsänderungen, von Degression und Modulation sind relativ gut einschätzbar. Die Konsequenzen des vorgeschlagenen Modus der Entkopplung sind im Gegensatz dazu im Detail sehr schwierig zu beurteilen. Die an der Referenzperiode orientierte Prämienbemessung und die geplanten Regeln zur Handelbarkeit können die Verteilung der Renten aus der Agrarpolitik grundlegend verändern.

Da jede Detailregelung der Übertragbarkeit von entkoppelten Prämien gravierende Auswirkung auf die Verteilung der daraus erwachsenden Ansprüche hat, gibt der Entwurf vom Jänner 2003 laut *Isermeyer (2003)* Anlass zur Verunsicherung (z. B. unter Bauern, deren Altersversorgung aus dem Pachterlös finanziert wird, oder unter Banken, deren Sicherstellungen möglicherweise entwertet werden).

In der allgemeinen öffentlichen Diskussion reichen die Kommentare zu den Reformvorschlägen von weitgehender Zustimmung (z. B. Niederlande, Schweden, Dänemark, Großbritannien) bis zur völligen Ablehnung.

Die wichtigsten österreichischen Akteure der Agrarpolitik (Bundesminister, Präsidentenkonferenz der Landeslandwirtschaftskammern und Österreichischer Bauernbund) nehmen eine differenzierte Position ein. Sie wird in einer gemeinsamen Erklärung von *Molterer – Grillitsch – Schwarzböck (2003)* festgehalten. Abgelehnt werden die Degression und dynamische Modulation der Direktzahlungen, die Entkopplung ohne konkrete Bewirtschaftungsauflagen, die Änderungen im System der Interventionspreise und die verpflichtende Betriebszertifizierung. Ende Mai 2003 wurde die Position des Landwirtschaftsministeriums näher präzisiert und die Teilentkopplung von Prämien als Verhandlungsposition bei der Agrarministerratssitzung Anfang Juni 2003 formuliert.

Vertreter von Landwirten und landwirtschaftlichen Genossenschaften auf EU-Ebene kritisieren, dass die Kommission mit den vorgelegten Vorschlägen ihr Mandat auf der Basis der Ratsbeschlüsse in Berlin von 1999 überschreite (*Agra-Europe, 2003*). Weitreichende Reformen sollten erst angedacht werden, wenn die Ergebnisse der WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde vorlägen. Zudem würden bei allfälligen Beschlüssen im Jahr 2003 die Beitrittsländer vor vollendete Tatsachen gestellt, ohne dass sie eine Möglichkeit der Mitentscheidung hätten.

Um die erwarteten Auswirkungen einer völligen Entkopplung der Direktzahlungen abzuwenden, wurden verschiedene Vorschläge zur "Teilentkopplung" entwickelt. Darunter werden zwei Modelle verstanden:

1. Gewährung eines Teils der bisherigen Direktbeihilfen einzelner Maßnahmen (z. B. der Hälfte) als "entkoppelte" Prämie und des Restes wie bisher als "gekoppelte" Prämie,
2. völlige Entkopplung von einigen Prämien und Nicht-Entkopplung der übrigen Prämien, also z. B. Entkopplung der Direktbeihilfen für Ackerkulturen und männliche Rinder und Kopplung jener für Mutterkühe, Mutterschafe und Ziegen.

Für Stärkeerdäpfel wird im Vorschlag der Kommission die erste Variante angestrebt (vgl. *European Commission, 2003*). Gegen eine solche Vorgangsweise spricht die zu erwartende Vervielfachung des Verwaltungsaufwands.

Der zweite Vorschlag wird als eine Möglichkeit gesehen, die Bewirtschaftung auf marginalen Standorten langfristig aufrechtzuerhalten. Diese Position nehmen das Europäische Parlament und Landwirtschaftsministerien Österreichs und Frankreichs ein.

Entkopplung und Änderung der Marktordnungen: Auswirkungen auf Österreichs Landwirtschaft

Untersuchte Szenarien und Modellannahmen

Im Jahr 2002 betrug das Fördervolumen der landwirtschaftlichen Gütersubventionen in Österreich 535 Mio. € (Sinabell, 2003). Den weit überwiegenden Teil dieser Subventionen machen Direktbeihilfen aus, die von der geplanten Entkopplung von der Produktion landwirtschaftlicher Güter betroffen wären. Die Entkopplung und die Detailanpassung der Marktordnungen (Senkung der Interventionspreise) werden wahrscheinlich in einigen Produktgruppen (Getreide, Milch) signifikante Anpassungen auslösen.

Die Konsequenzen sind schwierig einzuschätzen, vor allem wegen der Interaktionen zwischen tierischer und pflanzlicher Produktion. Zudem dürfte die Beibehaltung der übrigen Fördermaßnahmen in unveränderter Form (im Umfang von 1,2 Mrd. € im Jahr 2002) ebenfalls Auswirkungen auf die Produktionsentscheidungen haben.

Zur Messung der Effekte der Entkopplung und der Änderung der Marktordnungen wurden mit Hilfe eines Simulationsmodells Szenarioanalysen durchgeführt. Das Modell bildet den österreichischen Agrarsektor detailliert ab (siehe dazu den Kasten "PASMA – Positive Agricultural Sector Model of Austria"). Neben der nahezu vollständigen Berücksichtigung der Agrarmarktpolitik wird auch das Programm der ländlichen Entwicklung explizit modelliert. Das Agrarumweltprogramm ÖPUL und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete mit einem Fördervolumen von zusammen knapp 900 Mio. € im Jahr 2002 werden deshalb ebenfalls berücksichtigt.

PASMA – Positive Agricultural Sector Model of Austria

Zur Evaluierung von agrarpolitischen Maßnahmen und zur Schätzung von Einkommens- und Markteffekten auf aggregierter Ebene wird das Modell PASMA eingesetzt. Dieses partielle Agrarsektormodell bildet die Produktionsstruktur des österreichischen Agrarsektors im Detail ab.

Dabei wird die Methode der Positiven Mathematischen Programmierung (PMP) angewandt. Seit ihrer Vorstellung durch Howitt (1995) findet sie in Agrarsektormodellen zunehmend Verwendung (z. B. Lee – Howitt, 1996, Paris – Arfini, 1995, Heckeley – Britz, 1997, Cypris, 2000, Röhm, 2001, sowie Röhm – Dabbert, 2003). Die PMP-Methode erlaubt die Kalibrierung von Modellen an beobachtete Daten. Sie basiert auf dem Dualitätsprinzip der Linearen Programmierung (LP), die häufig zur Analyse agrarpolitischer Maßnahmen auf Betriebs- und Sektorebene eingesetzt wird.

Mit Hilfe dieses Verfahrens wird in PASMA die Produzentenrente landwirtschaftlicher Betriebe in Österreich maximiert. Die Ergebnisse basieren auf der Aggregation aus bis zu 40 Teilregionen (Bundesländer oder Hauptproduktionsgebiete).

PASMA bildet alle Politikinstrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik, soweit sie für Österreich relevant sind, explizit ab (z. B. die Direktbeihilfen, das Milchquotensystem, die Zuckermarktordnung). Darüber hinaus wird der in Österreich sehr wichtige Politikbereich der "zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik" explizit modelliert (die Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten und das Agrarumweltprogramm).

Dem partiellen Charakter des Modells entsprechend werden nicht alle Verflechtungen mit anderen Wirtschaftsbereichen im Detail modelliert. Abgesehen von Intermediärgütern sind alle Preise (sowohl Inputs als auch Outputs) exogen gegeben. Diese Annahmen scheinen gerechtfertigt, da der Agrarsektor in Österreich einen sehr geringen Anteil am BIP hat und innerhalb des Binnenmarktes für Agrargüter eine unbedeutende Rolle spielt.

Einzelheiten zum Modell und zur verwendeten Methode führen Sinabell – Schmid (2003) im Detail aus.

Das Modell bildet die Kernelemente der Legislativvorschläge der EU-Kommission vom Jänner 2003 (European Commission, 2003) in verschiedenen Szenarien ab. Untersucht werden die Auswirkungen der Entkopplung und der gleichzeitig vorgesehenen Änderungen der Marktordnungen.

Für die Gewährung einer entkoppelten Prämie besteht die Auflage, dass ein "guter landwirtschaftlicher Zustand" eingehalten wird. Diese Auflage wird so interpretiert, dass landwirtschaftlich genutzte Flächen (außer Almen und Bergmähder) nicht ver-

walden dürfen. Das Modell berücksichtigt die Auflage insofern, als Pflegekosten anfallen, falls Flächen nicht zur Agrarproduktion genutzt werden.

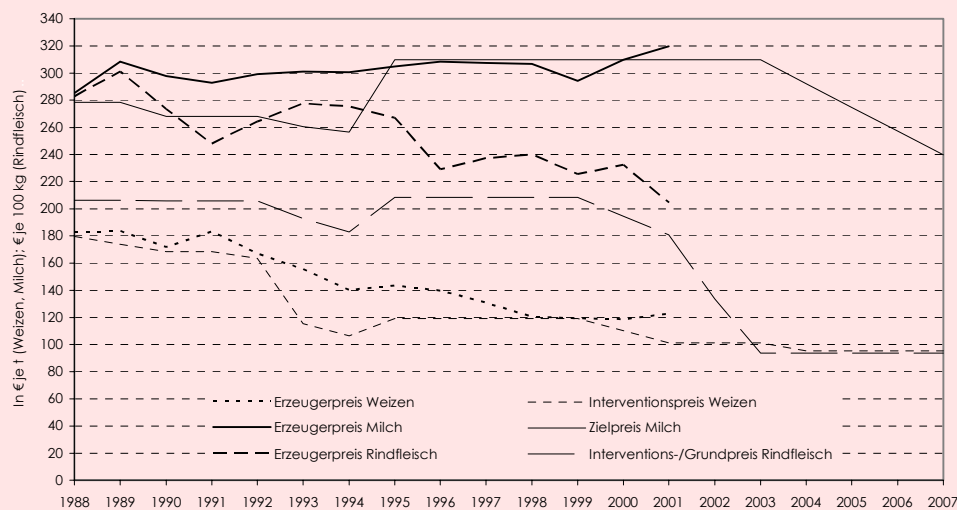
Übersicht 1: Modellannahmen zur Preisentwicklung bis 2008/09

	Preiserwartung in den Szenarien			Referenzpreis
	Hoch	Mittel	Niedrig	
	Veränderung gegenüber den Erzeugerpreisen 2000/01 in %			
Mahlweizen	- 8	- 11	- 16	- 4
Futterweizen	- 8	- 11	- 14	- 3
Hartweizen	- 1	- 5	- 7	- 1
Mahlroggen	- 8	- 18	- 22	- 4
Futterroggen	- 7	- 15	- 19	- 2
Wintergerste	- 6	- 7	- 9	- 1
Sommergerste	- 8	- 12	- 14	- 3
Hafer	- 2	- 7	- 4	- 2
Triticale	- 9	- 14	- 17	- 4
Ackerbohne	- 6	- 6	- 6	- 6
Stärkekartoffeln	+ 2	- 3	- 3	+ 2
Milch A-Quote	- 12	- 16	- 25	- 12
Kalbfleisch	- 16	- 19	- 24	- 19
Kalbin für Milchkuh	- 11	- 14	- 19	- 14
Kalbin für Mutterkuh	- 16	- 19	- 24	- 19
Kalbinnenfleisch	- 16	- 19	- 24	- 19
Ochsenfleisch	- 16	- 18	- 24	- 18
Stierfleisch	- 16	- 18	- 24	- 18
Kälber männlich	- 11	- 13	- 19	- 13
Jungrindfleisch	- 11	- 13	- 19	- 13
Altkuhfleisch	- 20	- 22	- 28	- 22

Q: WIFO-Berechnungen.

Neben dem Vorschlag der EU-Kommission wurden im Zuge der Reformdebatte verschiedene Varianten der Teilentkopplung diskutiert. Das WIFO untersuchte daher die Auswirkungen, wenn anstelle der Vollentkopplung eine bzw. mehrere Prämien wie bisher an die Produktion geknüpft bleiben.

Abbildung 4: Erzeugerpreise (ab Hof) für Weizen, Milch und Rindfleisch im Vergleich mit dem jeweiligen Interventions-, Grund- bzw. Zielpreis in der EU



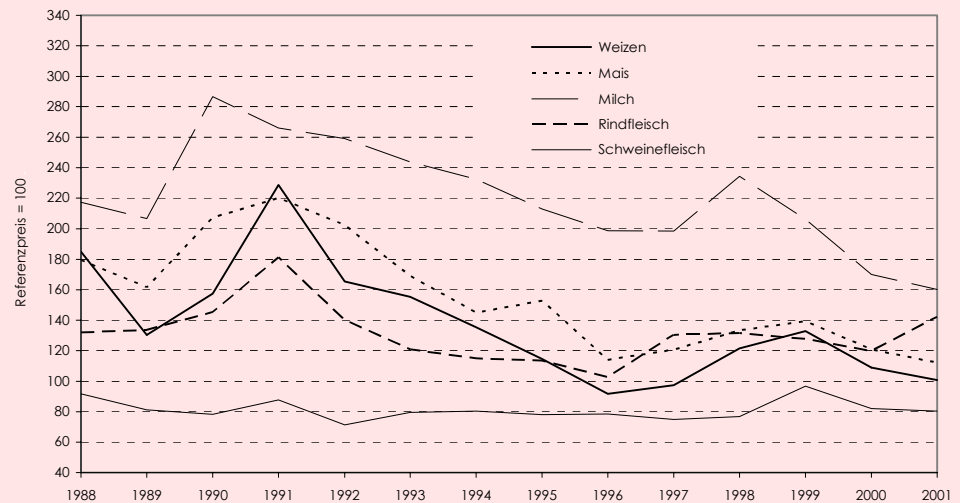
Q: OECD, PSE-Datenbank; Europäische Kommission, GD Landwirtschaft, Die Lage der Landwirtschaft in der Europäischen Union. Statistische und wirtschaftliche Informationen, verschiedene Jahrgänge.

Der vom Modell abgebildete Zeitraum entspricht dem Wirtschaftsjahr 2008/09, also jener Periode, in der die Reform der Milchmarktordnung voll umgesetzt sein wird. Zu diesem Zeitpunkt steht die Umsetzung von Degression und Modulation erst am Anfang. Da die einbehaltenen und somit zur Umverteilung zur Verfügung stehenden Mittel noch sehr gering sind, wurden diese beiden Reformpunkte nicht berücksich-

tigt. Die in den Ergebnissen ausgewiesenen Werte geben den Endpunkt einer über sechs Jahre verlaufenden Anpassung wieder.

Die in das Modell eingehenden Preise werden exogen vorgegeben. Übersicht 1 stellt jene Preise gegenüber, die von jenen der Kalibrierungsperiode (2000/01) abweichen (vgl. dazu Übersichten 6 bis 9 in Sinabell – Schmid, 2003). Die Annahmen orientieren sich an den Änderungen der institutionell gesetzten Preise (Abbildung 4), am Abstand der EU-Preise von den Weltmarkt-Referenzpreisen laut OECD (Abbildung 5) und an Angaben über erwartete Preisentwicklungen in der Literatur.

Abbildung 5: Entwicklung einiger wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugerpreise (ab Hof) in der EU in Relation zum jeweiligen Referenzpreis laut OECD



Q: OECD, PSE-Datenbank.

Verglichen mit diesen anderen Studien (vgl. Consortium INRA – Wageningen, 2002, European Commission – DG Agri, 2002, 2003) trifft die vorliegende Untersuchung eher vorsichtige Annahmen über die künftige Preisentwicklung. Die Einschätzungen liegen aber innerhalb der Bandbreite der zitierten Quellen. Die als "niedrig" eingestufteten Preise werden wahrscheinlich nicht unterschritten, da Interventionsmechanismen dies verhindern würden.

Zur Abschätzung der Effekte der Entkopplung auf das Einkommen wurde die Produzentenrente herangezogen. Diese ist äquivalent mit dem Deckungsbeitrag (also Erlös landwirtschaftlicher Güter plus Förderungen minus variable Kosten)³⁾. Die Ebene der Erfassung ist das Bundesgebiet.

Die Produzentenrente wurde unter verschiedenen Preisannahmen ermittelt und mit einer Referenzsituation verglichen. Als Referenzsituation gilt die volle Umsetzung der Agenda-2000-Reform, wie dies in den Beschlüssen von Berlin 1999 vorgesehen wurde. Da diese Reform wegen ausstehender Anpassungen auf dem Milchmarkt noch nicht abgeschlossen ist, wurde die Referenzsituation ebenfalls mit dem Modell ermittelt. Die einzelnen Szenarien werden daher nicht mit einer beobachteten Realisation verglichen, sondern mit einer antizipierten Situation.

Vergleicht man die Vorschläge der EU-Kommission vom Jänner 2003 (European Commission, 2003) mit diesem Referenzszenario, so sind Änderungen der Produzentenrente des Agrarsektors zwischen +2% und -4% zu erwarten. Optimistischere Annahmen zur Preisentwicklung (denkbar bei Rückgang der Produktion und unverän-

³⁾ Die Definition dieses Einkommensindicators weicht vom Einkommensbegriff aus der Buchführung ab, da Fixkosten nicht berücksichtigt werden. Die Auswirkungen der vorgeschlagenen Reform auf das Einkommen landwirtschaftlicher Haushalte werden anhand der Produzentenrente nur teilweise erfasst. Viele Haushalte verfügen über mehrere Einkommensquellen (z. B. Sozialeinkommen, Einkommen aus Nebenerwerb), die im Modell nicht abgebildet werden.

Einkommenseffekte der vollständigen Entkopplung unter verschiedenen Annahmen zur Preisentwicklung

derdem Nachfrageverhalten) haben eine Erhöhung des erwarteten Einkommens zur Folge (Übersicht 2).

Übersicht 2: Effekte der Vorschläge zur EU-Agrarreform für den österreichischen Agrarsektor unter verschiedenen Preisannahmen (Zeithorizont 2008/09)

Modellergebnisse

	Preiserwartung		
	Hoch	Mittel	Niedrig
	Veränderung gegenüber dem Referenzszenario in %		
Produzentenrente (Markt- und Prämienerelöse minus Kosten)			
Agrarsektor insgesamt	+ 2	± 0	- 4
Je Hektar	+ 2	± 0	- 4
Je eingesetzte Arbeitsstunde	+ 9	+ 8	>+10
Inputs			
Variable Kosten der Tierproduktion	<-10	<-10	<-10
Variable Kosten der Pflanzenproduktion	- 3	- 5	- 6
Eingesetzte Arbeitszeit	- 7	- 7	<-10
Output (Menge)			
Rindfleisch	<-10	<-10	<-10
Übrige Fleischerzeugung	± 0	± 0	± 0
Eier	± 0	± 0	± 0
Milch innerhalb der Quote	+ 2	+ 2	+ 2

Q: WIFO-Berechnungen. Referenzszenario . . . Annahme der vollständigen Umsetzung der Agenda-2000-Reform von 1999.

Vergleicht man die Einkommenssituation in den Bereichen Tierhaltung und Pflanzenproduktion, so werden die Effekte der Entkopplung deutlich. Die Prämien, die aus Tierhaltungsprämien in der Referenzperiode abgeleitet werden, sind nunmehr Teil der Flächennutzung. Unter "Flächennutzung" wird hier jegliche Art der Nutzung verstanden, also Produktion von Nutzpflanzen oder auch lediglich Mindestpflege zur Wahrung der pauschalen Betriebsprämie. Folglich nimmt der Deckungsbeitrag aus der Tierhaltung signifikant ab, da die bisher gewährten Tierprämien nunmehr anders verbucht werden. Der Deckungsbeitrag aus der Flächennutzung steigt entsprechend deutlich. Für die Einkommenssituation der betreffenden Landwirte ist diese Differenzierung kurzfristig weitgehend unerheblich, da alle Tierhalter auch über Flächen verfügen.

Im Modell wird die Produzentenrente in Einzelregionen maximiert. Umgerechnet auf die Zahl der eingesetzten Arbeitsstunden ergibt sich die durchschnittliche Entlohnung des Faktors Arbeit in der jeweiligen Region. Durch die Reformvorschläge wird in der Produktion Arbeit freigesetzt, weil weniger und extensiver produziert wird. Bezieht man das Sektoreinkommen auf die verbliebenen Arbeitsstunden, so ergibt sich in jedem der Preisszenarien eine höhere Entlohnung je Arbeitsstunde. Gemessen an der vor der Reform eingesetzten Arbeit ist bei niedrigen Preisen mit einer Einkommensverringerung zu rechnen. Unter den anderen Preisannahmen ergibt sich eine Stagnation bzw. ein leichter Zuwachs.

Die Entkopplung bewirkt in allen untersuchten Preisszenarien einen Rückgang der Produktion. Davon ist in erster Linie die Erzeugung von Rindfleisch betroffen, sie nimmt deutlich ab. Die Outputverringerung wird auch an einer beträchtlichen Senkung der variablen Kosten sichtbar. Sie trägt dazu bei, dass die Preisdämpfung nicht in vollem Umfang auf das Einkommen durchschlägt.

Neben dem Vorschlag der EU-Kommission zur vollständigen Entkopplung der Direktbeihilfen liegen von einigen Mitgliedsländern verschiedene Vorschläge zur Teilentkopplung vor. Die Auswirkungen solcher Reformalternativen wurden ebenfalls untersucht. Diesen Szenarien liegt eine mittlere Preiserwartung zugrunde (Übersicht 1).

Die Szenarien 1 bis 4 unterscheiden sich darin, welche der Prämien entkoppelt werden (Übersicht 3):

- Szenario 1 sieht eine Entkopplung der Beihilfe für Kulturpflanzen vor, alle übrigen Beihilfen bleiben an die Produktion gekoppelt.

**Ausgewählte Effekte
von Szenarien der
Teilentkopplung bei
mittlerer Preiserwartung**

- Szenario 2 berücksichtigt zusätzlich zu Szenario 1 eine Entkopplung der Sonderprämien für männliche Rinder, der Schlachtpremien, der Ergänzungsbeträge und der nationalen Zusatzprämie.
- Szenario 3 schätzt über Szenario 2 hinaus die Effekte der Entkopplung der Extensivierungsprämien; hier sind bis auf Prämien für Mutterkühe, Schafe und Ziegen alle Direktbeihilfen entkoppelt.
- Szenario 4 analysiert die völlige Entkopplung (identisch mit der Situation "mittlere Preiserwartung" in Übersicht 2).

Die Auswirkungen auf das Sektoreinkommen unterscheiden sich kaum zwischen den Varianten der Teilentkopplung (Übersicht 3). Werden nur die Prämien für Kulturpflanzen entkoppelt, so ergibt sich ein geringer Einkommensrückgang, in allen anderen Szenarien ist keine Änderung gegenüber dem Referenzszenario zu erwarten.

Übersicht 3: Ergebnisse der Entkopplungsszenarien bei mittlerer Preiserwartung (Zeithorizont 2008/09)

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3	Szenario 4
	Veränderung gegenüber dem Referenzszenario in %			
Produzentenrente (Markt- und Prämienerelöse minus Kosten)				
Agrarsektor insgesamt	- 1	± 0	± 0	± 0
Je Hektar	- 1	± 0	± 0	± 0
Je eingesetzte Arbeitsstunde	± 0	+ 4	+ 6	+ 8
Inputs				
Variable Kosten der Tierproduktion	- 7	- 9	- 10	<- 10
Variable Kosten der Pflanzenproduktion	- 5	- 4	- 5	- 5
Eingesetzte Arbeitszeit	± 0	- 4	- 6	- 7
Output (Menge)				
Rindfleisch	± 0	- 7	- 9	<- 10
Übriges Fleisch	± 0	± 0	± 0	± 0
Eier	± 0	± 0	± 0	± 0
Milch innerhalb der Quote	+ 2	+ 2	+ 2	+ 2
Flächennutzung				
Getreide (einschließlich Mais), konventionelle Wirtschaftsweise	- 5	- 4	- 4	- 4
Getreide (einschließlich Mais), biologische Wirtschaftsweise	>+ 10	>+ 10	>+ 10	+ 3
Acker	- 2	- 3	- 3	- 4
Mehrmähdige Wiesen insgesamt	+ 5	+ 6	+ 7	+ 7
Einmähdige Wiesen	>+ 10	>+ 10	>+ 10	>+ 10
Streuwiesen	- 4	- 3	- 1	+ 1
Kulturweiden	± 0	± 0	± 0	± 0
Hutweiden	± 0	± 0	± 0	± 0
Bergmähder	± 0	± 0	± 0	± 0
Almen	± 0	± 0	± 0	± 0
Waldfläche	± 0	± 0	± 0	± 0

Q: WIFO-Berechnungen. – Szenario 1 . . . nur Entkopplung der Beihilfe für Kulturpflanzen, Szenario 2 . . . zusätzlich Entkopplung der Sonderprämien für männliche Rinder, der Schlachtpremien, der Ergänzungsbeträge und der nationalen Zusatzprämie, Szenario 3 . . . zusätzlich Entkopplung der Extensivierungsprämien, Szenario 4 . . . Entkopplung aller Direktbeihilfen, Referenzszenario . . . Annahme der vollständigen Umsetzung der Agenda-2000-Reform von 1999.

Je mehr Direktbeihilfen entkoppelt werden, umso weniger Nutztiere werden gehalten und umso weniger Arbeit wird daher benötigt. Bezieht man das Einkommen auf die zur Produktion eingesetzten Arbeitsstunden, so ist mit zunehmender Entkopplung mit höherer durchschnittlicher Entlohnung zu rechnen. Bezieht man das Gesamteinkommen auf die Gesamtfläche, so hat die Teilentkopplung praktisch keine Auswirkungen, das Einkommen je Hektar bleibt also annähernd gleich.

An der Änderung der variablen Kosten der Tierproduktion ist ebenfalls deutlich abzulesen, dass bei vollständiger Entkopplung der Beihilfen der Einsatz von Inputs am geringsten ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass immer weniger Rindfleisch produziert wird. Die übrige Fleischproduktion und die Eierproduktion bleiben von der Entkopplung unberührt, weil die Preise dieser Güter sich nicht ändern und die Produktionsumstellung (z. B. von Stiermast auf Schweinemast) Kosten verursacht. Die Erzeugung von Milch nimmt im Rahmen der Quotenausweitung zu.

In allen Szenarien ist zu erwarten, dass die Getreideproduktion abnimmt, und zwar um rund 4% bis 5%. Dabei ist zu differenzieren zwischen herkömmlich erzeugtem Getreide und solchem unter den Auflagen der biologischen Wirtschaftsweise. Die Erzeugung von Bio-Getreide nimmt um über 10% zu – allerdings ist das Ausgangsniveau vergleichsweise gering. Dieses Ergebnis basiert auf der Annahme etwas höherer Preise als für konventionell hergestellte Agrarprodukte und eines unveränderten Agrarumweltprogramms. Im Szenario der vollen Entkopplung ist die Zunahme deutlich geringer, weil weniger Futtergetreide für die Bio-Rindfleischherzeugung nachgefragt wird.

Durch die Entkopplung wird die gesamte Produktion extensiver. Das Agrarumweltprogramm ÖPUL dämpft allerdings den Produktionsrückgang auf dem Ackerland. Ohne dieses Programm würde vor allem die Getreideproduktion noch stärker abnehmen. Das Umweltprogramm wirkt regional unterschiedlich der Extensivierung entgegen, sodass letztlich Flächen in der Produktion gehalten werden.

Zwischen den Kulturarten ergeben sich Verschiebungen: Die Ackerfläche nimmt ab (es wird weniger Getreide erzeugt) und wird in intensiv genutztes Grünland umgewandelt. Dieses wird in extensives Grünland übergeführt, sodass letztlich der Anteil von einmündigen Wiesen deutlich zunimmt. An der Veränderung der Kulturartenverteilung wird ebenfalls deutlich, dass mit zunehmender Entkopplung die Produktion extensiver wird.

Aufgrund der Annahme, dass entkoppelte Prämien nur für landwirtschaftlich genutzte Flächen gewährt werden, nimmt die Waldfläche nicht zu. Sollte diese Auflage in den endgültigen Ratsbeschlüssen nicht mehr enthalten sein, dann dürften Flächen aufgeforstet werden oder natürlich verwalden.

Die Preise von Agrargütern werden nicht modellendogen bestimmt, sondern als Parameter in das Modell eingespeist. Die in Übersicht 2 vorgestellten Sensitivitätsergebnisse zeigen, dass eine der wichtigsten Kenngrößen zur Beurteilung der Reform, die Änderung der Produzentenrente auf Sektorebene, je nach Preiserwartung das Vorzeichen wechselt.

Aussagen über die Auswirkungen der von der Europäischen Kommission angestrebten Reform auf das Agrareinkommen sind daher mit Unsicherheiten behaftet. Sollten tatsächlich die für Landwirte günstigen Preiserwartungen der von der EU-Kommission vorgelegten Studien zutreffen, so wäre mit einem Anstieg des Einkommens auf Sektorebene in Österreich zu rechnen (vgl. *European Commission – DG Agri, 2003*).

Anders als die Auswirkungen auf das Sektoreinkommen sind die anderen Kennzahlen relativ robust gegenüber unterschiedlichen Preiserwartungen. In jedem der untersuchten Fälle ist zu erwarten, dass die Produktion extensiver wird, dass die Ackerfläche abnimmt, die erzeugte Getreidemenge sinkt und weniger Rindfleisch produziert wird. Die Extensivierung der Produktion bewirkt eine Dämpfung der Nachfrage nach Inputs, und folglich wird auch weniger Arbeit nachgefragt.

Die Modellergebnisse bestätigen die Erwartung der Europäischen Kommission, dass die angestrebten Reformschritte die Wettbewerbskraft der Landwirtschaft erhöhen werden. Die Produktion von Agrargütern sinkt zwar, sie erfolgt jedoch zu deutlich niedrigeren Durchschnittskosten. Die Freisetzung von Ressourcen (darunter Arbeit) ermöglicht deren Einsatz für andere Zwecke. Die Annäherung der Erzeugerpreise an die Weltmarktpreise lässt erwarten, dass bisher beobachtete negative Wohlfahrtseffekte aufgrund von Einschränkungen der Konsummöglichkeiten abgebaut werden.

Die EU-Kommission will die Exportsubventionen reduzieren, um negative Auswirkungen auf den Weltagrarmärkten zu verringern. Gemäß den Modellergebnissen dürfte sowohl die Getreide- als auch die Rindfleischproduktion abnehmen. Dadurch sinkt jedenfalls die Wahrscheinlichkeit von Exportsubventionen für diese Produkte. In der Folge der Stärkung des Einflusses von Preissignalen vom Markt auf die Produktionsentscheidung dürfte die Ressourcenallokation verbessert werden.

Durch die Reform ändert sich die Zusammensetzung der Einkommen aus der Landwirtschaft. Vereinfacht dargestellt erzielen Landwirte Einkommen aus dem Einsatz

Diskussion der Modellergebnisse

Schlussfolgerungen

ihrer Produktionsfaktoren Arbeit und Boden. Die entkoppelte Prämie steigert die Entlohnung des Faktors Boden (vorausgesetzt, die entsprechende Fläche wurde in der Referenzperiode entsprechend bewirtschaftet), sie stabilisiert damit diese Einkommenskomponente. Allerdings kann dieser Effekt beeinträchtigt werden, wenn durch den Abbau von Markteingriffen die Preisvolatilität zunimmt.

Der erwartete Produktionsrückgang (vor allem Rind- und Kalbfleisch sowie Roggen) stellt die betroffenen Landwirte zweifellos vor Anpassungsprobleme. Vor allem Betriebe, die in nun weniger profitable Betriebszweige investiert haben oder nur wenige Alternativen zur Betriebsumstellung vorfinden, stehen vor großen Herausforderungen. Der Umstand, dass die pauschalen Betriebsprämien weiterhin Einnahmen garantieren, wendet in vielen Fällen sicher die Existenzgefährdung ab.

Der seit Jahrzehnten beobachtete Strukturwandel wird durch die Reformvorschläge der Europäischen Kommission nicht abgeschwächt, sondern beschleunigt. In den letzten Jahrzehnten nahm die Zahl der Beschäftigten in der Agrarproduktion (gemessen zu Jahresarbeitskräften) jährlich im Durchschnitt um rund 2,7% ab, bei einer Spannweite von -0,7% bis -5,2%. Aufgrund der Modellergebnisse könnte – je nach Umfang der Entkopplung – die jährliche Abwanderung bis 2009 um etwa 0,4 Prozentpunkte zunehmen und dann wieder auf den langfristigen Pfad zurückkehren. Die bereits in den siebziger Jahren beobachtete Zunahme von Nebenerwerbsbetrieben (Puwein, 1976) wird durch die von der Europäischen Kommission vorangetriebene Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wahrscheinlich beschleunigt. Der Rückstand des Strukturwandels in Österreich gegenüber den anderen EU-Ländern wird sich in der Folge dieser Entwicklung etwas verringern.

Ob die bisher im Agrarsektor Beschäftigten in anderen Bereichen Arbeit finden, liegt jedoch nicht nur an den betroffenen Bauern und Bäuerinnen, sondern auch an der regionalen Arbeitsmarktsituation. Hier können die im Rahmen der Agrarpolitik vorgesehenen Möglichkeiten wie Ausbildungsmaßnahmen oder die vermehrte Nachfrage nach Umweltschutzleistungen in Gebieten mit Knappheiten gezielt genutzt werden, um den abzusehenden Anpassungsprozess zu erleichtern.

Unter den Bedingungen der Entkopplung ist es rentabel, selbst extensive Grünlandflächen in "gutem landwirtschaftlichen Zustand" zu halten. Betriebe werden diesen Zustand in zahlreichen Fällen jedoch nur aufrechterhalten, wenn entsprechende Auflagen an die Prämiengewährung geknüpft sind. Die Klärung der Frage, in welchem Umfang diese Flächen daher "in landwirtschaftlicher Produktion" gehalten werden, bedarf weiterer Untersuchungen.

Die beabsichtigten Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensmittelqualität und die Sicherstellung hoher Standards in der Lebensmittelsicherheit treffen auf die legitimen Erwartungen der Konsumenten. Die Einführung von Qualitätssicherungsprogrammen, die Anstrengungen zur verbesserten Ausbildung und die Forcierung des lebenslangen Lernens von Landwirten sind Schritte in eine zukunftsfähige Richtung. Diese Vorhaben sollten weiterhin auf der Agenda der Agrarpolitik stehen, unabhängig davon, ob im politischen Willensbildungsprozess die Entkopplung der Direktbeihilfen letztlich umgesetzt wird oder nicht.

Im EU-Vertrag werden drei Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik definiert, nämlich

- günstigere Preisen für Konsumenten,
- die Steigerung der Effizienz der Produktion und
- ein angemessenes Einkommen für die Beschäftigten in der Landwirtschaft.

Die hier vorgelegten Ergebnisse stützen die Erwartung, dass die von der Europäischen Kommission geplante Reform zum Erreichen der ersten zwei Ziele beiträgt. Mit der geplanten Lösung, künftig Prämien aufgrund historischer Ansprüche auszuzahlen, wird dem Vertrauensschutz gegenüber Landwirten der Vorzug vor alternativen Möglichkeiten der innersektoralen Einkommensverteilung gegeben. Ob damit das dritte Ziel auch in längerer Frist erreicht wird, kann nicht vorbehaltlos bestätigt werden: Laut Vorschlag der EU-Kommission soll nicht primär der "Faktor Arbeit in landwirtschaftlicher Beschäftigung" gefördert werden, sondern der "Faktor Boden in gutem landwirtschaftlichem Zustand".

In der Zusammenschau werfen diese Ergebnisse Fragen auf, die in weiteren Forschungsvorhaben untersucht werden sollten. Die erwarteten Veränderungen sollten regional differenziert analysiert werden, um die Konsequenzen des Rückgangs der Rindfleischproduktion regional zuordnen zu können. Dabei könnten auch Auswirkungen auf die Kulturlandschaft oder benachteiligte Regionen aufgezeigt werden. In diesem Zusammenhang könnte auch geprüft werden, wieweit maßgeschneiderte Maßnahmen des Agrarumweltprogramms zur Stabilisierung der tierischen Produktion eingesetzt werden sollten, wenn dies aus Kosten-Nutzen-Erwägungen zu rechtfertigen ist.

Im vorliegenden Beitrag wurden wichtige Fragen im Zusammenhang mit der Agrarreform nicht untersucht. So ist unklar, ob die geplanten Umweltauflagen tatsächlich Umweltvorteile bringen oder ob die erwarteten Einsparungen der Administration realisiert werden können. Dies scheint vor allem in Bezug auf die Regulierung der Übertragbarkeit der pauschalen Betriebsprämien fraglich.

Agra-Europe, "Stellungnahme von COPA und COGECA zu den Midterm-Reformvorschlägen", Agra-Europe, Sonderbeilage 2, 2003, (8).

Alvensleben, R., "Kritik der neuen Agrarpolitik. Diskussionsbeitrag zum Verbraucherpolitischen Forum der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. auf der Internationalen Grünen Woche am 23. Januar 2003 in Berlin", Agra-Europe, 2003, (4).

Consortium INRA – Wageningen, Study on the Impact of Future Options for the Milk Quota System and the Common Market Organisation for Milk and Milk Products. Summary report, Commission working document, SEC(2002)789, Brüssel, 2002, <http://www.eu.int/http://europa.eu.int/comm/agriculture/>.

Cypris, C., "Positive Mathematische Programmierung (PMP) im Agrarsektormodell Raumis", Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Bonn, 2000.

Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik, KOM(2002) 394 endgültig, Brüssel, 2002.

European Commission, Proposal for a Council Regulation establishing common rules for direct support schemes under the common agricultural policy and support schemes for producers of certain crops; Proposal for a Council Regulation amending Regulation (EC) No 1257/1999 on support for rural development from the European Agricultural Guidance and Guarantee Fund (EAGGF) and repealing Regulation (EC) No 2826/2000; Proposal for a Council Regulation on the common organisation of the market in cereals; Proposal for a Council Regulation on the common organisation of the market in rice; Proposal for a Council Regulation on the common organisation of the market in dried fodder for the marketing years 2004/05 to 2007/08; Proposal for a Council Regulation amending Regulation (EC) No 1255/1999 on the common organisation of the market in milk and milk products; Proposal for a Council Regulation establishing a levy in the milk and milk-products sector, COM (2003) 23 final, Brüssel, 2003, http://europa.eu.int/comm/agriculture/mtr/index_en.htm.

European Commission – DG Agri, Impact Analysis of Agenda 2000 Decisions for CAP Reform – Overview, Brüssel, 2002, http://europa.eu.int/comm/agriculture/publi/caprep/impact/sum_en.pdf.

European Commission – DG Agri, Mid-Term-Review. External Impact Analyses, Brüssel, 2003, <http://europa.eu.int/comm/agriculture>.

Fischler, F., Europe's Position in the WTO Farm Trade Talks, Pressemitteilung, Brüssel, 16. Dezember 2002, http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/external/wto/index_en.htm.

Fischler, F., GAP-Reform eine Langzeitperspektive für eine nachhaltige Landwirtschaft, COMAGRI – Ausschuss für Landwirtschaft, Speech/03/20, Brüssel, 2003.

Heckeley, T., Britz, W., "Maximum Entropy Specification of PMP in CAPRI", Universität Bonn, CAPRI Working Paper, 1999 (8).

Howitt, R. E., "Positive Mathematical Programming", American Journal of Agricultural Economics, 1995, 77(May), S. 329-342.

Isermeyer, F., Wirkungen des Entkopplungsvorschlags der Europäischen Kommission, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur und ländliche Räume, Arbeitsbericht, 2003, (1), <http://www.bal.fal.de/download.htm>.

Lee, D. J., Howitt, R. E., "Modeling Regional Agricultural Production and Salinity Control Alternatives for Water Quality Policy Analysis", American Journal of Agricultural Economics, 1996, 78(January), S. 41-53.

Molterer, W., Grillitsch, F., Schwarzböck, R., "Forderungen zur Halbzeitbewertung", Agrarische Rundschau, 2003, (2), S. 31-32.

Paris, Q., Arfani, F., A Positive Mathematical Programming Model for the Analysis of Regional Agricultural Policies. Proceedings of the 40th Seminar of the European Association of Agricultural Economists, Ancona, 1995.

Puwein, W., "Die Entwicklung zur nebenberuflichen Landbewirtschaftung", Der Förderungsdienst, 1976, (1), S. 2-8.

Literaturhinweise

- Röhm, O., Analyse der Produktions- und Einkommenseffekte von Agrarumweltprogrammen unter Verwendung einer weiterentwickelten Form der Positiven Quadratischen Programmierung, Schaker Verlag, Aachen, 2001.
- Röhm, O., Dabbert, S., "Integrating Agri-Environmental Programs into Regional Production Models: An Extension of Positive Mathematical Programming", American Journal of Agricultural Economics, 2003, 85(February), S. 254-265.
- Schneider, M., "Zur Diskussion um neue Reformen der EU-Agrarpolitik", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(10), S. 641-649, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22884.
- Sinabell, F., "Einkommensrückgang in der Landwirtschaft nach der Erholung im Vorjahr", in Scheiblecker, M., et al., "Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(4), S. 315-320, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23875.
- Sinabell, F., Schmid, E., Entkopplung der Direktzahlungen. Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft, WIFO, Wien, 2003, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23706.

Reform of the Common Agricultural Policy and its Impact on the Austrian Agricultural Sector – Summary

In January 2003, the EU Commission published details of the proposed reform of the Common Agricultural Policy. Core elements of this reform are the reduction of intervention prices (for grain and milk) and the decoupling of direct payments from production. Several countries (including Austria) submitted alternative proposals, among them a plan for the partial rather than full decoupling of direct payments.

The reform aims to make the EU's agricultural sector more competitive and to stabilise agricultural incomes. The prospective effects of the reform at EU level are assumed to be felt in Austria as well: production of crops and beef is envisaged to decline. Introduction of a flat-rate premium per farm will contribute to making incomes less dependent on price fluctuations. Another effect of the reform as planned by the EU Commission will be accelerated structural adjustment.

The impact of the reform on farm income is ambiguous. It will depend on the development of prices (which is difficult to estimate) and on the choice of income indicators. Assuming moderate price reductions, income of the agricultural sector and income per hectare of farm land will not change significantly. Indeed, if the projected sector income in 2009 is set against the number of persons then working in agriculture, an increase is expected, the extent of which will depend on the rate of migration from agricultural employment.

If direct payments are partly decoupled as alternatively proposed, farm output will decline at a lesser rate, structural adjustment will accelerate at a lower pace and the incentive to migrate from the agricultural sector will be dampened as well. In such a scenario, sector incomes and per-hectare incomes will remain practically unchanged whereas incomes per unit farm labour will decline compared to the proposal of the EU Commission.

Gudrun Biffi

Fördersysteme der Universitätsausbildung und Mobilität der Studierenden in Europa

Das österreichische Universitätssystem bildet im internationalen Vergleich wenige Akademiker aus. Das ist die Folge einer vergleichsweise geringen Zahl von Jugendlichen mit Hochschulreife, einer starken beruflichen Ausrichtung der Höheren Schulen sowie einer langen Studiendauer. Vor allem die lange Studiendauer macht angesichts der hohen Lebenshaltungskosten Studieren in Österreich relativ teuer. Die Studienbeihilfe ist zwar vergleichsweise hoch, kommt aber nur einem sehr geringen Prozentsatz der Studierenden zugute. Die Mobilität der österreichischen Studierenden ist im EU-Vergleich hoch; zugleich ist der Anteil ausländischer Studierender, vor allem im Bereich der akademischen Musikausbildung, relativ groß.

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Gudrun Biffi, Julia Bock-Schappelwein (WIFO), Christian Ruhs (Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union), Systeme der Förderung des Universitätsstudiums im Ausland (2002, 274 Seiten, 35 €, kostenloser Download: http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21203; Bestellungen bitte an Christine Kautz, Tel. (+43 1) 798 26 01-282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at) • Wissenschaftliche Assistenz: Julia Bock-Schappelwein • E-Mail-Adresse: Gudrun.Biffi@wifo.ac.at

Der Europäische Rat von Lissabon (2000) setzte sich zum Ziel, die EU bis 2010 zum leistungsfähigsten Wirtschafts- und Lebensraum der Welt zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird dem Bildungssystem eine wichtige Rolle zugesprochen. Die Universitätsausbildung nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein. Sie bildet die Qualifikationen heran, die für die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft zur Wissensgesellschaft wichtig sind. Die EU ist daher bestrebt, die universitäre Weiterbildung auszubauen und die Mobilität der Studierenden zu fördern. Das soll durch die Schaffung eines Bildungsraums erreicht werden, der nicht mehr national eingeschränkt ist, sondern global ausgerichtet ist.

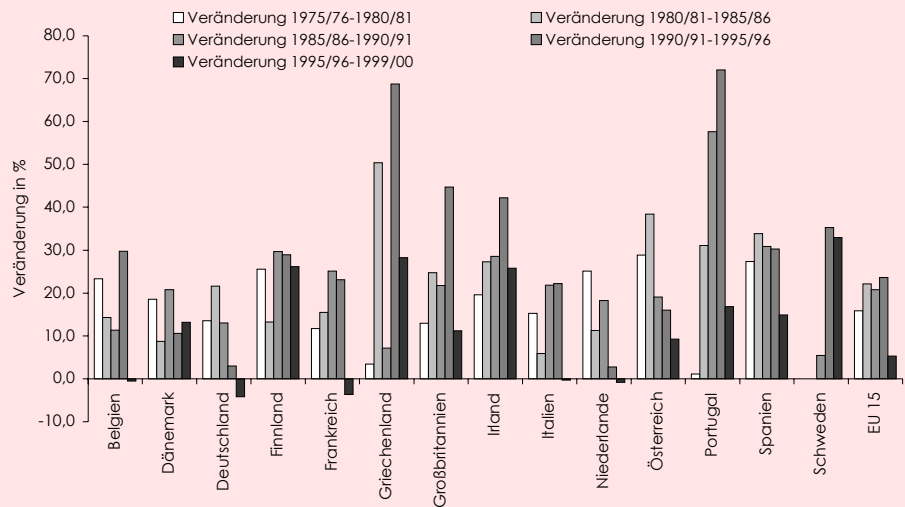
Aus diesem Grund bemüht sich die EU, in einem offenen Koordinationsprozess die Bildungspolitik zu fokussieren und strategisch neu zu orientieren, indem das Wissen über die Bildungssysteme, ihre Ausbildungsinhalte und -niveaus verbessert und die gegenseitige Anerkennung der Bildungsabschlüsse vorangetrieben werden. Im Hochschulbereich ist die Koordination der Bildungspolitik besonders weit entwickelt.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über das Ausmaß der universitären Bildungsbeteiligung in Europa, die unterschiedlichen Fördersysteme der Universitätsausbildung, die damit verbundenen Kosten für Staat und Studierende und die Förderung der Mobilität der Studierenden. Im Anschluss daran wird auf die Motive für die Förderung der Studierendenmobilität und die Implikationen für die Finanzierung des Universitätssystems eingegangen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere in den neunziger Jahren erhöhte sich die Nachfrage nach universitärer Ausbildung in allen EU-Ländern deutlich. Trotzdem blieb die Steigerungsrate mit +30% hinter dem Durchschnitt der OECD-Länder von +40% zurück (*Europäische Kommission – Eurydice – Eurostat, 2002, OECD, 1999*). Das ist darauf zurückzuführen, dass die Universitätsbesuchsneigung in der EU im internationalen Vergleich bereits relativ hoch ist, während sich andere OECD-Länder noch in einem Aufholprozess befinden. Derzeit gibt es in der EU 15 etwa 12,6 Mio. Studierende; das sind etwa 5% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Starker Zustrom zu den Hochschulen in der EU

Abbildung 1: Veränderung der Zahl der Studierenden in der EU seit den siebziger Jahren



Q: Europäische Kommission –Eurydice –Eurostat (2000).

Trotz des kräftigen Anstiegs unterscheidet sich der Grad der Einbindung der Jugend in die universitäre Ausbildung weiterhin stark zwischen den EU-Staaten. Das ist nicht nur eine Folge des unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsgrads, sondern auch eine Folge gesellschaftlicher Werthaltungen, die sich in der Bildungspolitik niederschlagen. Manche Länder streben eine umfassende Einbindung der Jugend in die Tertiärausbildung an, ähnlich der Entwicklung in der oberen Sekundarstufe. Andere sehen in einem differenzierten berufsorientierten Bildungssystem, das hierarchisch ausgerichtet ist, den Weg zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit; der universitären Ausbildung wird zwar auch in diesem Bildungsmodell eine wichtige Rolle zugewiesen, sie bleibt allerdings auf eine vergleichsweise kleine Personengruppe beschränkt.

Trow (1970) unterscheidet zwischen 3 bildungspolitischen Positionen eines Landes:

- Im Modell der "elitären" Ausbildung besuchen weniger als 15% eines Geburtsjahrgangs die Universität.
- Im Modell der Massenuniversität liegt die Universitätsbesuchsquote zwischen 15% und 50%.
- Eine umfassende Universitätsausbildung ("universal higher education") bedeutet eine Quote von über 50%.

In den meisten europäischen Staaten entspricht das Hochschulausbildungssystem der zweiten Kategorie, der Massenuniversität. Dänemark und die Schweiz etwa verfolgen eine "elitäre" Ausrichtung der Universitätsausbildung, während z. B. Griechenland einen umfassenden Zugang zur Universitätsausbildung vorsieht (Universitätsbesuchsquote der 20-Jährigen 1999 57%). Im EU-Ausland kommt die Quote in Korea mit 53% jener Griechenlands am nächsten (OECD, 2001A).

Ein Vergleich der Universitätsbesuchsquoten der 20-Jährigen liefert allerdings nur einen vagen Einblick in den Akademisierungsgrad der jungen Erwerbsbevölkerung in den einzelnen OECD-Ländern (Übersicht 1), weil

- die Dauer der oberen Sekundarausbildung zwischen den Ländern und damit das Alter beim Übergang in das Tertiärausbildungssystem stark variiert,
- die Universitätsausbildung eine unterschiedliche Mischung von Kurz- und Langformen der Tertiärausbildung aufweist,
- in manchen Ländern berufsorientierte Weiterbildung als post-sekundäre Ausbildung geführt wird, während sie in anderen in das Tertiärausbildungssystem integriert ist,

- das Bildungsverhalten ein unterschiedliches altersspezifisches Muster aufweist,
- manche Länder nur über eine rudimentäre eigene universitäre Infrastruktur verfügen (Luxemburg, Island), Auslandsstudien aber großzügig fördern bzw. eine Strukturpolitik betreiben, die hochqualifizierte Arbeitskräfte anlockt,
- die Mobilität der Studierenden und der Absolventen der Tertiärausbildung stark variiert.

Übersicht 1: Nettoschulbesuchsquote 1999 und nationales Bildungssystem

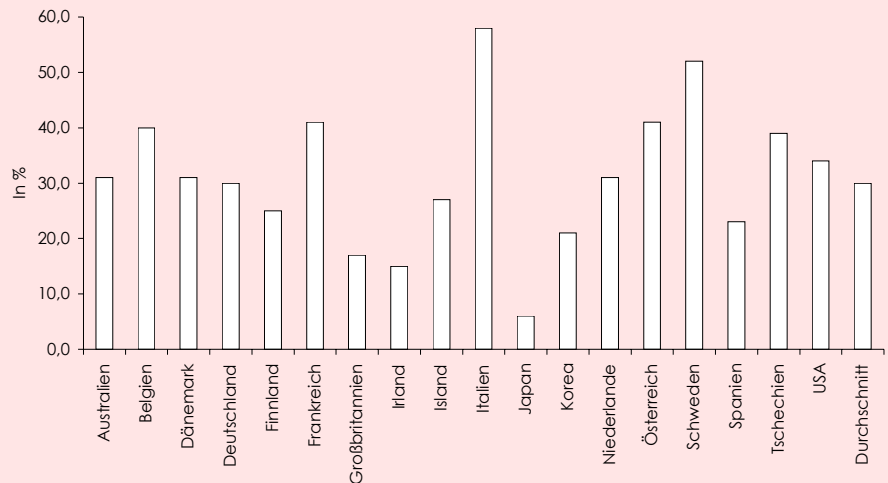
	Nettoschulbesuchsquote der 20-Jährigen (Tertiärausbildung) in %	Elitäre Universitätsausbildung 0% bis unter 15% der 20-Jährigen	Massenuniversität 15% bis unter 50% der 20-Jährigen	Umfassende Universitätsausbildung 50% der 20-Jährigen und darüber
Australien	32		✓	
Belgien	47		✓	
Dänemark	10	✓		
Deutschland	15		✓	
Finnland	31		✓	
Frankreich	42		✓	
Griechenland	57			✓
Großbritannien	34		✓	
Irland	35		✓	
Island	11		✓	
Italien	28		✓	
Japan	.			
Kanada	33		✓	
Korea	53			✓
Luxemburg	.			
Neuseeland	33		✓	
Niederlande	31		✓	
Norwegen	28		✓	
Österreich	20		✓	
Polen	30		✓	
Portugal	29		✓	
Schweden	22		✓	
Schweiz	13	✓		
Slowakei	.			
Spanien	37		✓	
Tschechien	20		✓	
Ungarn	24		✓	
USA	34		✓	
Durchschnitt	29		✓	

Q: OECD (2001A, S. 135).

In Deutschland etwa ist das Alter der Studienanfänger relativ hoch. In den nördlichen Ländern Finnland, Schweden, Dänemark und Norwegen wählen Jugendliche häufig nach der Matura die Berufstätigkeit, bevor sie ein Universitätsstudium aufnehmen. Dieses Verhaltensmuster wird u. a. durch die Art der Förderung des Universitätsstudiums begünstigt. In Österreich werden im Wesentlichen nur Langformen des Universitätsstudiums angeboten, und ein vergleichsweise kleiner Prozentsatz der Jugendlichen verfügt über die Hochschulreife (1999 42% der 20-Jährigen; Biffi, 2002A). Kürzere Ausbildungsformen (etwa Volksschullehrer- und Krankenschwesternausbildung) zählen zum außeruniversitären Bereich, was die Universitätsbesuchsquote drückt.

Länder mit einer rudimentären eigenen Universitätsinfrastruktur fördern das Studium im Ausland. Die Rückkehrquote ist in einer international ausgerichteten und hochentwickelten Volkswirtschaft hoch; im Gegensatz dazu können Länder mit einer sehr hohen eigenen Studierendenquote, wie etwa Griechenland, hochqualifizierte Absolventen an das Ausland verlieren, wenn sie nicht die nötigen Voraussetzungen für einen effizienten Arbeitseinsatz im eigenen Land finden.

Abbildung 2: Studienabbruchrate im internationalen Vergleich 2000



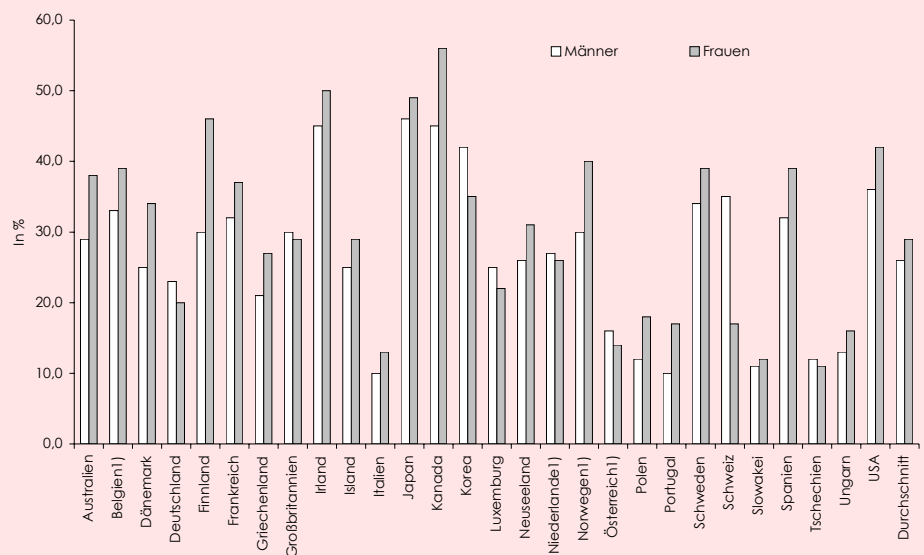
Q: OECD (2002, S. 47).

In Italien, Portugal und Österreich sowie den ostmitteleuropäischen Ländern ist der Akademisierunggrad der 25- bis 34-jährigen Männer mit 10% bis 16% innerhalb der OECD am geringsten. Den höchsten Akademisierunggrad junger Männer weisen Japan, Kanada, Korea und Irland mit Werten zwischen 42% und 46% auf. Auch die Akademisierung der Frauen liegt in Österreich im unteren Drittel der OECD-Länder, zusammen mit Italien, Portugal, der Schweiz und den ostmitteleuropäischen OECD-Ländern (11% bis 18%). Spitzenwerte der Akademisierung junger Frauen ergeben sich für Kanada (56%) und Irland (50%).

Ein weiterer Faktor, der es schwierig macht, aus Universitätsbesuchsquoten den Akademisierunggrad einer Altersgruppe abzuleiten, sind Unterschiede zwischen den Universitätsabbrecherquoten. In Österreich liegt die Abbrecherquote gemäß einheitlicher Erhebungsart (OECD, 2002) mit 41% aller Studienanfänger im oberen Drittel der OECD-Länder und ist damit gleich hoch wie in Frankreich, Belgien und Tschechien. Deutlich niedriger ist dieser Anteil in Japan (6%), Irland (15%), Großbritannien (17%) und Korea (21%), höher nur in Italien (58%) und Schweden (52%).

Abbildung 3: Anteil der Universitätsabsolventen an der 25- bis 34-jährigen Bevölkerung

2001



Q: OECD (2002, S. 55). - ¹⁾ Referenzjahr 2000.

Der beste Indikator für den Erfolg des universitären Ausbildungssystems im Zusammenwirken mit der Mobilität der Arbeitskräfte – die mit der wirtschaftlichen Anziehungskraft eines Landes korreliert – ist der Anteil der 25- bis 34-Jährigen mit Universitätsabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung. Demnach hatten im Jahre 2001 im Durchschnitt der OECD-Länder 29% der 25- bis 34-jährigen Frauen und 26% der gleichaltrigen Männer eine universitäre Ausbildung abgeschlossen. Mit Ausnahme

von Deutschland, Österreich, der Schweiz, Großbritannien, den Niederlanden, Luxemburg, Tschechien und Korea war die Akademisierungsquote der Frauen durchwegs höher als die der Männer.

Angesichts des geringen Akademisierungsgrades der österreichischen jungen Erwerbsbevölkerung stellt sich die Frage, welche Rolle das Bildungssystem und insbesondere das Studienförderungssystem hier spielen.

Die österreichische Bildungspolitik verweist stets auf die geringe Selektivität des Zugangs zum Universitätssystem: Wer die Maturareife erlangt hat, kann die Universität besuchen. Die Selektion der Studierenden erfolgt demnach nicht bei Studienbeginn, sondern wesentlich früher, nämlich bei der Wahl des Bildungsweges nach der Pflichtschule. Im Regelschulsystem bereiten nur allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen auf die Universität vor; Absolventen von mittleren und höheren Schulen ergreifen in seltenen Fällen den Weg der Weiterbildung über Maturaschulen. In der Folge ist der Anteil jener, die potentiell die Universität besuchen können, an einem Geburtsjahrgang merklich niedriger als im Großteil der EU-Länder. Er beträgt in Österreich etwa 40% der Jugendlichen, in den skandinavischen Ländern zwischen 70% und 80% (OECD, 2001A).

Länder mit einem hohen Anteil der Jugendlichen mit Hochschulreife, d. h. einem Anteil von über 50% einer Geburtskohorte, sehen meist eine Selektion an der Schwelle zum Universitätssystem vor.

Boezerooy – Vossensteyn (2000) unterscheiden zwischen 3 Modellen für den Selektionsgrad und die Selektionsmechanismen:

- Numerus Clausus,
- Auswahlverfahren (vor allem im künstlerischen, technischen und medizinischen Bereich),
- freier Hochschulzugang.

Internationaler Vergleich der Zugangskriterien im Universitätssystem

Übersicht 2: Entwicklung der Zulassungsbeschränkungen an den Universitäten seit Anfang der achtziger Jahre

	Keine Zulassungsbeschränkungen		Zulassungsbeschränkungen für bestimmte Studienrichtungen		Zulassungsbeschränkungen für die Mehrzahl von Studienrichtungen	
	1980/81	1996/97	1980/81	1996/97	1980/81	1996/97
Belgien			✓	✓		
Dänemark				✓	✓	
Deutschland			✓	✓		
Finnland					✓	✓
Frankreich			✓	✓		
Griechenland					✓	✓
Großbritannien					✓	✓
Irland					✓	✓
Italien	✓			✓		
Island			✓	✓		
Liechtenstein	✓			✓		
Luxemburg	✓	✓				
Niederlande			✓	✓		
Norwegen				✓	✓	
Österreich	✓	✓				
Portugal					✓	✓
Schweden					✓	✓
Spanien			✓			✓

Q: Eurydice (2000).

Selektionsmechanismen sind demnach nicht nur Auswahlkriterien wie Aufnahme- bzw. Auswahlprüfungen, Leistungsbeurteilungen, persönliche Charakteristika (z. B. Alter), Vorlage einer Bewerbungsmappe, Aufnahmegespräche; auch die Begrenzung der Studierendenzahlen durch beschränkt verfügbare Studienplätze zählt dazu (wie etwa in Deutschland, den Niederlanden, Italien, Portugal, den skandinavischen Ländern) oder etwa Wartezeiten auf Zulassung zum Studium. Unter diesem Aspekt

sehen auch Länder, die über einen "freien Hochschulzugang" verfügen (wie Österreich), für bestimmte Studienrichtungen, etwa die Kunst- und Fachhochschulen, Zulassungsbeschränkungen vor.

Zulassungsverfahren werden oft dann eingesetzt, wenn die Hochschulkapazitäten knapp sind. Knappheiten resultieren häufig aus der starken Steigerung der Nachfrage nach Tertiärausbildung. Dies kann auch die Folge der bildungspolitischen Maßnahmen zur raschen Anhebung der Universitätsbesuchsneigung sein, etwa der Zulassung von Absolventen von Spezialkursen oder einer speziellen Berufserfahrung zum Universitätsstudium. Um einen raschen Durchlauf durch das Universitätsausbildungssystem sicherzustellen, sind dann häufig Aufnahmetests nötig. Auch die zunehmende Heterogenität der Studierenden im Gefolge der Internationalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft trägt zur Differenzierung der Universitätszugangsbestimmungen bei. Seit Anfang der achtziger Jahre sind daher viele Staaten von einem freien zu einem selektiven Hochschulzugang übergegangen.

Gemäß dem internationalen Vergleich von Vossensteyn (1997) selektieren Österreich, Belgien, Frankreich und die Niederlande beim Zugang zu den Universitäten und anderen tertiären Ausbildungsformen sehr wenig. In Österreich sehen nur Fachhochschulen und Kunsthochschulen Aufnahmeprüfungen vor – Fachhochschulen stehen auch Personen ohne Hochschulreife offen¹⁾, sie müssen daher ähnlich wie Kunsthochschulen sicherstellen, dass die nötigen Vorkenntnisse für ein Studium gegeben sind.

In Frankreich haben, ähnlich wie in Österreich, Maturanten freien Universitätszugang – sie können allerdings häufig nicht das gewünschte Studienfach oder die bevorzugte Universität wählen. Neben den staatlichen Universitäten bieten renommierte Privatschulen ("grandes écoles") eine tertiäre Ausbildung an; sie sehen nicht nur Aufnahmeprüfungen, sondern auch hohe Studiengebühren vor. Trotzdem beträgt ihre Ablehnungsquote zwischen 80% und 95%.

In Belgien selektiert nur die medizinische Fakultät anhand von Aufnahmekriterien, ähnlich wie in Deutschland. Auch in Deutschland verfügt jeder Abiturient grundsätzlich über die Berechtigung zum Universitätsstudium; wegen der Knappheit der Studienplätze kann aber nicht jeder Studierende die Universität seiner Wahl besuchen, sondern wird einer anderen Hochschule zugewiesen. Dazu dient in Deutschland wie in Großbritannien, Frankreich und Schweden ein zentrales Planungssystem, während in Österreich die Kapazitätsgrenzen der Universitäten in den einzelnen Fakultäten nicht explizit gemacht werden. Das erschwert den raschen Studienfortschritt in den ersten Jahren in manchen Ausbildungsbereichen.

Die skandinavischen Länder wenden ein höchst selektives System des Universitätszugangs an: In Schweden werden (im Wesentlichen wegen knapper Studienplätze) zwei Drittel der Anmeldungen zurückgewiesen, in Finnland etwa die Hälfte und in Dänemark ein Drittel. Die Abgewiesenen werden angehalten, sich entweder schulisch oder auf dem Arbeitsmarkt besser zu qualifizieren, und dann neuerlich anzutreten. Auch das englische System ist insofern selektiv, als bestimmte Studien nur mit einem Mindestnotendurchschnitt zugänglich sind.

Neben der Selektion beim Universitätszugang spielt die Selektivität im Studienverlauf eine wichtige Rolle. Österreich weist – wie Frankreich – nur wenige Studienanfänger ab, in den ersten Semestern wird jedoch zum Teil streng geprüft, was zu einer überdurchschnittlichen Abbrecherquote beiträgt (Abbildung 2).

¹⁾ Derzeit haben rund 10% der Studierenden an den österreichischen Fachhochschulen keinen Maturaabschluss.

In Österreich (OECD, 2001A) liegt die Abschlussquote mit 13,4% eines Altersjahrgangs (Zahl der Studienabschlüsse je Altersjahrgang) sogar unter den Werten für die Schweiz, die ja eine niedrigere Universitätsbesuchsquote der 20-Jährigen verzeichnet als Österreich. Finnland hingegen, das eine sehr selektive Zugangspolitik verfolgt, ist mit einem Anteil von etwa 36% allein im Tertiärbereich A zusammen mit Großbritannien und den USA an der internationalen Spitze angesiedelt. Auch in Schweden und Deutschland ist der Indikator mit rund 30%, in den Niederlanden mit 35% deutlich höher als in Österreich. International betrifft der Großteil der Studienabschlüsse Kurzstudien, d. h. Bachelor Degrees (Tertiärbereich A) und Fachhochschulen (Tertiärbereich B).

Bezieht man nur die Langzeitstudien ein, d. h. Magisterium bzw. Masters Degree, so steht Österreich mit 12,5% eines Altersjahrgangs knapp nach Finnland (19,2%) an der internationalen Spitze. Der Anteil der Abschlüsse weiterführender Studien (Doktorat) übersteigt in Österreich mit 1,4% eines Altersjahrgangs den OECD-Durchschnitt von 1% leicht; er wird nur übertroffen von der Schweiz (2,6%), Schweden (2,4%), Deutschland (1,8%) und Finnland (1,7%).

Österreich verzeichnet eine der geringsten Universitätsabschlussquoten (Zahl der Studienabschlüsse je Altersjahrgang) in der OECD. Ein akademisch ausgerichtetes Universitätsstudium (Tertiärstudium Typ A) von 3 bis 5 Jahren wurde 1999 von 12% eines Altersjahrgangs abgeschlossen, im Gegensatz zu rund 25% im Durchschnitt der OECD-Länder. Im Bereich des Doktoratsstudiums liegt Österreich mit 1,4% eines Altersjahrgangs allerdings etwas über dem OECD-Durchschnitt von 1%.

Übersicht 3: Abschlussquoten im Tertiärbereich nach Art des Ausbildungsgangs 1999

	Tertiärstufe (Typ B) Erstabschluss	Tertiärstufe (Typ A) Erstabschluss			Zweitabschluss		Doktorat
	3 bis unter 5 Jahre	5 bis 6 Jahre	Über 6 Jahre	Unter 6 Jahre	6 Jahre und darüber		
	Summe der Nettoschulbesuchsquoten der einzelnen Ausbildungsjahre in %						
Australien	.	27,0			8,5	0,0	1,2
Belgien	25,4	10,9		1,1	4,9	0,2	0,6
Deutschland	11,8	5,2	10,8				1,8
Finnland ¹⁾	22,3	16,4	17,5			0,7	1,7
Frankreich ¹⁾	17,9	18,5	5,6	0,8	6,7		1,2
Großbritannien	11,4	35,6	1,2	0,0	12,7		1,3
Japan ¹⁾	29,9	29,0	2)			2,6	0,6
Niederlande	0,9	32,3	1,2		1,2		1,0
Norwegen	6,3	33,3	3,8	1,2	1,0	4,2	1,1
Österreich ¹⁾	.	0,9	11,1	0,0	0,0	0,1	1,4
Schweden ¹⁾	2,7	25,9	1,3		0,6		2,4
Schweiz ¹⁾	19,0	7,8	11,8	0,9	3,9	1,2	2,6
USA ¹⁾	8,6	33,2			12,1	2,2	1,3
Durchschnitt	12,2	18,8	5,8	0,3	4,8	0,5	1,0

Q: OECD (2001A), S. 169. – ¹⁾ Bruttoabschlussquoten. – ²⁾ Daten in einer anderen Spalte enthalten.

Österreich wendet im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viel für universitäre Ausbildung auf. Die Summe der privaten und staatlichen Ausgaben für die Tertiärausbildung lag im Jahr 1999 mit 1,5% des BIP etwas über dem OECD-Wert von 1,3%. Deutlich höher ist sie in Kanada, Korea und den USA mit 2,3% bis 2,5% des BIP. Großbritannien, die Niederlande, Deutschland und Frankreich wenden einen geringeren Teil des BIP für das Tertiärausbildungssystem auf als Österreich, obwohl sie eine deutlich höhere Studierenden- und Universitätsabschlussquote aufweisen.

In Österreich haben sich die Bildungsausgaben seit 1990 in allen Bereichen erhöht, insbesondere aber im universitären Bereich; zum Teil ist das eine Folge der Einführung der Fachhochschulen. Die Ausgabensteigerung zählte zu den höchsten in den OECD-Ländern. Dabei hielt die Ausweitung des wissenschaftlichen Personals nicht mit dem Anstieg der Zahl der Studierenden Schritt. Die Relation zwischen der Zahl der ordentlichen Hörer und dem wissenschaftlichen Personal entsprach 1999 mit 15 genau dem OECD-Durchschnitt (OECD, 2001A, S. 243).

Die überdurchschnittlichen Kosten der Universitätsausbildung resultieren in Österreich im Wesentlichen aus der Universitätsorganisation, insbesondere der langen Studierendauer und der hohen Studienabbrecherquote (Biffi – Isaac, 2002).

Öffentliche Kosten der österreichischen Universitätsausbildung überdurchschnittlich

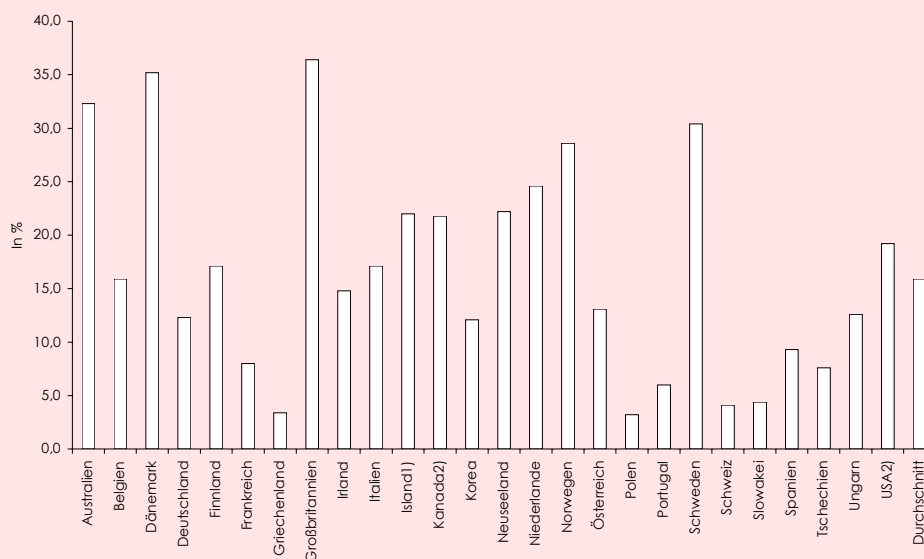
Ausgaben für Studienförderung in Österreich relativ gering

Studienförderung, Stipendien, Darlehen, Steuerbegünstigungen und andere Formen der öffentlichen Unterstützung sind ein vergleichsweise kleiner Kostenfaktor der Universitätsausbildung. In Österreich entfallen etwa 13% der staatlichen Bildungsausgaben auf die finanzielle Unterstützung der Schüler und Studierenden oder ihrer Eltern (Stipendien, Kinderbeihilfe während des Schul- bzw. Universitätsbesuchs, Steuerbegünstigungen für Eltern usw.), etwas weniger als im OECD-Durchschnitt (15,9%). Deutlich höher ist der Anteil der finanziellen Unterstützung der Studierenden bzw. ihrer Eltern an den gesamten Bildungsausgaben des Staates in Großbritannien (36,4% der Bildungsausgaben), Dänemark (35,2%), Australien (32,2%) und Schweden (30,4%).

Die finanzielle Unterstützung, die Studierende zur Deckung des Lebensunterhalts und der Studiengebühren vom Staat erhalten, kann in Form von nichtrückzahlbaren Zuschüssen, Stipendien, Transfers oder als rückzahlbare Darlehen gewährt werden. Im Mittel der OECD-Länder liegt der Anteil der nichtrückzahlbaren Förderungen bei 72,2%, jener der Darlehen bei 27,8%. Die Gewichte der Förderinstrumente unterscheiden sich deutlich zwischen den Ländern. Während in Frankreich staatliche Darlehen zur Deckung des Lebensunterhalts von Studierenden kaum genutzt werden, werden in Schweden etwa zwei Drittel der Förderung in Form von Darlehen vergeben.

Abbildung 4: Anteil der direkten und indirekten finanziellen Unterstützung der Studierenden an den staatlichen Gesamtausgaben für Tertiärbildung

1999



Q: OECD (2002, S. 199). – 1) Referenzjahr 1998. – 2) Einschließlich post-sekundärer nichttertiärer Ausbildung.

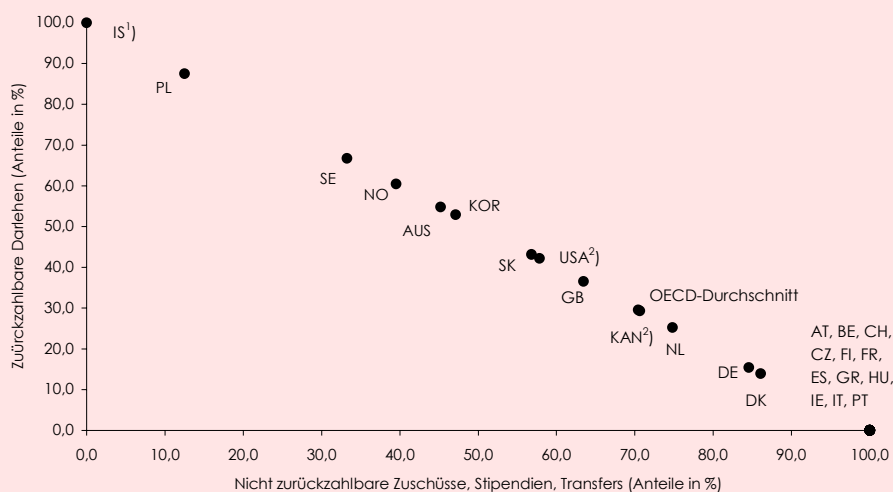
In den meisten Ländern mit hoher Universitätsbesuchsnähe werden den Studierenden zur Deckung des Lebensunterhalts zusätzlich zu Studienbeihilfen (geförderte) Darlehen gewährt.

Österreich, Belgien, Tschechien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Portugal, Spanien und die Schweiz gewähren ausschließlich finanzielle Unterstützung in Form von nichtrückzahlbaren Förderungen. Island hingegen sieht ausschließlich rückzahlbare Darlehen vor. In Schweden und Norwegen überwiegt der Darlehensanteil, in den Niederlanden, in Großbritannien, Deutschland und Dänemark der Zuschussanteil. In Finnland, Portugal, Ungarn und der Schweiz werden private Bankdarlehen, für die der Staat als Bürge eintritt, zu marktüblichen Konditionen gewährt²⁾.

²⁾ In Portugal werden die Zinsen zur Hälfte vom Staat subventioniert. Deshalb scheinen sie in den öffentlichen Subventionen nicht als Darlehen auf.

Abbildung 5: Verteilung der öffentlichen Finanzierungshilfen für Studierende zwischen rückzahlbaren Darlehen und nichtrückzahlbaren Zuschüssen

1999



Q: OECD (2002, S. 199). – ¹⁾ Referenzjahr 1998. – ²⁾ Einschließlich post-sekundärer nichttertiärer Ausbildung.

Wesentlichen Einfluss auf die Nachfrage nach universitärer Ausbildung haben die Studienkosten. Sie setzen sich zusammen aus

- direkten Kosten wie Immatrikulations- und Studiengebühren, Studienunterlagen (Bücher, Programme, Materialien usw.), Lebensunterhaltungskosten und Anreisepesen (öffentliche Verkehrsmittel usw.), Beiträgen zu sozialen Diensten, zur Gesundheitsfürsorge, für studentische Interessenvertretungen oder Studentenwerke,
- indirekten Kosten (Opportunitätskosten), im Wesentlichen dem Einkommensentgang während des Studiums, das in der Regel einer Vollzeitbeschäftigung entgegensteht.

Die indirekten Kosten der Universitätsausbildung sind in Österreich für Absolventen einer berufsbildenden höheren Schule vergleichsweise hoch, da sie mit dieser Ausbildung für den sofortigen Einsatz auf dem Arbeitsmarkt gut vorbereitet sind und so gute Chancen auf eine gutbezahlte Beschäftigung haben (siehe Biffi, 2002B).

Auch die direkten Kosten der Universitätsausbildung sind in Österreich hoch, weil die Lebenshaltungskosten relativ hoch sind und die Förderquote der Studierenden gering ist.

Ein internationaler Vergleich der direkten Kosten der Universitätsausbildung zeigt, dass Studiengebühren meist nicht mehr als 10% der Kosten der Universitätsausbildung ausmachen (Übersicht 4; Vossensteyn, 1997)³⁾. In Österreich waren diese Kosten des Studiums im engeren Sinn in der ersten Hälfte der neunziger Jahre wie in Finnland, Dänemark, Frankreich und Deutschland unter den OECD-Ländern am niedrigsten, u. a. weil keine oder geringe Einschreib- und/oder Studiengebühren eingehoben wurden. In Österreich wurden im Wintersemester 2001/02 Studiengebühren eingeführt, die zu Semesterbeginn zu erlegen sind (sie werden Studienbeitragsempfängern rückerstattet). Kreditinstitute springen ähnlich wie in Finnland als Darlehensgeber ein; in Österreich gewährt der Staat für die Periode von 7 Jahren einen Zinszuschuss (rund 2%).

Derzeit werden innerhalb der EU in Österreich, Belgien, Frankreich, Irland, Italien (regional verschieden), den Niederlanden, Portugal, Spanien und Großbritannien Studiengebühren eingehoben (Abbildung 6). Auch Liechtenstein und die Schweiz se-

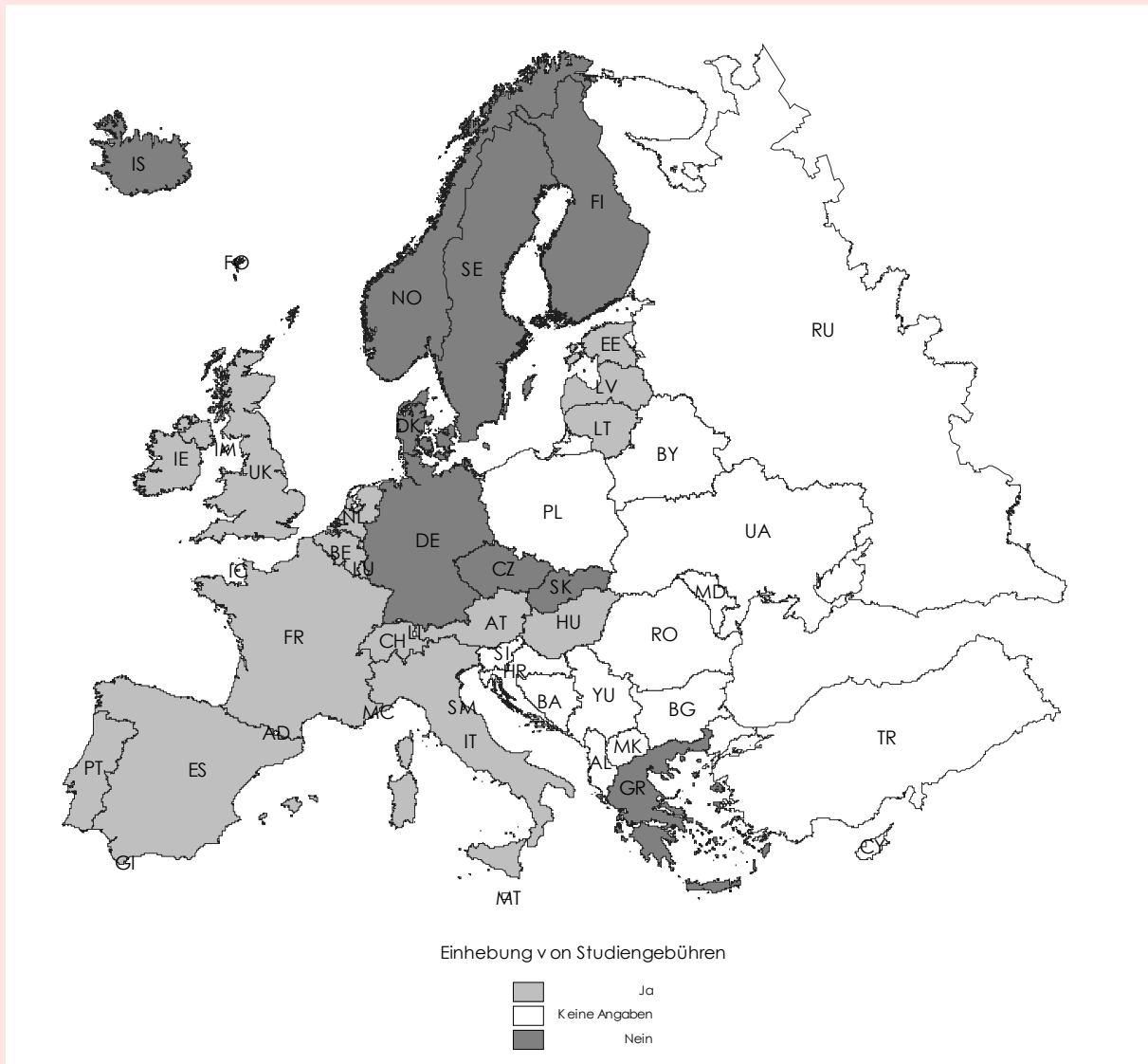
³⁾ Für den internationalen Kostenvergleich wurde auf vorhandene Erhebungen für die Periode 1993/1996 zurückgegriffen. Um die internationale Vergleichbarkeit der Kosten je Studierenden sicherzustellen, wurden nur die Ausgaben der Studierenden, die nicht zu Hause wohnen, herangezogen.

**Kosten für Studierende
in Österreich etwas
höher als im
Durchschnitt**

**Studiengebühren relativ
kleiner Kostenfaktor der
Universitätsausbildung**

hen Studiengebühren vor; deren Höhe ist in der Schweiz auf Kantonebene geregelt. Unter den ostmitteleuropäischen Ländern heben etwa Bulgarien und Rumänien Studiengebühren ein. In Ungarn und den baltischen Staaten gelten Studiengebühren nur für staatlich nichtgeförderte Studierende (Partialstudiengebührensensystem).

Abbildung 6: Studiengebühren im europäischen Vergleich



Q: Auswertung des WIFO-Fragebogens; Frankreich, Irland, Italien, Spanien: Eurydice (1999).

Die Höhe der Studiengebühren variiert innerhalb der EU von 315 € jährlich in Portugal bis 1.705 € in Großbritannien; Österreich liegt mit 726 € im EU-Mittelfeld. In den baltischen Staaten und in Ungarn zahlen nicht staatlich geförderte Studierende durchschnittlich 1.744 € pro Studienjahr. Die Spannweite der Gebühren ist in Ost-Mitteleuropa erheblich: In Lettland liegen die Studiengebühren zwischen 175 € und 3.494 € pro Jahr, in Litauen zwischen 486 € und 3.288 € und in Ungarn zwischen 432 € und 2.590 € pro Jahr.

In fast allen Ländern, die Studiengebühren vorsehen, ist der überwiegende Teil der Studierenden aufgrund der Einkommenssituation der Eltern und/oder der Studierenden sowie des Studienfortschritts von den Gebühren befreit.

In den Niederlanden gewährt der Staat allen Studierenden, die das Studium innerhalb der Normdauer plus ein Jahr abschließen, eine Studienbeihilfe, die die Gebühren vollständig abdeckt und darüber hinaus einen Großteil der Lebenshaltungskosten. Wenn diese Frist überzogen wird, wird die Studienbeihilfe in ein rückzahlbares Darlehen umgewandelt.

Auch in Großbritannien ist das System komplex: Die Höhe der Studiengebühren hängt von der Höhe des Familieneinkommens ab. Für Studierende, die ein Stipendium zur Abdeckung des Lebensunterhalts erhalten, d. h. ohne Einkommen sind oder aus ärmeren Familien stammen, zahlt die regionale Behörde die Gebühr an die Universität (sie wird vom Zentralstaat rückerstattet).

In Frankreich werden je nach Studienfach unterschiedliche Gebühren eingehoben; an öffentlichen Universitäten ist der Betrag mit rund 14 € sehr niedrig. Privatuniversitäten hingegen verrechnen zum Teil sehr hohe Gebühren.

Ein wesentliches Ergebnis des internationalen Kostenvergleichs ist, dass Lebensunterhalts- und Unterkunftskosten die größte direkte Kostenkomponente des Studiums bilden. Österreich rangiert hier im oberen Mittelfeld. In der Folge liegen auch die Gesamtkosten des Studiums in Österreich im oberen Mittelfeld, sie sind etwa gleich hoch wie in Dänemark. In Finnland und Frankreich war das Studieren in der ersten Hälfte der neunziger Jahre am billigsten vor Belgien und Deutschland. Großbritannien, die Niederlande und Schweden sind am oberen Ende der Kostenhierarchie angesiedelt.

Sollen die Kosten einer Tertiärausbildung für die Studierenden möglichst gering sein, so müssen direkte Förderungen bei der Bestreitung des Lebensunterhalts ansetzen. Ein anderer wesentlicher Faktor ist die effiziente Gestaltung der universitären Ausbildung, die eine kurze Studiendauer sicherstellt.

Studiengebühren werden in ganz Europa mit Ausnahme der skandinavischen Länder, Deutschlands und Griechenlands eingehoben. Die Höhe hängt von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern und/oder Studierenden ab. Studienbeihilfenempfänger zahlen in der Regel, ähnlich wie in Österreich, keine Studiengebühren.

Größter Kostenfaktor: Ausgaben für Lebensunterhalt und Unterkunft

Sollen die Kosten einer Tertiärausbildung für die Studierenden möglichst gering sein, so müssen direkte Förderungen bei der Bestreitung des Lebensunterhalts ansetzen. Ein anderer wesentlicher Faktor ist die effiziente Gestaltung der universitären Ausbildung, die eine kurze Studiendauer sicherstellt.

Übersicht 4: Durchschnittliche monatliche Ausgaben je Studierenden 1994

	Studium		Unterkunft		Lebensunterhalt		Gesamtausgaben In €
	In €	In %	In €	In %	In €	In %	
Belgien	120	19,0	141	23,0	365	58,0	626
Dänemark	28	4,0	222	33,0	423	63,0	673
Deutschland	31	5,0	216	34,0	394	61,0	642
Finnland	26	5,0	187	36,0	305	59,0	517
Frankreich	32	6,0	187	35,0	314	59,0	532
Großbritannien	67	9,0	201	26,0	519	66,0	788
Niederlande	186	23,0	209	25,0	426	52,0	820
Österreich	39	6,0	230	34,0	412	61,0	681
Schweden	77	10,0	267	33,0	456	57,0	800

Q: Vossensteyn (1999, S. 163), auf Dollarbasis (umgerechnet zu Kaufkraftparitäten).

Die tatsächliche Kostenbelastung der Studierenden hängt nicht nur von den direkten und indirekten Kosten der Universitätsausbildung ab, sondern vor allem auch von den öffentlichen direkten und indirekten Leistungen für Studierende. Der Staat kann das Universitätsstudium auf vielfältige Art fördern:

- Eine direkte finanzielle Unterstützung kann etwa in der Form von Stipendien und Zuschüssen erfolgen, die nicht zurückzahlen sind, oder in der Form von (zinsfreien) Darlehen, die nach Abschluss des Studiums in Abhängigkeit von den finanziellen Möglichkeiten zurückgezahlt werden.
- Die indirekte Förderung, etwa über die Familienförderung, kann in Kinderbeihilfen und/oder Steuerbegünstigungen für die Eltern bestehen.
- Als Sachleistungen sind etwa Ermäßigungen bei der Nutzung sportlicher oder kultureller Infrastruktur, Krankenversicherung usw. denkbar.

Die Förderung kann an den Studienfortschritt gebunden sein, aber auch vom Einkommen der Eltern oder der Höhe des Erwerbseinkommens der Studierenden und ihrer Partner abhängig gemacht werden.

Geringe direkte Förderung der Studierenden in Österreich

2000/01 erhielten in Österreich 13,8% der Studierenden eine Studienbeihilfe (1971: 24%). Der Anteil der Bezieher von Kinderbeihilfe lag bei etwa 30%.

Die skandinavischen und angelsächsischen Länder sowie die Niederlande richten Studienförderungen direkt an Studierende, während Förderungen in den anderen europäischen Ländern Studierenden und/oder deren Eltern zugute kommen. Der Wesensunterschied erwächst aus den unterschiedlichen Steuer- und Wohlfahrtsmodellen, die im ersten Fall am Individuum ausgerichtet sind und im zweiten an der Familie, die verpflichtet ist, für einen adäquaten Lebensunterhalt während des Studiums zu sorgen.

Fast alle EU-Länder gewähren Studienbeihilfen, teils ergänzt um zinsfreie Darlehen (Europäische Kommission, 1999). Nur Österreich und Belgien beschränken die direkte Förderung auf Studienbeihilfen und Stipendien; Beihilfen werden nur Ärmern oder besonders Begabten gewährt, Darlehen sind nicht vorgesehen.

Unter den OECD-Ländern fördert eine Gruppe Studierende ausschließlich direkt (über Stipendien, Zuschüsse und Darlehen) und eine andere mit einer Kombination von direkter und indirekter Förderung (d. h. Förderung der Eltern von Studierenden). Zur ersten Gruppe gehören Irland, die Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Finnland, Schweden, Island und Norwegen⁴⁾, zur zweiten Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, Portugal, Deutschland, Griechenland und Österreich. In den letzteren Ländern sind die Eltern für die Studierenden unterhaltspflichtig, der Staat trägt zur Verringerung der Kosten der Unterhaltspflichtigen bei.

In den Ländern mit ausschließlich direkter Förderung der Studierenden bestehen die Unterstützungsleistungen in Stipendien oder Zuschüssen und Darlehen – Irland gewährt ausschließlich Zuschüsse und Island ausschließlich Darlehen. Die Leistungen sind, mit Ausnahme von Irland und Großbritannien, unabhängig von der Höhe des elterlichen Einkommens. Die direkten öffentlichen Finanzierungshilfen decken in den meisten Fällen nicht die gesamten Universitätskosten der Studierenden: Die Studienbeihilfen entsprechen im Durchschnitt einem Drittel (Schweden, Niederlande), der Hälfte (Finnland) oder zwei Dritteln (Dänemark) der Universitätskosten.

Darlehen können meist langfristig zurückgezahlt werden; diese Rückzahlungsform orientiert sich an der Verdienstsituation im Lebensverlauf. Nur in Großbritannien oder Australien setzt die Rückzahlung erst ab einem bestimmten Einkommensniveau ein und steht in der Folge stets in Relation zum Verdiensteinkommen.

Wenn ein Großteil der Studienförderung an die Eltern der Studierenden fließt, ist die direkte Förderquote der Studierenden sehr gering. Zu dieser Gruppe zählen die südeuropäischen Länder sowie Belgien, Deutschland und Österreich⁵⁾. In Österreich ist die Studienbeihilfe als Beitrag zu den Lebensunterhaltskosten für Kinder aus ärmeren Bevölkerungsschichten gedacht; sie dürfte die Universitätskosten etwa abdecken⁶⁾.

Der Anteil der indirekten Förderungen der Studierenden an den Gesamtausgaben des Staates für direkte und indirekte Förderung ist in Österreich deutlich höher als jener der direkten Förderungen. Für die Empfänger einer Studienbeihilfe (im Durchschnitt etwa 363 €), ist allerdings die direkte Förderung in der Regel merklich höher als die indirekte. Auch wenn man die Steuerbegünstigung der Eltern und die Gewährung der Kinderbeihilfe berücksichtigt – die wie in den meisten anderen Ländern an den normalen Studienfortschritt gebunden ist –, ist die Förderquote der Studierenden in Österreich zum Teil wegen der langen Studiendauer merklich niedriger als in den nordischen Ländern, in Großbritannien und den Niederlanden.

Die Gefördertenquote, d. h. der Anteil der Studierenden, die eine Studienförderung (Zuschüsse und/oder Darlehen) erhalten, an der Gesamtzahl aller Studierenden, ist in Ländern mit ausschließlicher Zahlung von Zuschüssen oder Stipendien und einer Unterstützung der Familien sehr gering – in der Regel unter 25%; im Wesentlichen werden Kinder aus einkommenschwachen Familien sowie Begabte gefördert (Zielgruppenförderung).

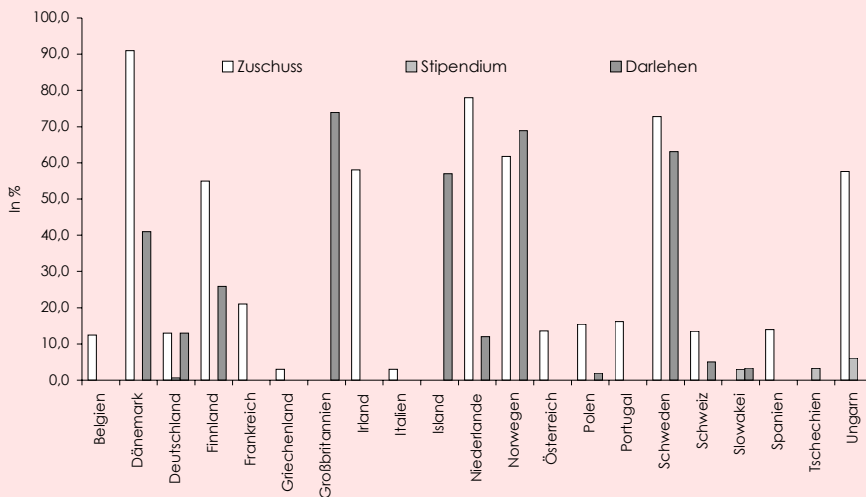
Im Gegensatz dazu ist eine direkte Förderung der Studierenden, in der neben Zuschüssen oder Stipendien auch Darlehen gewährt werden, eine Breitenförderung. Sie trägt zu einer Anhebung der Universitätsbesuchsneigung bei.

⁴⁾ Die baltischen Staaten orientieren sich am Fördersystem der nordischen Staaten.

⁵⁾ In Österreich ist die Unterhaltspflicht der Eltern für die Dauer der "gehobenen Berufsausbildung" der Jugendlichen gesetzlich verankert (ABGB). Die Art der Förderung hat sich im Laufe der Zeit geändert: Sie war stets eine Verlängerung der Kindergeldleistung in Form einer Steuerbegünstigung.

⁶⁾ Im Budgetjahr 2002 wurde nicht nur die Zahl der Studienbeihilfenempfänger angehoben (geplant war eine Steigerung um 12.500), sondern auch die Höhe des Leistungsstipendiums. Zusätzlich wurde die Verdienstfreigrenze für Studierende hinaufgesetzt (auf 7.267 € jährlich).

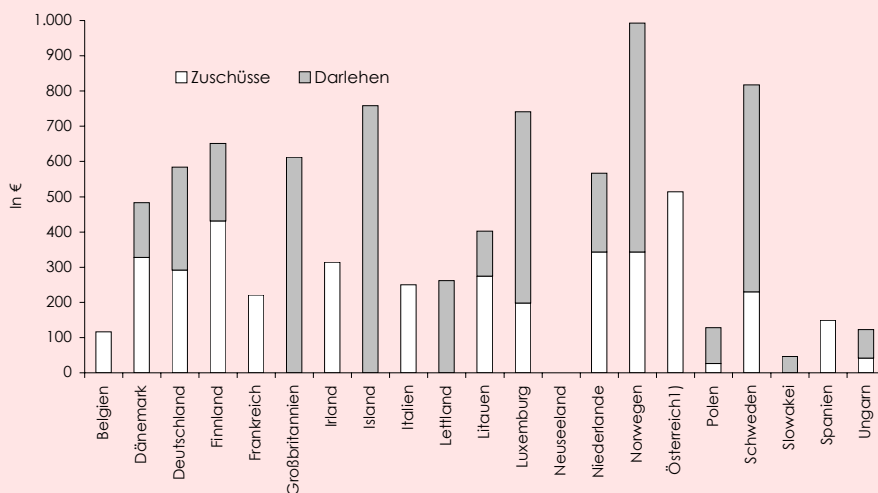
Abbildung 7: Anteil der Bezieher einer Studienförderung in Form von Zuschuss, Stipendium oder Darlehen



Q: Auswertung des WIFO-Fragebogens; Dänemark, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Island: Eurydice (1999).

Die Höhe des Förderbetrags unterscheidet sich, abhängig von den Förderkriterien (Einkommen, Wohnort, Zahl der Studienjahre, individuelle Kriterien), erheblich zwischen den einzelnen europäischen Staaten. Der Förderbetrag richtet sich danach, welche Kostenkomponenten abgedeckt werden sollen. Für Auslandsstudien etwa werden neben Lebenshaltungskosten und Kosten von Büchern und Unterrichtsmaterial auch Reise- und Wohnkosten sowie etwaige Studiengebühren berücksichtigt. Die Höhe des Fördersatzes entspricht in den meisten Staaten dem Mindesteinkommen, das jährlich der Inflationsentwicklung angepasst wird – in Belgien (französische Gemeinschaft), Griechenland, Italien, Österreich⁷⁾ und Finnland wird die Förderleistung nicht jährlich valorisiert.

Abbildung 8: Direkte Studienförderung (ohne Stipendien) im europäischen Kontext



Q: Auswertung des WIFO-Fragebogens; Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Spanien: Eurydice (1999). – ¹⁾ Durchschnittliche monatliche Studienbeihilfe.

Das WIFO hat die monatliche Förderhöhe in Europa mit einem Fragebogen erhoben. Fehlende Informationen wurden aus Eurydice (1999) entnommen, etwa für Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg und Spanien. Die höchsten monatli-

⁷⁾ In Österreich wird der Förderbetrag alle zwei bis drei Jahre aufgrund der Inflationsrate angepasst.

chen Förderungen erhalten demnach Studierende in den nordischen Staaten, den Niederlanden sowie Großbritannien.

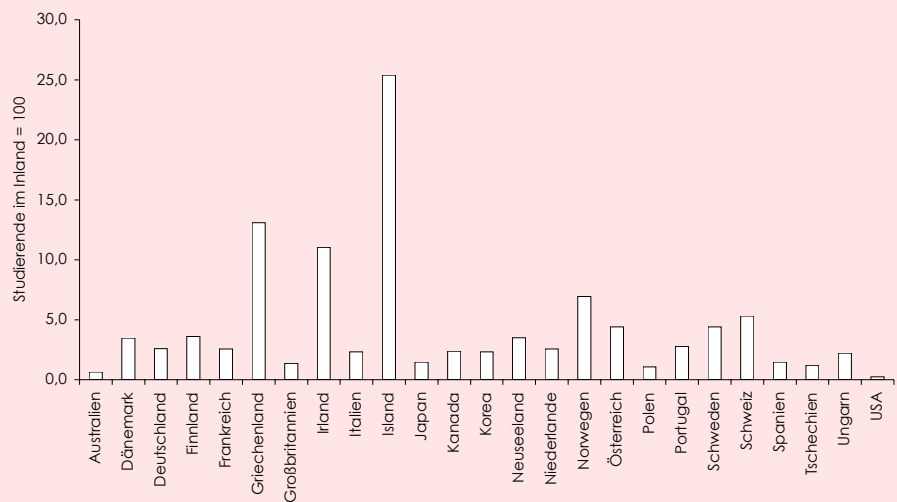
In Schweden wurde 2001 ein Vollzeitstudium (40 Wochen pro Jahr) mit 6.673 € pro Jahr gefördert; davon wurden 34,5% als Zuschuss ausgezahlt. In Großbritannien betrug die jährliche Darlehenshöhe im Studienjahr 2001/02 6.050 €, 75% davon wurden unabhängig vom Einkommen gewährt. Für ein Studium in London erhöhte sich der Darlehensbetrag auf 7.454 €, wenn der Studierende bei den Eltern lebte, verringert sich der Betrag auf 4.789 €.

Österreichische Studierende verbringen häufig Studienaufenthalte im Ausland

Untersuchungen zeigen, dass die Bereitschaft zu Studienaufenthalten im Ausland durch Fördermaßnahmen maßgeblich beeinflusst werden kann. Innerhalb der OECD ist der Anteil der Studierenden im Ausland in Österreich, Griechenland, Island, Irland, Norwegen, Schweden und der Schweiz am höchsten (gemessen an der gesamten Studierendenpopulation), am geringsten in Australien, Tschechien und den USA (OECD, 2002).

Abbildung 9: Studierende im Ausland

2000



Q: OECD (2002, S. 245).

Die Mobilität von Studierenden hängt in der Regel von öffentlichen Unterstützungen ab – nur selten wählen Studierende in eigener Initiative ein Auslandsstudium. Das Ausmaß der Studierendenmobilität hängt von einer Kombination von "Pull"- und "Push"-Faktoren ab. Zu ersteren zählen die internationale Reputation der Universität, finanzielle Anreize, Qualitätsunterschiede in der Ausbildung, zu den zweiten nationale Universitätszugangsbeschränkungen (z. B. Numerus Clausus für einzelne Studienrichtungen) sowie Lebenshaltungskosten (Reichert – Wächter, 2000).

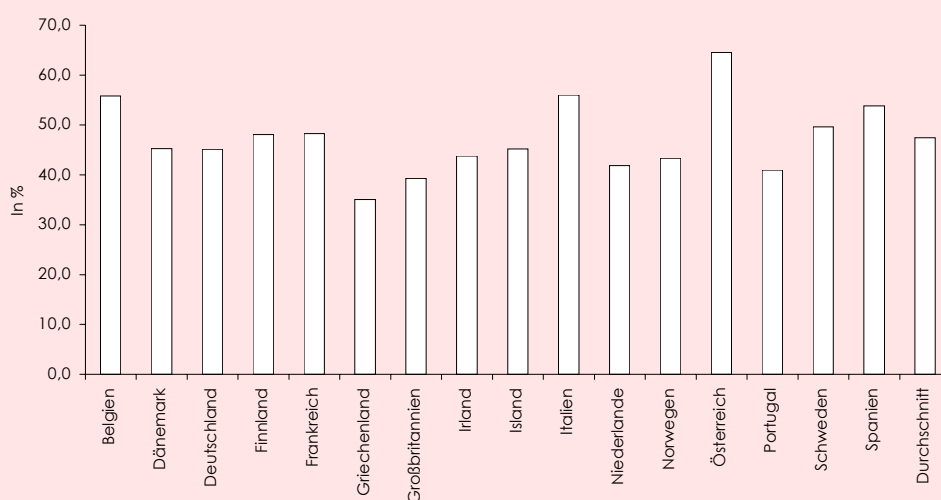
Laut OECD (2001A) wählen Studierende primär Australien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien und die USA als Gastland aus. Das wichtigste Auswahlkriterium für Australien, Großbritannien und die USA ist die englische Sprache, die als lingua franca in der Wissenschaft von den meisten Studierenden beherrscht wird (Reichert – Wächter, 2000). Staaten mit anderer Landessprache bieten daher vermehrt englischsprachige Kurse an, um für ausländische Studierende attraktiver zu werden. In Osteuropa werden zum Teil Studiengänge für ausländische Studierende in englischer Sprache gehalten; sie sind jedoch mit sehr hohen Studiengebühren (bis zu 9.000 €) verbunden.

Jedes EU- bzw. EWR-Land kann jährlich eine bestimmte Zahl an von der EU geförderten Studienplätzen in den anderen Teilnehmerstaaten in Anspruch nehmen; ein Verteilungsschlüssel regelt dabei die in den Gastländern zur Verfügung gestellten Studienplätze. Insgesamt wurden im Studienjahr 1997/98 180.985 Plätze angeboten, davon z. B. 250 in Island und 30.678 in Frankreich. In Anspruch genommen wurden 1997/98 insgesamt 85.999 Plätze. Dies entspricht einer Ausschöpfungsquote von 47,5%. Österreich liegt mit einer Ausschöpfungsquote von 64,6% an der Spitze der EWR-Länder vor Italien (56%), Belgien (55,8%), Spanien (53,8%), Schweden (49,7%), Frankreich (48,3%) und Finnland (48,1%). Am seltensten nehmen Studierende aus Griechenland (35,1%) und Großbritannien (39,3%) diese Leistung in Anspruch. In Griechenland fördert die öffentliche Hand keine Auslandsaufenthalte (außer Postgraduiertenstudien, wobei die Förderung an eine anschließende Beschäftigung in Griechenland gebunden ist), d. h. Studierende sind ausschließlich auf Fördermittel der Europäischen Kommission angewiesen; 1998 studierten knapp 15% aller griechischen Studierenden im Ausland – nach Island (28,6%) der höchste Anteil innerhalb der OECD und der EU bzw. des EWR.

Österreichische Studierende absolvieren im internationalen Vergleich besonders häufig Auslandsaufenthalte; zum Teil hängt das mit der überdurchschnittlichen Ausschöpfung von Erasmus-Studienplätzen innerhalb der EU bzw. des EWR zusammen.

Abbildung 10: Ausschöpfungsgrad von Erasmus-Studienplätzen im Ausland

1997/98



Q: Europäische Kommission (2000).

Überdurchschnittlich stark werden von österreichischen Studierenden Erasmus-Studienplätze in Spanien (knapp 83% der verfügbaren Studienplätze), Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Schweden, Großbritannien und Island genutzt. Die von Griechenland und Portugal für österreichische Studierende zur Verfügung gestellten Erasmus-Studienplätze werden am wenigsten genutzt.

Die Anrechnung von Leistungen, die im Laufe von Auslandsaufenthalten erbracht werden, im eigenen Land, etwa anhand des ECTS ("European Credit Transfer System"), fördert die Mobilität ebenso wie die Weitergewährung von Leistungsansprüchen durch das Heimatland. Studierenden wird das Auslandsstudium dadurch erleichtert, dass weder Studienzeiten noch finanzielle Ansprüche verloren gehen.

Österreich, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Spanien, Schweden und Großbritannien sowie die Schweiz verbuchen einen Nettozustrom von Studierenden⁸⁾. Einen Nettoabstrom verzeichnen innerhalb der EU bzw. des EWR Island, Griechenland und Irland. In diesen drei Ländern sind die Fördersysteme für Auslandsstudien sehr unterschiedlich: Island fördert (schon aufgrund der geographischen Gegebenheiten) ein ganzes Auslandsstudium, Irland finanziert einen kurzfristigen Auslandsaufenthalt, und Griechenland sieht keine Auslandsförderung des Erststudiums vor.

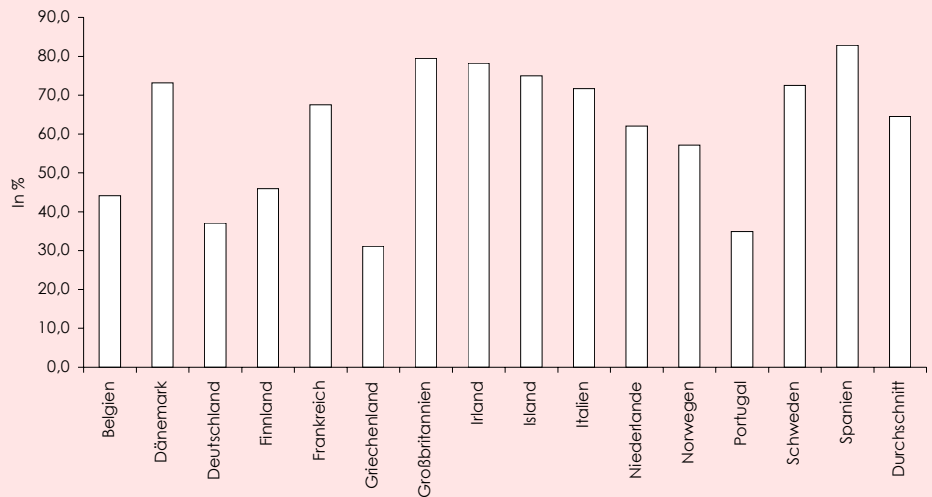
Der Anteil der Ausländer an allen Studierenden ist in Österreich mit 11,5% (1998) überdurchschnittlich; er wird in der OECD nur übertroffen von der Schweiz (15,9%) und Australien (12,6%) und resultiert vor allem aus dem starken Zustrom zu Kunsthochschulen.

⁸⁾ Zustrom: ausländische Studierende im Inland, Abgang: inländische Studierende im Ausland (OECD-Länder).

In den nichteuropäischen OECD-Ländern ergibt sich für Australien, Kanada, Neuseeland und die USA ein Nettozustrom von Studierenden; am größten ist er in Australien (12%) vor der Schweiz (11,4%) und Österreich (7,1%).

Abbildung 11: Ausschöpfungsgrad der für österreichische Studierende reservierten ERASMUS-Studienplätze im Ausland

1997/98



Q: Europäische Kommission (2000).

Abbildung 12: Mobilität der Studierenden in der OECD

1998



Q: OECD (2001B, S. 25).

Förderung von Auslandsstudien zur Vertiefung der europäischen Integration

Die Mobilität der Studierenden ist kein neues Phänomen, das durch die zunehmende Internationalisierung der Arbeitsmärkte ausgelöst worden wäre. Bereits im Mittelalter suchten die Studenten die renommierten europäischen Universitäten auf. Heute wird die Bereitschaft zum Studium im Ausland vor allem durch die Globalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft gefördert (Reichert – Wächter, 2000); ökonomische Faktoren stellen dabei traditionelle Beziehungen (z. B. postkoloniale Verbindungen) als Anreizmechanismen in den Hintergrund.

Die Europäische Union bezeichnet als eines ihrer wesentlichen Integrationsziele die Anhebung der Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb des Binnenmarktes. Nach der

ökonomischen Theorie liefert eine wirtschaftliche Integration den höchstmöglichen Ertrag, wenn sie über die institutionelle Regelung einer Freihandelszone oder Zollunion hinausgeht: Ein gemeinsamer Markt, der neben Freihandel auch die Mobilität von Arbeit und Kapital erlaubt, stellt eine effizientere Allokation der Ressourcen im Produktionsprozess sicher und generiert dadurch Wohlfahrtsgewinne, die auf die Allgemeinheit verteilt werden können⁹⁾. Generell wird argumentiert, dass grenzüberschreitende Wanderungen Wachstums- und Wohlfahrtsgewinne generieren (*Bhagwati*, 1983, 1984, *Brecher – Choudhri*, 1981, *Kemp*, 1993, *Biffi*, 1999). Den Abbau der Mobilitätsbarrieren, die trotz gesetzlich verankerter Freizügigkeit innerhalb der EU bestehen (*Hammond – Sempere*, 1995, *Harris*, 1995), setzt sich die EU zum Ziel. Dazu dient etwa die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationsnachweisen oder die Abstimmung bestimmter sozialversicherungsrechtlicher Regelungen (Reziprozität).

Derzeit ist die Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb der EU noch relativ gering und beschränkt sich auf Hochqualifizierte – nur 2% der Arbeitskräfte der EU arbeiten im EU-Ausland. Das ist ein Hinweis darauf, dass die gegenseitige Anerkennung der nationalen Bildungs- und Befähigungsnachweise nicht ausreicht, um Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen EU-Ländern wahrnehmen zu können (*Biffi*, 2000B). Vielmehr ist eine Steigerung der Mobilität der Studierenden selbst anzustreben und damit eine Verbesserung der bildungspolitischen und interkulturellen Beziehungen.

Aus dieser Überlegung sowie aus dem Bestreben, den Jugendlichen die bestmögliche Universitätsausbildung zu ermöglichen, wird der Förderung des Auslandsstudiums innerhalb der EU besonderes Augenmerk geschenkt. "Centres of Excellence", d. h. führende Ausbildungsstätten in bestimmten Bereichen (wie sie etwa Österreich im Bereich der universitären Musikausbildung besitzt), werden Studierende aus dem Ausland anziehen. Die Ausbildung in diesem Bereich kommt einem erfolgreichen Exportartikel gleich und leistet einen direkten Beitrag zum Wirtschaftswachstum. In jenen Bereichen, in denen ein Land selbst keinen internationalen Spitzenstandard anbieten kann, kann die Förderung eines Auslandsstudiums zur Verbesserung des Qualifikationsniveaus der Studierenden beitragen. Ein positiver gesamtwirtschaftlicher Nettoertrag kann daraus resultieren, dass die Absolventen zur Anhebung der Wettbewerbsfähigkeit der EU beitragen. Daraus entsteht ein Wachstumsbeitrag für die gesamte Region der EU, von der auch das Heimatland über die internationale Integration profitiert (positiver externer Effekt für das Heimatland).

Vor diesem Hintergrund gewähren manche Länder, die über ein qualitativ hochwertiges Studienangebot in allen Bereichen verfügen und sich in einem internationalen wirtschaftlichen Zusammenhang als Konkurrenten der EU sehen, keine Förderung von Studien im Ausland. Dazu zählen z. B. die USA und Australien. Kurzfristige geförderte Studienaufenthalte im Ausland sind in bestimmten Studiengängen möglich (Partneruniversitäten), die Förderung ist allerdings auf Begabtenstipendien in jenen Bereichen beschränkt, die im eigenen Land nicht zufriedenstellend angeboten werden können (z. B. Sprachausbildung). Diese Länder haben einen so großen internen Arbeitsmarkt, auf dem die Mobilität der Arbeitskräfte nicht zuletzt wegen eines homogenen Ausbildungssystems hoch ist, dass sie die europäischen Probleme der Segmentierung der Arbeitsmärkte nach Nationalstaaten und der damit verbundenen Mobilitätsbarrieren nicht kennen.

Diese Länder sind nicht daran interessiert, über eine Förderung der Mobilität der eigenen Studierenden Humanressourcen ans Ausland zu verlieren. Sie sind im Gegenteil bestrebt, ausländische Studierende anzulocken, da sie einerseits über die Einhebung von Studiengebühren einen Beitrag zur Finanzierung des eigenen Universitätssystems erhalten, andererseits über die Erleichterung des Verbleibs und der Arbeitsaufnahme von Absolventen den eigenen Humankapitalstock verbessern können (Teil der Einwanderungspolitik).

In Australien etwa wird die Akquisition von ausländischen Studierenden, die zum Teil sehr hohe Studiengebühren zahlen müssen, u. a. auch deshalb betrieben, weil der

⁹⁾ Die Aufgabe des EU-Haushalts ist u. a. die Organisation der Aufteilung des Wachstumsgewinns aus dem Integrationsprozess, in dem es Gewinner und Verlierer gibt. Die Strukturfonds wurden eingerichtet, um regionale und berufliche Verluste zu kompensieren und neue Entwicklungschancen zu schaffen.

Anteil der Studierenden aus ärmeren Bevölkerungsschichten im eigenen Land gesteigert werden soll – Auslandsstudierende tragen somit zum Teil zur Finanzierung der Studienförderung der Inländer bei. Eine Anhebung der Akademikerquote im eigenen Land erfolgt damit sowohl über die verstärkte Einbindung der eigenen Bevölkerung in die Tertiärausbildung als auch über die Beschäftigungs- und Integrationspolitik gegenüber ausländischen Absolventen.

Um ähnlich wie die USA und Australien den "brain drain" hintanzuhalten, fördert kaum ein EU-Land ein ganzes Erststudium im Ausland. Nur die skandinavischen Länder sehen in einer solchen Förderung keine Gefahr für die eigene internationale Wettbewerbsfähigkeit; sie verfügen über langjährige Erfahrung mit den Vorteilen eines gemeinsamen nordischen Arbeitsmarktes, in dem die Mobilität der Studierenden ein integraler Bestandteil ist.

Die Akquisition von Auslandsstudenten wird in einigen Staaten (z. B. Großbritannien, Frankreich, USA oder Australien) bereits als eigener exportorientierter Wirtschaftszweig angesehen, vor allem wenn Studiengebühren eingehoben werden. Die (teils höheren) Studiengebühren ausländischer Studierender¹⁰⁾ leisten einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der Tertiärausbildung des Gastlandes, weil sie einen Teil der durch Befreiung inländischer Studierender entgangenen Zahlungen kompensieren. Einige Staaten haben bereits die öffentlichen Fördermittel für Hochschuleinrichtungen gekürzt, weil sie damit die Effizienz im Hochschulbereich steigern und zusätzliche Finanzierungsquellen – etwa Studiengebühren für ausländische Studierende – erschließen wollen. Darüber hinaus profitiert die lokale Wirtschaft von ausländischen Studierenden über deren Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wie Unterkunft, Verpflegung und Transportmittel (*Mallea, 1998*).

Die Rekrutierung ausländischer Studierender auf dem internationalen Ausbildungsdienstleistungsmarkt wird bereits vom Wettbewerb zwischen den Anbietern bestimmt. Um unter solchen Marktbedingungen bestehen zu können, legen Universitäten vermehrt das Hauptaugenmerk auf die Ausbildungsqualität (Qualitätssicherung; *Reichert – Wächter, 2000*). Eigene Abteilungen übernehmen als Anlaufstelle für ausländische Studierende (*Throsby, 1999*) auch Marketingaufgaben und die Rekrutierung ausländischer Studierender (z. B. Monash University, Australien). Daneben sollen nationale Agenturen außerhalb der Hochschuleinrichtungen die Tertiärausbildung international vermarkten und den Kontakt zu ausländischen Interessenten aufbauen (z. B. EduFrance, British Council oder DAAD in Deutschland).

Finanzausgleich in der universitären Ausbildung in der EU?

Die zunehmende Mobilität der Studierenden innerhalb der EU sowie die absehbare Gleichstellung der EU-Staatsbürger mit den inländischen Studierenden setzen die Finanzierung des Universitätsstudiums in jenen Ländern unter Druck, die überdurchschnittlich viele Studierende aus anderen EU-Ländern anziehen (*Biffi, 2000A*). Von diesem Umstand gehen in einigen EU-Ländern Überlegungen zu einer gerechteren Aufteilung der zusätzlichen Kosten aus, die aus der Ungleichverteilung der Studierenden aus der EU im EU-Ausland resultieren. Dabei wird mit Interesse das nordische Finanzausgleichsverfahren beobachtet, das 1996 als Pilotprojekt gestartet wurde.

In Skandinavien besteht schon seit Mitte der fünfziger Jahre ein gemeinsamer Arbeitsmarkt, der um einen gemeinsamen Bildungsraum mit dem Ziel der Erleichterung der Mobilität hochqualifizierter Arbeitskräfte ergänzt wurde. Die Bildungspolitik liegt ähnlich wie in der EU in der Kompetenz der einzelnen Länder. Um komplizierte finanzielle Ausgleichsmechanismen zu vermeiden, einigten sich die beteiligten Länder darauf, keine Studiengebühren einzuheben. Die finanziellen Zuschüsse und Darlehen zur Deckung des Lebensunterhalts der Studierenden bringt jeder Staat für die eigenen Staatsbürger auf. Längerfristig stellte sich jedoch eine Nettozuwanderung von Studierenden aus Finnland und Norwegen nach Schweden ein, die zu einer überproportionalen Kostenbelastung des schwedischen Bildungsbudgets beitrug.

¹⁰⁾ So zahlen Nicht-EU-Bürger in den Niederlanden, in Großbritannien und Österreich höhere Studiengebühren als inländische Studierende.

Daher wurde ein System der Kostenkompensation entwickelt: Jedes beteiligte Land zahlt für 75% der eigenen Studierenden in einem anderen nordischen Land 2.657 € pro Person und Jahr¹¹⁾ in einen gemeinsamen nordischen Fonds ein, der vom "Nordic Board" in Kopenhagen verwaltet wird. Diese Mittel kommen nicht den einzelnen Universitäten zugute, die ausländische Studierende aufnehmen, sondern dienen als Finanzierungshilfe des Staates für die Erhaltung der Qualität des Universitätssystems.

Ein solcher Finanzausgleich berücksichtigt, dass die gesamtwirtschaftlichen Vorteile, die dem Staat aus der universitären Ausbildung der eigenen Bürger erwachsen (positive Externalitäten), meist nicht im selben Maß aus der Ausbildung der Bürger anderer Länder entstehen – etwa weil ausländische Absolventen im Heimatstaat einen Arbeitsplatz suchen und so nicht über das Steuersystem Teile der Ausbildungskosten zurückzahlen. Zugleich wird aber die Mobilität der Studierenden gefördert.

Ein System der Kompensation für Leistungen ist in anderen Bereichen der EU üblich, z. B. im Transitverkehr und in der Landwirtschaft. Die Einrichtung eines solchen Finanzausgleichssystems im Bereich der universitären Ausbildung würde unter diesem Gesichtspunkt dem Umstand Rechnung tragen, dass auch Bildung nicht ausschließlich über Marktmechanismen zu organisieren ist.

Bhagwati, J. N., *Essays in International Economic Theory*, Vol. 2: International Factor Mobility, M.I.T. Press, Cambridge, MA, 1983.

Bhagwati, J. N., "Incentives and Disincentives: International Migration", *Weltwirtschaftliches Archiv*, 1984, (120), S. 678-701.

Biffi, G., "Migration und ihre Rolle in der Integration Westeuropas", *WIFO-Monatsberichte*, 1999, 72(7), S. 499-513, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=8293.

Biffi, G. (2000A), "Der Arbeitsmarkt der Akademiker in Österreich im Wandel. Implikationen für das Finanzierungssystem der Universitätsausbildung", *WIFO-Monatsberichte*, 2000, 73(2), S. 137-149, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=19178.

Biffi, G. (2000B), "Migration Policies in the Context of EU Enlargement", in OECD (Hrsg.), *Migration Policies and EU Enlargement: The Case of Central and Eastern Europe*, Paris, 2000.

Biffi, G. (2002A), "Der Bildungswandel in Österreich in den neunziger Jahren", *WIFO-Monatsberichte*, 2002, 75(6), S. 377-384, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22161.

Biffi, G. (2002B), "Die Kosten des österreichischen Bildungssystems und der Wert der Ausbildung", *WIFO-Monatsberichte*, 2002, 75(6), S. 385-395, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22162.

Biffi, G., Isaac, J., "Should Higher Education Students Pay Tuition Fees?", *European Journal of Education*, 2002, 37(4), S. 433-455.

Boezeroy, P., Vossensteyn, H., *How to Get in? A Comparative Overview of Access in Higher Education*, University of Twente, Center for Higher Education Policy Studies – CHEPS, Enschede, 2000.

Brecher, R. A., Choudhri, E. U., "Gains from International Factor Movements within Lumpsum Compensation: Taxation by Location versus Nationality", *Canadian Journal of Economics*, 1981, 23, S. 44-59.

Europäische Kommission, *Schlüsselthemen im Bildungsbereich, Band I: Ausbildungsförderung für Studierende an Hochschulen in Europa. Bestandsaufnahme und Entwicklungen*, Luxemburg, 1999.

Europäische Kommission, *Erhebung zur sozioökonomischen Situation von ERASMUS-Studierenden*, Brüssel, 2000.

Europäische Kommission, *Eurydice, Eurostat, Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa 1999/2000*, Brüssel, 2000.

Europäische Kommission, *Eurydice, Eurostat, Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa 2002*, Brüssel, 2002.

Eurydice, *Das Informationsnetz zum Bildungswesen in Europa. Zwei Jahrzehnte Hochschulreformen in Europa: Die Entwicklung seit 1980*, Luxemburg, 2000.

Hammond, P. J., Sempere, J., "Limits to the Potential Gains from Market Integration and other Supply-side Policies", *Economic Journal*, 1995, 105, S. 1180-1204.

Harris, N., *The New Untouchables: Immigration and the New World Worker*, I. B. Tauris, London, 1995.

Kemp, M., "The Welfare Gains from International Migration", *KEIO Economic Studies*, 1993, 30, S. 1-5.

Mallea, J. R., *International Trade in Professional and Educational Services: Implications for the Professions and Higher Education*, OECD, Paris, 1998.

OECD, *Education at a Glance. OECD Indicators, CERI, Indicators of Education Systems*, Paris, 1999.

¹¹⁾ Diese Gebühr steht in keinem Zusammenhang mit den tatsächlichen Ausbildungskosten, ihre Höhe entspricht aber ungefähr jener der Studiengebühren in anderen EU-Ländern.

Literaturhinweise

- OECD (2001A), *Education at a Glance*, OECD Indicators, CERI, Indicators of Education Systems, Paris, 2001.
- OECD (2001B), *Student Mobility Between and Towards OECD Countries: A Comparative Analysis*, Paris, 2001.
- OECD, *Education at a Glance*, OECD Indicators, CERI, Indicators of Education Systems, Paris, 2002.
- Reichert, S., Wächter, B., *The Globalisation of Education and Training: Recommendations for a Coherent Response of the European Union*, Academic Co-operation Association (ACA), Europäische Kommission, Brüssel, 2000.
- Throsby, D., *Financing and Effects of Internationalisation in Higher Education: The Economic Costs and Benefits of International Student Flows*, OECD, Paris, 1999.
- Trow, M., "Reflections on the Transition from Mass to Universal Higher Education", *Daedalus*, 1970, 90(1), S. 1-42.
- Vossensteyn, H., *Access: Selection and Affordability. A Comparative Analysis of the Barriers for Entrance in Higher Education in Nine Western European Countries*, Europäische Kommission, 086/C70676, 1997.
- Vossensteyn, H., "Where in Europe Would People Like to Study?", *Higher Education*, 1999, 37, S. 159-176.

Costs of University Education, Systems of Student Support and Student Mobility in Europe – Summary

Over the last two decades, university education in the EU has undergone a transition from elitist to mass education. Consequently, in 2000 the university student population in the EU numbered some 12.6 million, constituting 5 percent of the population of working age (15 to 64). Italy, Switzerland, Denmark and Austria are at the lower end of university participation, Belgium, France and Greece at the upper end.

Public expenditure on university education, including assistance to students, was 1.3 percent of GDP for the OECD average (Austria: 1.5 percent). The share of assistance to university students in total public expenditure on tertiary education ranged from 4.1 percent in Switzerland to 36.4 percent in the UK (Austria: 13 percent) in 1999.

The financial situation of students depends not only on the direct (fees, living expenses, etc.) and indirect (foregone earnings) cost of university education but also on the direct and indirect public financial assistance schemes. Tuition and other fees constitute a cost factor in all EU countries and the EEA as well as in the Central and Eastern European countries (CEECs), and are in some countries significantly higher than in others. Only the Nordic countries, Germany and Greece do not impose any fees. However, all fee-charging countries exempt poorer students from fees. In the CEECs, fees are waived on the basis of talent or merit.

Financial assistance from governments comes in various forms – directly to students, in grants, scholarships and/or loans – and/or indirectly, in the form of tax relief, family or child benefits through their parents, who are expected (or even legally obliged in the case of Austria) to cover study costs and living expenses of their children while studying. Countries which have this form of indirect financial support are the Southern European countries, Austria, Belgium, France and Germany.

In contrast, countries which do not bind parents in this way tend to offer loans or some other form of financial support directly to the majority of students to cover living expenses (the Nordic countries and the Netherlands). This is a by-product of the tax system which has hardly any familial component and treats students as adults.

The level of grants and/or loans depends generally on the minimum wage of a country. The highest monthly direct payments are granted in the UK, the Nordic countries and the Netherlands.

The EU promotes student mobility in an effort to deepen integration. It is seen as a complement to the objective of increased mobility of highly skilled workers. The latter is not only a freedom in its own right (one of the four pillars of free movement within the EU), but also an instrument to increase the EU's international competitiveness. Further, in an international context beyond the EU, countries make efforts to turn education of foreign students into a profitable export-oriented industry.

Since student mobility within the EU has increased considerably, a trend which is expected to continue in the medium to long term, more attention is given to how the resultant higher cost of education may be funded. In particular, countries which experience net inflows of students from the EU and which grant them equal treatment as nationals, are signalling concern at the burden of the cost of educating EU students. Considering these circumstances, the system of financial compensation to net contributors to higher education adopted by the Nordic region has attracted the attention of other EU countries.

The Nordic financial compensation system had been operating for some time when higher education was added in 1996 for a trial period until 2003. Under this system, the net sending country pays compensation to the net receiving country for providing university places for its students. The rationale for the compensation scheme is that the social benefits of higher education do not accrue to the respective host countries because most of the students may be expected to return to their home countries.

**Peter Mayerhofer
(Koordination)**

■ Wirtschaftsraum Südösterreich

Eine detaillierte Analyse der Standortbedingungen im Süden Österreichs mit Schwerpunkt auf der Steiermark und dem südlichen Burgenland liefert die Basis für den Entwurf von Strategielinien für eine Positionierung der Großregion in einem veränderten internationalen Wettbewerbsumfeld. Dabei werden vor allem die Möglichkeiten ausgelotet, welche die Öffnung der nahen Märkte der Transformationsländer im Südosten für eine Verbesserung des internationalen Marktzugangs und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Unternehmen bietet. Im Vordergrund der Analysen stehen daher die Ausgangsposition Südösterreichs bezüglich Internationalisierung und grenzüberschreitender Kooperation sowie die für Erfolge im internationalen Wettbewerb notwendigen Voraussetzungen in Innovationsorientierung, Humankapital und materieller Infrastruktur. Auf dieser Basis wird ein strategisches Grundkonzept entworfen, das die verstärkte wirtschaftliche Integration der Regionen Südösterreichs und der angrenzenden Regionen Italiens, Sloweniens, Kroatiens und Ungarns im Rahmen der "EU-Zukunftsregion Süd-Ost" zum Inhalt hat.

• Teil I: Analyse

Struktur und Entwicklung der südösterreichischen Wirtschaft im nationalen und internationalen Vergleich

Entwicklungspotenziale in den Nachbarregionen Südösterreichs

Arbeitsmarkt

Stellung und Perspektiven Südösterreichs in der internationalen Arbeitsteilung

Kooperationsverhalten südösterreichischer Unternehmen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern

Technologiestandort Südösterreich

Standortbedingungen in Südostösterreich

• Teil II: Konzeptionelle Überlegungen

Strategische Grundsätze zur Positionierung Südösterreichs in Europa

Maßnahmenvorschläge nach Konzeptbereichen

Autoren: Oliver Fritz, Peter Huber, Peter Mayerhofer, Gerhard Palme (WIFO), Christoph Adamez, Helmut Gassler, Markus Gruber, Christian Hartmann, Raimund Kurzmann, Michael Ploder, Simon Pohn Weidinger, Martin Payer, Franz Prettenhaler (Joanneum Research)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24099

Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung, Joanneum
Research GmbH • Im Auftrag von:
Bundeskanzleramt, Amt der
Steiermärkischen
Landesregierung, Amt der
Burgenländischen
Landesregierung • Mai 2003 •
380 Seiten • 50 €, Download 40 €

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

WORKING PAPERS

- 198/2003 **Financial Development and Macroeconomic Volatility. Evidence from OECD Countries**
Franz R. Hahn
- 199/2003 **Long-run Homogeneity of Labour Demand. Panel Evidence from OECD Countries**
Franz R. Hahn
- 200/2003 **Österreich, Finnland und Schweden in der EU: Wirtschaftliche Auswirkungen**
Fritz Breuss
- 201/2003 **On the Determinants of Cross Border Co-operation of Austrian Firms with Central and Eastern European Partners**
Peter Huber
- 202/2003 **Inter-Cultural and other Forces in the Transfer of Human Resource Management and Industrial Relations Practices under Globalization**
Joseph E. Isaac

Kostenloser Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.search?p_typeid=3&p_language=1&p_type=0

**Helmut Kramer
Franz Sinabell
(Projektleitung)**

■ Regionalpolitische Strategien für das Waldviertel

Das Waldviertel im Nordosten Österreichs an der Grenze zu Tschechien zählt zu den Gebieten mit ausgeprägten Strukturmachteilen: Ungünstige natürliche Bedingungen erschweren die landwirtschaftliche Produktion und die Entwicklung von attraktiven Tourismusangeboten. Lange Verkehrswege zu den Zentralräumen um Wien und Linz hemmen den Anschluss an dynamische Industriestandorte. Die über Jahrzehnte unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen zum nördlichen Nachbarn müssen erst aufgebaut und verstärkt werden.

In diesem Umfeld kommt der regionalen Standortpolitik eine wichtige Aufgabe zu. Durch Verbesserung der Infrastruktur, Ausbau der Bildungseinrichtungen und ein umfassendes Bündel von Programmen zur Stärkung des endogenen Wachstumspotentials wurden bereits vielfältige Maßnahmen gesetzt. Die vorliegende Studie liefert in einer integralen Sicht Ansatzpunkte für eine zukunftsorientierte Entwicklungsstrategie.

- **Perspektiven des Waldviertels: Status und strategische Überlegungen**

Bisherige Tendenzen – Künftige Rahmenbedingungen – Regionalpolitische Schlussfolgerungen

- **Demographische, qualifikationsspezifische und branchenspezifische Ausgangslage für den Arbeitsmarkt**

Demographischer Hintergrund – Bildung und schulische Infrastruktur – Charakteristika des Arbeitsmarktes – Einkommen unter dem niederösterreichischen Durchschnitt – Die Rolle der Landwirtschaft als Übergangslösung nach einem Arbeitsplatzverlust

- **Touristische Aspekte**

Ausgangssituation – Entwicklungsperspektiven – Einschätzung

- **Verkehrsinfrastruktur**

Probleme – Maßnahmen

- **Regionalpolitische Strategien für die Landwirtschaft**

Ausgangssituation – Agrarpolitische Rahmenbedingungen und EU-Erweiterung – Perspektiven – Zusammenfassende Empfehlungen

- **Perspektiven und Optionen des Waldviertels von innen**

Im Auftrag der Raiffeisen-Holding
Niederösterreich-Wien • April
2003 • 142 Seiten • 40,00 €
Download 32,00 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23922

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Die letzten 12 Hefte

- 6/2002 Markus Marterbauer, Schleppende Belebung in der EU trotz kräftiger Impulse aus den USA • Gudrun Biffl, Der Bildungswandel in Österreich in den neunziger Jahren • Gudrun Biffl, Die Kosten des österreichischen Bildungssystems und der Wert der Ausbildung • Gudrun Biffl, Kosten und Nutzen des Bildungssystems im internationalen Vergleich
- 7/2002 Ewald Walterskirchen, Aufschwung mit Risiken. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. II. Quartal 2002 • Marcus Scheiblecker, Konjunkturzyklen der österreichischen Wirtschaft • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Michael Wüger, Nachhaltiger Konsum: Methodische Konzepte und Fallstudien • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Michael Wüger, Nachhaltiger Konsum: Ökonomische Modellierung • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Umwelt- und energierelevante Aspekte der Wohnbauförderung
- 8/2002 Margarete Czerny, Michael Pfaffermayr, Gerhard Schwarz, Robert Wieser, Kürzung der Investitionspläne angesichts der Konjunkturlaute. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2002 • Stephan Schulmeister, Aktienmärkte dämpfen das Wachstum in den USA. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2006 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Konjunkturaufschwung bei anhaltenden Strukturproblemen. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Gudrun Biffl, Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt
- 9/2002 Alois Guger, Internationale Lohnstückkostenposition 2001 unverändert • Fritz Breuss, Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU
- 10/2002 Ewald Walterskirchen, Konjunkturerholung verzögert. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. III. Quartal 2002 • Wolfgang Pollan, Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung • Matthias Schneider, Zur Diskussion um neue Reformen der EU-Agrarpolitik • Thomas Url, Privatversicherungswirtschaft 2001: Rückkehr zur Normalität • Michael Peneder, Robert Wieser, Der österreichische Markt für Private Equity und Venture Capital 2001. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
- 11/2002 Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Gerhard Streicher, Berufliche und sektorale Beschäftigungsprognose für Oberösterreich. Methoden und Ergebnisse des regionalen Berufs- und Sektormodells für Oberösterreich • Josef Baumgartner, Die Wirtschaftsprognosen von WIFO und IHS. Eine Analyse für die achtziger und neunziger Jahre • Franz Sinabell, Das Landwirtschaftsgesetz der USA von 2002
- 12/2002 Michael Wüger, Mäßige Konsumsteigerung – Handel hofft auf gutes Weihnachtsgeschäft • Norbert Knoll et al., Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2002 • Wolfgang Pollan, Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?
- 1/2003 Ewald Walterskirchen, Schleppende Erholung im Jahr 2003. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2002 • Felix Butschek, Vom Wirtschaftsforscher zum Wirtschaftshistoriker – Hans Seidel zum achtzigsten Geburtstag • Christine Mayrhuber, Die Ausgaben für soziale Sicherheit im Jahr 2000 • Gudrun Biffl, Implikationen eines Freiwilligenheeres für den österreichischen Arbeitsmarkt • Wilfried Puwein, Erfolg der Ausgliederung von Bundesbetrieben – das Beispiel der Österreichischen Bundesforste
- 2/2003 Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Mittelfristig gedämpftes Wachstum. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionsklima auch 2003 getrübt. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests von Ende 2002 • Franz R. Hahn, Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung ("Basel II") aus makroökonomischer Sicht • Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen, Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten
- 3/2003 Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Mäßige Ertragsentwicklung im Jahr 2002. Cash-Flow und Eigenkapital der österreichischen Sachgütererzeugung • Margarete Czerny, Verzögerte Erholung der Baukonjunktur in Europa – Wachstumsaussichten für 2004/05 gedämpft • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und langfristiges Wirtschaftswachstum. Gibt es einen Nexus in den OECD-Ländern? • Hedwig Lutz, Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse
- 4/2003 Markus Marterbauer, Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. I. Quartal 2003 • Marcus Scheiblecker et al., Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum • Thomas Url, Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich
- 5/2003 Josef Pöschl (WIW), Internationale Konjunkturlaute stellt Wirtschaft der MOEL auf die Probe • Gerhard Palme, 2002 weitere Wachstumsabschwächung im Osten und Süden Österreichs • Daniela Kletzan, Thomas Url, Wirtschaftliche Kennzahlen und Effizienz in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft

**AUSTRIAN ECONOMIC
QUARTERLY**

- 3/2002 • **Economic Recovery Surrounded by Risks. Economic Outlook for 2002 and 2003**
pp. 98-108
Ewald Walterskirchen
- 3/2002 • **Entry, Age and Sectoral Specialisation of Viennese Firms**
pp. 109-120
Michael Peneder
- 3/2002 • **Cyclical Upturn, with Structural Problems Persisting. Medium-term Projections for the Austrian Economy until 2006**
pp. 121-131
Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer
- 3/2002 • **Can Innovation Explain the Increasing Growth Differences in the 1990s?**
pp. 132-155
Karl Aiginger
- 4/2002 • **Business Cycle Recovery Delayed. Economic Outlook for 2002 and 2003**
pp. 156-166
Ewald Walterskirchen
- 4/2002 • **Price Development upon Introduction of Euro Banknotes and Coins**
pp. 167-175
Wolfgang Pollan
- 4/2002 • **Austrian Competition Policy: Quo Vadis?**
pp. 176-190
Michael Böheim
- 4/2002 • **Evaluation of Macro-economic Forecasts for Austria in the 1980s and 1990s**
pp. 191-206
Josef Baumgartner
- 1/2003 • **Sluggish Recovery in 2003. Economic Outlook for 2003 and 2004**
pp. 1-11
Ewald Walterskirchen
- 1/2003 • **The Austrian Research and Technology Report for 2002**
pp. 12-22
Norbert Knoll
- 1/2003 • **Constructing Regional Input-Output Tables for Austria**
pp. 23-39
Oliver Fritz, Raimund Kurzmann, Gerold Zakarias, Gerhard Streicher
- 2/2003 • **Economic Growth Remaining Subdued. Economic Outlook for 2003 and 2004**
pp. 40-50
Markus Marterbauer
- 2/2003 • **The New Basel Capital Accord (Basel II) from a Macroeconomic Point of View**
pp. 51-63
Franz R. Hahn
- 2/2003 • **Occupational Pension Schemes in Austria**
pp. 64-70
Thomas Url